Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6863**

16. Wahlperiode 26. 10. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 16/6389 Nr. 1.49 –

Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein und zur Änderung bestimmter Verordnungen (inkl. 11361/07 ADD 1 und 11361/07 ADD 2)

KOM (2007) 372 endg.; Ratsdok. 11361/07

A. Problem

Mit dem Verordnungsvorschlag zielt die Europäische Kommission darauf ab, die gemeinsame Marktordnung für Wein einer grundlegenden Reform zu unterziehen. Mit der Reform sollen die Wettbewerbsfähigkeit der Weinerzeuger verbessert, Märkte zurückerobert und neue erschlossen, Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht gebracht sowie beste Traditionen der Weinerzeugung bewahrt werden. Ferner sollen das soziale Gefüge im ländlichen Raum gestärkt und dem Umweltschutz, der Gesundheit und dem Verbraucherschutz Rechnung getragen werden.

B. Lösung

In Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 16/6389 Nr. 1.49 einvernehmliche Annahme einer Entschließung

C. Alternativen

Kenntnisnahme des Vorschlags und Ablehnung des Entschließungsantrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 16/6389 Nr. 1.49 folgende Entschließung anzunehmen:

Der am 4. Juli 2007 vorgelegte Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein und zur Änderung bestimmter Verordnungen lässt eine konsequente Ausrichtung auf das primäre Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Weinwirtschaft vermissen. Er ist deshalb in wesentlichen Teilen zu ändern.

Die vorliegenden, von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zeugen von einer widersprüchlichen Weinbaupolitik, die der Weinwirtschaft nachhaltig schaden kann und insbesondere die bäuerliche Weinkultur gefährdet. Die teilweise gegenläufig wirkenden Vorschläge würden den Finanzrahmen erheblich belasten, ohne eine nachhaltig positive Wirkung zu erzielen. Zudem sind sie geeignet, jahrhundertealte Kulturlandschaften unwiederbringlich zu zerstören. Nachteilige Folgen für Tourismus und Arbeitsplätze im ländlichen Raum sind zu befürchten. Insbesondere für die deutschen Winzerinnen und Winzer bedeutet der Vorschlag der Europäischen Kommission eine deutliche Schlechterstellung gegenüber der heutigen Situation. Angesichts der Tatsache, dass der deutsche Weinbau weder zur europäischen Überproduktion beiträgt, noch Schwierigkeiten hat, seine Weine auf dem internationalen Markt abzusetzen, erscheinen die Konsequenzen unverhältnismäßig.

Insbesondere das Verbot der Saccharoseanreicherung steht weder im Einklang mit den gesetzten Zielen, die Traditionen der europäischen Weinerzeugung zu bewahren, noch ist es vereinbar mit bilateralen Handelsvereinbarungen, die bestimmten Importländern dieses Recht zugestehen. Ein Eingriff in die Höhe der Alkoholanreicherung wird im Norden mit den mäßig warmen Klimaverhältnissen zum Verlust beliebter Weinsorten sowie zur weiteren Aufgabe von Rebflächen und damit einer historischen Kulturlandschaft führen.

Weiterhin beachten die Vorschläge zur Reform des europäischen Weinsektors regionalspezifische Besonderheiten nur unzureichend. Die Tendenz zur Vereinheitlichung des europäischen Weinmarktes steht den mittelständischen Belangen entgegen, sich mit regionaltypischen Charakteristika vom allgemeinen Markt abzusetzen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für eine kohärente Weinbaupolitik in Europa einzusetzen. Die Vorschläge zu umfangreichen Rodungsprogrammen stehen nicht im Einklang mit der vorgesehenen Liberalisierung der Wiederbepflanzungsrechte. Auch ist die so genannte Grünlese ungeeignet, die europäische Weinqualität zu erhöhen oder wettbewerbsfähiger zu machen;
2. darauf zu achten, dass das prioritäre Ziel der Reform, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Weinbaus gegenüber Drittländern, immer im Zentrum der Überlegungen steht. Die reine Mengenreduzierung durch Rodungsprogramme ist unzureichend, um dieses Ziel zu erreichen;

3. sich dafür einzusetzen, dass die Saccharoseanreicherung auch weiterhin als oenologisches Verfahren anerkannt wird;
4. durchzusetzen, dass das bewährte Bezeichnungsrecht und die anerkannte Qualitäts- und Bezeichnungssystematik erhalten bleiben. Die Qualitätssystematik und die geographischen Angaben bieten Verbraucherinnen und Verbrauchern wichtige Orientierungshilfen. Insbesondere die klare Abgrenzung zwischen Tafel- und Qualitätswein ist auch zukünftig ebenso notwendig wie die Erhaltung der Bezeichnungen Qualitätsschaumwein und Sekt mit den damit verbundenen Herstellungsverfahren;
5. dass bei der Ausgestaltung der Maßnahmen dem in Zeiten der Globalisierung verstärkt feststellbaren Wunsch des Verbrauchers nach regionaler Identifikation auch mit einer Neuausrichtung der europäischen Weinmarktpolitik hin zu mehr Regionalität und Originalität stärker Rechnung getragen wird;
6. dafür Sorge zu tragen, dass der überwiegende Teil der Haushaltsmittel in nationale Finanzrahmen überführt wird, damit die Mitgliedstaaten ihrer Aufgabe gerecht werden können, ein Marktgleichgewicht herbeizuführen. Dabei soll den Mitgliedstaaten ein breiter Katalog an Maßnahmen zur Verfügung stehen, um das Hauptziel der Reform, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, zu erreichen;
7. dass bei der Ausgestaltung der Elemente der gemeinsamen Marktordnung für Wein (GMO Wein) der Subsidiaritätsgedanke weiterhin gewahrt und die Verhältnismäßigkeit stärker beachtet werden sowie eine Übertragung weiterer Regelungszuständigkeiten auf die Europäische Kommission im Rahmen des Komitologieverfahrens verhindert wird.

Berlin, den 24. Oktober 2007

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende und Berichterstatterin

Julia Klöckner
Berichterstatterin

Gustav Herzog
Berichterstatter

Dr. Volker Wissing
Berichterstatter

Dr. Kisten Tackmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Julia Klöckner, Gustav Herzog, Dr. Volker Wissing, Dr. Kirsten Tackmann und Ulrike Höfken

I. Überweisung

Die Unterrichtung auf **Drucksache 16/6389 Nr. 1.49** erfolgt auf der Grundlage der Amtlichen Mitteilung des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 6. Juli 2007 im Hinblick auf eine Änderung der Geschäftsordnung und wurde an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Verordnungsvorschlag ist eine Initiative der Europäischen Kommission im Zuge der laufenden Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik von 2003 (Ackerkulturen und Tierhaltung), 2004 (Olivenöl, Tabak und Baumwolle) und 2006 (Zucker) und des Reformvorschlags für Obst und Gemüse, die alle großen Sektoren mit Ausnahme von Wein abdecken.

Die Europäische Union steht bei der Erzeugung, dem Verbrauch, der Ausfuhr und der Einfuhr von Wein weltweit an erster Stelle. Dennoch ist der Weinverbrauch in der EU in den letzten Jahrzehnten deutlich und stetig zurückgegangen und die Weinausfuhren sind in den vergangenen Jahren wesentlich langsamer gestiegen als die Einfuhren. Das zunehmende Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im Weinsektor und die wachsenden Herausforderungen auf dem europäischen und dem internationalen Weinmarkt setzen die Erzeugerpreise und -einkommen unter Druck.

Nach Auffassung der Europäischen Kommission ist eine grundlegende Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Wein erforderlich, um kostenineffiziente Politikinstrumente durch einen nachhaltigeren und kohärenteren Rahmen zu ersetzen. Mit der Reform sollen die Wettbewerbsfähigkeit der Weinerzeuger verbessert, Märkte zurückerobert und neue erschlossen, Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht gebracht sowie beste Traditionen der Weinerzeugung bewahrt werden. Ferner sollen das soziale Gefüge im ländlichen Raum gestärkt und dem Umweltschutz, der Gesundheit und dem Verbraucherschutz Rechnung getragen werden. Ziel ist es, beim Einsatz der derzeit zugewiesenen Haushaltsmittel (rund 1,3 Mrd. Euro, das sind etwa 3 Prozent der Gesamtmittel für die Landwirtschaft) ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erreichen.

Zur Erreichung der Ziele der Reform sollen Maßnahmen, die sich als unwirksam erwiesen haben, abgeschafft werden (Beihilfen für die Destillation von Nebenerzeugnissen, Destillation von Trinkalkohol und von Wein, der aus Trauben erzeugt wurde, die nicht ausschließlich als Keltertraubensorten eingestuft sind, Beihilfen für die private Lagerhaltung sowie Ausfuhrerstattungen). Die für die Anreicherung gewährten Mostbeihilfen, die eingeführt wurden, um die zusätzlichen Kosten im Vergleich zur Anreicherung mit Zucker auszugleichen, werden im Einklang mit dem eingeführten Verbot der Verwendung von Zucker zu Anreicherungszwecken abgeschafft. Ferner sieht der Entwurf Pflanzungsrecht- und Rodungsregelungen und in einer zweiten Phase die Abschaffung der Pflanzungsrechte zum 1. Januar 2014 vor.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 16/6389 Nr. 1.49 in seiner 42. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten und empfiehlt einstimmig, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und den Entschließungsantrag auf Ausschussdrucksache 16(10)630 neu-1 anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/6389 Nr. 1.49 sowie den Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Ausschussdrucksache 16(10)630 neu-1 in seiner 56. Sitzung am 24. Oktober 2007 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU und die Fraktion der SPD** heben hervor, dass wegen dringender Sorgen hinsichtlich des Reformvorhabens von der Möglichkeit einer Stellungnahme nach Artikel 23 Abs. 3 des Grundgesetzes (GG) Gebrauch gemacht werde. Zusätzlich bereite man hierzu einen Antrag vor, der im Plenum debattiert werden solle.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD sowie die Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen darin überein, dass die Weinmarktordnung, wie sie der Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein und zur Änderung bestimmter Verordnungen vorsehe, die Weinwirtschaft und die Kulturlandschaft in Deutschland gefährde. Die Bundesregierung müsse dem dringend und vehement in Brüssel entgegenwirken sowie eine überhastete Entscheidung noch in diesem Jahr verhindern. Sie müsse Bestrebungen der Europäischen Kommission, die Länder, die gegen den Verordnungsvorschlag seien, durch Einzelgespräche und bilaterale Gespräche auseinanderzudividieren, aufmerksam beobachten.

Das geplante Verbot der Saccharoseanreicherung und die Minimierung der Alkoholanreicherungsspanne könnten nicht hingenommen werden. Weinbau könne in Deutschland ökonomisch sinnvoll nicht ohne Saccharoseanreicherung betrieben werden. Auch das vorgeschlagene System der Entschädigungszahlungen in Form von Direktzahlungen lehne man ab. Es sei ungerecht, da die Direktzahlungen an alle Erzeuger geleistet werden sollten. Die Saccharoseanreicherung erfolge aber nicht immer und nur unter bestimmten Bedingungen.

Ferner werde nur in den südlichen europäischen Ländern ein Weinüberschuss produziert. Es könne nicht angehen, dass die dort verursachten Probleme auf dem Rücken der deutschen Weinwirtschaft ausgetragen würden.

Im Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** einvernehmlich, die Unterrichtung auf Drucksache 16/6389 Nr.1.49 zur Kenntnis zu nehmen sowie den Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Ausschussdrucksache 16(10)630 neu-1 anzunehmen.

Berlin, den 24. Oktober 2007

Julia Klöckner
Berichterstatterin

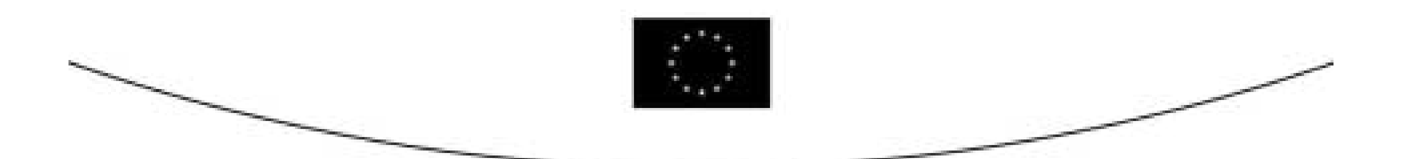
Gustav Herzog
Berichterstatter

Dr. Volker Wissing
Berichterstatter

Dr. Kisten Tackmann
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Anlage



RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 9. Juli 2007 (OR. en)

11361/07

Interinstitutionelles Dossier: 2007/0138 (CNS)

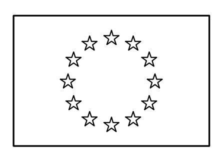
AGRIORG 74
AGRIFIN 73
WTO 140

VORSCHLAG

der	Kommission
vom	9. Juli 2007
Betr.:	Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein und zur Änderung bestimmter Verordnungen

Die Delegationen erhalten in der Anlage den mit Schreiben von Herrn Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, an den Generalsekretär/Hohen Vertreter, Herrn Javier SOLANA, übermittelten Vorschlag der Kommission.

Anl.: KOM(2007) 372 endgültig



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 4.7.2007
KOM(2007) 372 endgültig

2007/0138 (CNS)

Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES RATES

**über die gemeinsame Marktorganisation für Wein
und zur Änderung bestimmter Verordnungen**

(von der Kommission vorgelegt)

{SEK(2007) 893}
{SEK(2007) 894}

BEGRÜNDUNG

1. KONTEXT DES VORSCHLAGS

Die Europäische Union steht bei der Erzeugung, dem Verbrauch, der Ausfuhr und der Einfuhr von Wein weltweit an erster Stelle. Im Jahr 2006 machte die Weinerzeugung in den EU-27-Ländern 5 % des Gesamtwerts der landwirtschaftlichen Erzeugung in der EU aus. Die Qualität des europäischen Weins ist in der ganzen Welt anerkannt. Der Weinsektor ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in der EU, insbesondere in Bezug auf Beschäftigung und Ausfuhrerlöse.

Der Weinverbrauch in der EU ist jedoch in den letzten Jahrzehnten deutlich und stetig zurückgegangen, und trotz einer Erholung in jüngster Zeit sind die Weinausfuhren aus der EU seit 1996 wesentlich langsamer gestiegen als die Einfuhren. Das zunehmende Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im Weinsektor und die wachsenden Herausforderungen auf dem europäischen und dem internationalen Weinmarkt setzen die Erzeugerpreise und –einkommen unter Druck. Dennoch gibt es viele Weinerzeuger, die wettbewerbsfähig sind, und andere, die es werden können.

Wie in der Mitteilung „Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit im europäischen Weinsektor“ vom 22. Juni 2006[1] dargestellt, ist nach Auffassung der Europäischen Kommission eine grundlegende Reform der gemeinsamen Marktorganisation (GMO) für Wein erforderlich, um kostenineffiziente Politikinstrumente durch einen nachhaltigeren und kohärenteren rechtlichen Rahmen zu ersetzen. Ziel ist es, beim Einsatz der derzeit zugewiesenen Haushaltsmittel (rund 1,3 Mrd. EUR, das sind etwa 3 % der Gesamtmittel für die Landwirtschaft) ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erreichen.

Die derzeitige GMO wurde mit der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 errichtet. Durch die Annahme dieses Vorschlags werden bestehende Rechtsvorschriften aufgehoben. Die auch auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und insbesondere auf die Artikel 36 und 37 gestützte vorgeschlagene Verordnung tritt nach ihrem Erlass am 1. August 2008 in Kraft und fällt in die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft. Viele der im Rahmen des Vorschlags zu finanzierenden Maßnahmen werden es den Mitgliedstaaten aber gestatten, sich mit den besonderen Gegebenheiten in ihren Weinbaugebieten im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip zu befassen.

Entsprechend den Bemühungen der Kommission um eine bessere Rechtssetzung liegen diesem Vorschlag eine aktualisierte Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte der mit der GMO verbundenen Probleme sowie eine Abschätzung der Auswirkungen und der Vor- und Nachteile des Vorschlags im Hinblick auf diese Aspekte bei. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Beratungen berücksichtigt, die mit Interessengruppen und nationalen Behörden sowie innerhalb der Gemeinschaftsorgane geführt wurden.

Der Verordnungsentwurf ist eine Initiative der Kommission im Zuge der laufenden Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik von 2003 (Ackerkulturen und

---

1 KOM(2006) 319.

Tierhaltung[2]), 2004 (Olivenöl, Tabak und Baumwolle[3]) und 2006 (Zucker[4]) und des Reformvorschlags für Obst und Gemüse und Gemüse, die alle großen Sektoren mit Ausnahme von Wein abdecken. Darüber hinaus trägt er den Gemeinschaftspolitiken für nachhaltige Entwicklung (vereinbart auf dem Europäischen Rat von Göteborg), für mehr Wettbewerbsfähigkeit (erneuerte Lissabon-Strategie) und für Vereinfachung und bessere Rechtssetzung im Rahmen der GAP Rechnung.

2. ANHÖRUNG VON INTERESSIERTEN KREISEN UND FOLGENABSCHÄTZUNG

- **Nutzung von externem Expertenwissen**

Um die Reform der GMO für Wein vorzubereiten, hat die Kommission eine Ex-post-Evaluierung der bisherigen Regelung finanziert, die von einer Gruppe europäischer Wissenschaftler durchgeführt wurde. Der Evaluierungsbericht wurde im November 2004 veröffentlicht und kann auf der Website der Kommission eingesehen werden[5].

Bei der Ausarbeitung der mittelfristigen Vorausschau für den Weinmarkt hat die Kommission zudem ihre Hypothesen, Arbeitsmethodik und Ergebnisse einem Panel von auf die Weinwirtschaft spezialisierten Wissenschaftlern aus Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland übermittelt.

- **Weinseminar**

Um Interessengruppen die Gelegenheit zu geben, ihre Standpunkte und Gedanken zur gegenwärtigen Lage und den künftigen Perspektiven des Weinsektors vorzutragen, wurde am 16. Februar 2006 ein Seminar mit dem Titel „Herausforderungen und Perspektiven für europäische Weine“ veranstaltet. An dem Seminar nahmen mehr als 100 Personen teil, die zahlreiche interessierte Kreise repräsentierten[6].

- **Mitteilung der Kommission und Folgenabschätzung**

Im Juni 2006 nahm die Kommission auf der Grundlage ihrer ersten Schlussfolgerungen aus der Debatte eine Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament an, in der sie vier mögliche Optionen für die Reform der GMO untersuchte. Die Kommission forderte alle Interessengruppen auf, sich an einer offenen Debatte über die künftige GMO für Wein zu beteiligen, und kündigte an, sie werde auf der Grundlage dieser Beratungen eine Reform der GMO vorschlagen.

Unter Berücksichtigung der Lage des Sektors und der zu erreichenden politischen Ziele untersuchte die Kommission vier mögliche Optionen für die Reform der GMO für Wein. Drei dieser Optionen (Beibehaltung des Status quo, Reform der GMO in Anlehnung an die GAP-Reform, vollständige Deregulierung) bieten keine geeigneten Antworten auf die Probleme, Bedürfnisse und Besonderheiten des Weinsektors.

---

2 Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates (ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 1).
3 Verordnung (EG) Nr. 864/2004 des Rates (ABl. L 161 vom 30.4.2004, S. 1).
4 Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1).
5 http://ec.europa.eu/agriculture/eval/reports/wine/index_en.htm
6 Die Schlussfolgerungen des Weinseminars „Herausforderungen und Perspektiven für europäische Weine” können aufgerufen werden unter: http://europa.eu.int/comm/agriculture/capreform/wine/sem_concl_de.pdf.

Die Kommission hat eine in ihrem Arbeitsprogramm aufgeführte Folgenabschätzung durchgeführt. Der Bericht kann auf der Website der Kommission eingesehen werden[7].

- **Europäische Organe**

Von Juli bis Oktober 2006 fanden im Rat intensive Beratungen statt, insbesondere auf drei Sitzungen des Rates für Landwirtschaft und Fischerei.

Im Dezember 2006 nahmen der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen ihre Berichte zur Weinreform an.

Im Februar 2007 nahm das Europäische Parlament seinen Initiativbericht zu der Mitteilung an.

- **Anhörung von Interessengruppen**

Die Kommission hat zahlreiche Sitzungen mit Interessengruppen abgehalten, und in der Beratungsgruppe „Weinbau“ fanden Beratungen statt.

Um zudem einen direkten und konkreten Dialog mit dem europäischen Weinsektor zu gewährleisten, hat die für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zuständige Kommissarin seit Februar 2006 viele verschiedene Weinbaugebiete in der Europäischen Union besucht.

- **Wichtigste Anliegen**

Bei sämtlichen Beratungen, die seit Annahme der Kommissionsmitteilung stattgefunden haben, hatten die Mitgliedstaaten und zahlreiche Interessengruppen Gelegenheit, ihre Anliegen vorzubringen. Selbst da, wo die Meinungen auseinandergingen, werden die nachstehenden Anliegen von vielen weitgehend geteilt:

– dringende Notwendigkeit einer umfassenden Reform unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Analyse, der Problemdiagnose und der Reformziele der Kommission,

– soziale und wirtschaftliche Risiken, die sich aus zu raschen und umfangreichen Rodungen ergeben würden,

– dringende Notwendigkeit, die Vermarktung von Wein und die Absatzförderung zu verstärken,

– Gefahr einer Qualitätsminderung, sollten das Verbot der Verwendung von eingeführtem Most bei der Weinbereitung und das Verbot des Verschnitts von Weinen aus der EU mit eingeführten Weinen aufgehoben werden.

Von Ländern, die keinen Wein erzeugen, wurde die Notwendigkeit der Einführung von kostenwirksameren und stärker auf die Verbraucher ausgerichteten Maßnahmen betont.

Die oben genannten Anliegen wurden von der Kommission im vorliegenden Vorschlag angemessen berücksichtigt.

[7] http://ec.europa.eu/agriculture/capreform/wine/fullimpact_en.pdf

3. Rechtliche Aspekte des Vorschlags

- **Ziele der Reform**

Die festgelegten Ziele dieser Reform bestehen darin,

– die Wettbewerbsfähigkeit der Weinerzeuger in der EU zu verbessern, den Ruf von EU-Qualitätswein als besten Wein der Welt zu stärken, in der EU und weltweit alte Märkte zurückzuerobern und neue zu erschließen,

– eine Weinregelung zu schaffen, die mit klaren, einfachen und wirksamen Regeln ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage erreicht,

– eine Weinregelung zu schaffen, die die besten Traditionen der Weinerzeugung in der EU bewahrt, das soziale Gefüge im ländlichen Raum stärkt und bei der gesamten Erzeugung den Umweltschutz gewährleistet.

Die neue Weinpolitik der EU muss auch den immer dringlicheren Anliegen der Gesellschaft in Bezug auf Gesundheit und Verbraucherschutz angemessen Rechnung tragen und mit der Welthandelsorganisation (WTO), der reformierten GAP (erste und zweite Säule) und der Finanziellen Vorausschau vereinbar sein.

Zuletzt sei darauf hingewiesen, dass dieser Vorschlag im Lichte des Vorschlags der Kommission für eine Verordnung des Rates über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte ausgearbeitet wurde. Gewisse Bestimmungen horizontaler Art wurden aktualisiert, vereinfacht und rationalisiert, so dass die GMO für Wein zu gegebener Zeit problemlos in die einzige GMO aufgenommen werden kann.

- **Zusammenfassung der vorgeschlagenen Maßnahmen**

Nach der Identifizierung der Probleme und des Potenzials des Sektors und seiner Besonderheiten und im Anschluss an eine gründliche Analyse der Folgenabschätzung ist die Kommission der Auffassung, dass eine spezifische GMO für Wein beibehalten werden muss, die jedoch zweifellos einer grundlegenden Reform bedarf.

Die Herausforderung besteht darin, unter möglichst kosteneffizienter Verwendung der Haushaltsmittel den Rechtsrahmen und die Produktionsstrukturen so umzubauen, dass ein nachhaltiger und wettbewerbsfähiger europäischer Weinsektor mit langfristigen Perspektiven entstehen kann. Dies bedeutet, dass vom ersten Tag an alle Maßnahmen, die sich als unwirksam erwiesen haben, abgeschafft werden (Beihilfen für die Destillation von Nebenerzeugnissen, Destillation von Trinkalkohol und von Wein, der aus Trauben erzeugt wurde, die nicht ausschließlich als Keltertraubensorten eingestuft sind, Beihilfen für die private Lagerhaltung sowie Ausfuhrerstattungen). Die für die Anreicherung gewährten Mostbeihilfen, die eingeführt wurden, um die zusätzlichen Kosten im Vergleich zur Anreicherung mit Zucker auszugleichen, werden im Einklang mit dem eingeführten Verbot der Verwendung von Zucker zu Anreicherungszwecken abgeschafft. Die Dringlichkeitsdestillation wird durch zwei Maßnahmen für das Krisenmanagement ersetzt, die als Teil der aus dem nationalen Finanzrahmen finanzierten Maßnahmen eingeführt werden.

Ein wichtiges Merkmal dieser grundlegenden Reform ist, dass die neue GMO für Wein WTO-kompatibel sein wird. Die derzeitigen handelsverzerrenden Interventionsmaßnahmen („Amber Box“) werden daher abgeschafft, und bei den weiter

bestehenden internen Stützungsmaßnahmen wird den „Green-Box“-Maßnahmen der Vorzug gegeben.

Der Vorschlag sieht ein Konzept in zwei Phasen vor. Die erste Phase von 2008 bis 2013 dient der Wiederherstellung des Marktgleichgewichts, wobei nicht wettbewerbsfähigen Erzeugern die Möglichkeit gegeben wird, unter angemessenen Bedingungen aus dem Sektor auszuscheiden. Während des gesamten Zeitraums werden neue Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit eingeführt, darunter – in einer zweiten Phase – die Abschaffung der Pflanzungsrechte zum 1. Januar 2014.

3.1. Überarbeitete, vereinfachte und gezieltere Regulierungsmaßnahmen

Weniger Beschränkungen für die Erzeuger

Das System der Beschränkungen der Pflanzungsrechte wird von 2010 bis 2013 verlängert.

Ab 1. Januar 2014 wird das Anpflanzen von Reben uneingeschränkt zugelassen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Wettbewerbsfähige Weinerzeuger sollen dadurch die Möglichkeit erhalten, ihre Erzeugung auszuweiten, um in der EU und in Drittländern alte Märkte zurückzugewinnen und neue zu erobern. Die neuen Marktgegebenheiten und die den Zugang zum Status einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe betreffenden Kompetenzen der Mitgliedstaaten (z. B. Abgrenzung der Anbaugebiete, Festsetzung von Höchsterträgen und andere striktere Bestimmungen in Bezug auf die Erzeugung, Verarbeitung und Etikettierung) werden jedoch zusammen mit der Abschaffung der als Sicherheitsnetz fungierenden systematischen Destillation die Hektarzahl de facto begrenzen und eine Überschusserzeugung verhindern. Alle neuen Produktionsentscheidungen werden der Fähigkeit der Erzeuger, Absatzmöglichkeiten für ihre Erzeugnisse zu finden, in vollem Umfang Rechnung tragen.

Besser anpassbare önologische Verfahren:

- Die Zuständigkeit für die Genehmigung neuer oder die Änderung bereits bestehender önologischer Verfahren (einschließlich der Übernahme des *acquis,* außer in Bezug auf Anreicherung und Säuerung) wird vom Rat auf die Kommission übertragen.
- Die von der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (OIV) angenommenen önologischen Verfahren werden von der Kommission geprüft und anschließend in eine Verordnung der Kommission übernommen.
- Die Anwendung international bereits zugelassener önologischer Verfahren wird in der EU für die Herstellung von Wein genehmigt, der zur Ausfuhr in diese Bestimmungsländer vorgesehen ist.
- Die Anforderung eines natürlichen Mindestalkoholgehalts von Wein wird gestrichen.

Eine klarere, kohärentere und somit stärker am Markt ausgerichtete Klassifizierung und Etikettierung von Weinen:

Das Konzept der EU-Qualitätsweine basiert auf dem geografischen Ursprung (Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete). Die EU will, dass dieses Konzept weltweit bestätigt, angepasst, gefördert und verbessert wird.

Die Qualitätspolitik wird durch folgende Maßnahmen klarer, einfacher, transparenter und somit wirksamer:

- Es wird eine klare Rahmenregelung für Weine mit geografischer Angabe (g.A.) eingeführt, die mit der horizontalen Qualitätspolitik (Verordnung (EG) Nr. 510/2006 des Rates) im Einklang steht. Weine mit g.A. werden weiter unterteilt in Weine mit geschützter geografischer Angabe (g.g.A.) und Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung (g.U.). Es wird ein Verfahren für die Eintragung und den Schutz von g.A. geschaffen.
- Das Verbot des vollständigen Auspressens der Reben bleibt bestehen, um die Weinqualität zu gewährleisten (anzuwenden im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips).
- Die Rolle der Branchenorganisationen wird ausgeweitet, damit die Kontrolle und Qualitätssicherung für die in ihren Gebieten erzeugten Weine möglich ist. Die Kontrollinstrumente werden ebenfalls verstärkt, insbesondere für die Herstellung von Rebsortenweinen.

Die Kommission schlägt vor, die Etikettierungsvorschriften zu vereinfachen und einen einzigen Rechtsrahmen einzuführen, der für alle Kategorien von Wein und die betreffenden Angaben gilt. Dieser Rahmen ist auf die Wünsche der Verbraucher zugeschnitten und steht mit der Qualitätspolitik für Wein besser im Einklang. Er umfasst insbesondere Folgendes:

- Übertragung von Zuständigkeiten vom Rat auf die Kommission;
- Anwendung eines einzigen Rechtsinstruments für alle Weine, das die Vorschriften der horizontalen Etikettierungsrichtlinie 2000/13/EG so ergänzt, dass sie in Bezug auf die obligatorische und fakultative Etikettierung den Besonderheiten des Weinsektors gerecht werden;
- mehr Flexibilität der Etikettierungsvorschriften unter Berücksichtigung der WTO-Politik, indem die Unterscheidung zwischen den Vorschriften über die Etikettierung von Weinen mit und ohne geschützte Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe aufgehoben wird und, was am wichtigsten ist, die Angabe der Rebsorte und des Jahrgangs von Weinen ohne geschützte Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe erleichtert wird, wobei die Erfordernisse einer angemessenen Rückverfolgbarkeit zu berücksichtigen sind;
- Gewährleistung der Information und des Schutzes der Verbraucher, indem diese durch geeignete Etikettierungsvorschriften umfassend über den Ursprung des Erzeugnisses informiert werden.

3.2. Aufstellung von nationalen Finanzrahmen, damit die Mitgliedstaaten ihre jeweilige Lage verbessern können

Gemäß dem Finanzbogen werden für diese Art von Maßnahmen Haushaltsmittel in Höhe von 623 Mio. EUR im Jahr 2009 bis 830 Mio. EUR ab 2015 zugewiesen.

Im Rahmen dieser Mittel wird jedem Wein erzeugenden Mitgliedstaat ein Finanzrahmen zur Verfügung gestellt, der nach drei objektiven Kriterien (Anteil an der Anbaufläche, Erzeugung und historische Ausgaben, gewichtet im Verhältnis ¼ zu ¼ zu ½ mit Ausnahme des Teils „Absatzförderung“, wo die Gewichtung ½ für den Anteil an der Fläche und ½ für den Anteil an der Erzeugung lautet) berechnet wird.

Jeder Mitgliedstaat kann unter Verwendung dieses Rahmens aus einem bestimmten Maßnahmenangebot die für seine Situation am besten geeigneten Maßnahmen finanzieren, darunter:

– neue Maßnahmen zur Absatzförderung in Drittländern;
– die Regelung für die Umstrukturierung/Umstellung von Rebflächen;
– neue Maßnahmen zur Förderung der grünen Weinlese;
– neue Maßnahmen für das Krisenmanagement, z. B. Versicherung gegen Naturkatastrophen und Deckung der Verwaltungskosten bei der Einrichtung eines sektorspezifischen Fonds auf Gegenseitigkeit.

Zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen gelten für die Verwendung bestimmte gemeinsame Regeln (darunter Umweltmindestauflagen, die über die Grundsätze der Cross-Compliance angewendet werden), und das jeweilige nationale Programm muss der Kommission notifiziert werden.

3.3. Schaffung eines nachhaltigeren Sektors durch verstärkte Anwendung von Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums

Viele Maßnahmen, die bereits unter die Verordnung über die Entwicklung des ländlichen Raums[8] fallen und in die von den Mitgliedstaaten verabschiedeten Programme einbezogen sind, könnten für den Weinsektor von Interesse sein, da sie den Weinbauern, Verarbeitern und Händlern erhebliche Anreize und Vorteile bieten könnten. Als Beispiele von Maßnahmen sind zu nennen:

– Niederlassung von Junglandwirten und Investitionen in technische Anlagen sowie zur Verbesserung der Vermarktung;
– Berufsbildung;
– Information und Unterstützung für Erzeugerorganisationen, die eine Qualitätsregelung einführen;
– Agrarumweltmaßnahmen zur Deckung der mit der Erhaltung von Rebflächen/ Kulturlandschaften verbundenen zusätzlichen Kosten und Einkommenseinbußen;

---

[8] Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates (ABl. L 277 vom 21.10.2005, S. 1).

– Vorruhestandsregelung: vorzusehen für Landwirte, die beschließen, die kommerzielle landwirtschaftliche Tätigkeit endgültig aufzugeben und den Betrieb auf andere Landwirte zu übertragen.

Die Abschaffung der Verwendung von Zucker wird einige Weinerzeuger, die traditionell Zucker zur Anreicherung verwendet haben, zwingen, Investitionen zur Einführung der Anreicherung mit Most zu tätigen. Im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums werden die Mitgliedstaaten Investitionsfördermaßnahmen zugunsten von Erzeugern vorsehen können, die bei der Anreicherung von der Verwendung von Zucker auf die Verwendung von Most umsteigen müssen.

Da die Programmplanung 2007–2013 für die Entwicklung des ländlichen Raums bereits läuft, ist zur Förderung dieser Maßnahmen eine Mittelübertragung zwischen Haushaltsposten (marktbezogene Maßnahmen und Direktzahlungen einerseits, Entwicklung des ländlichen Raums andererseits) erforderlich. Diese Mittel würden - entsprechend den in zwei anderen Sektoren (Tabak und Baumwolle) gefassten Beschlüssen - den Weinbauregionen vorbehalten.

Die übertragenen Mittel betragen zwischen 100 Mio. EUR im Jahr 2009 und 400 Mio. EUR ab 2014. Da die Entwicklungspläne für den ländlichen Raum bereits verabschiedet sein werden, werden die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die Pläne anzupassen, so dass sie in erheblichem Maße zum künftigen wirtschaftlichen Wohlergehen der Akteure des Weinsektors und zur Erhaltung der Umwelt in den Weinbauregionen beitragen können.

3.4. Bessere Verbraucherinformationen über europäische Weine

Mehrere Akteure haben insbesondere auf dem Seminar vom 16. Februar 2006 darauf hingewiesen, dass der Vermarktung von Wein und der Absatzförderung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Die Kommission will mit Nachdruck eine verantwortungsvolle Absatzförderungs- und Informationspolitik verfolgen. Alle im Gemeinschaftsrecht vorgesehenen Möglichkeiten sollten genutzt und einige neue sollten geschaffen werden, um Folgendes durchzuführen:

– neue Absatzförderungsprojekte außerhalb der EU unter Verwendung der nationalen Finanzrahmen. Hierfür sind beträchtliche Mittel in Höhe von 120 Mio. EUR (rund 9 % der dem Sektor zugewiesenen Haushaltsmittel) bestimmt. Diese Maßnahmen werden zu 50 % aus dem Gemeinschaftshaushalt kofinanziert;

– Projekte für eine verstärkte Absatzförderung unter Verwendung von Mitteln für die Entwicklung des ländlichen Raums zugunsten von Erzeugerorganisationen, die eine Qualitätsregelung einführen;

– in der EU finanzierte neue Informationskampagnen für einen verantwortungsvollen/maßvollen Weinkonsum, wobei der horizontale Rechtsrahmen für die Absatzförderung mit einem erhöhten Finanzierungssatz (60 %) angewendet wird. Die derzeitige Informationskampagne über das europäische Klassifizierungssystem geografischer Angaben wird ebenfalls verstärkt. Zu diesem Zweck wird die Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 geändert, und es werden mehr Mittel zur Verfügung gestellt.

3.5. Verhütung von Umweltrisiken

Bei der Erzeugung und Vermarktung von Wein ist den Belangen der Umwelt in vollem Umfang Rechnung zu tragen, von den Anbaumethoden bis hin zu den Verarbeitungsverfahren. Die Kommission will daher sicherstellen, dass die Umweltauswirkungen des Weinanbaus und der Weinbereitung mit der Reform der Weinregelung verbessert werden, insbesondere was Bodenerosion und -verunreinigung, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und die Abfallwirtschaft anbelangt.

Um dies zu erreichen, schlägt die Kommission Folgendes vor:

– die Möglichkeit für alle Weinbaugebiete, an der Betriebsprämienregelung teilzunehmen, was bedeutet, das die Cross-Compliance-Regeln für mehr und mehr Erzeuger obligatorisch werden;

– die automatische Einbeziehung von gerodeten Flächen in die Betriebsprämienregelung, womit die Cross-Compliance-Regeln für diese Flächen obligatorisch werden;

– Knüpfung der Gewährung der Rodungsprämie an die Erfüllung von Mindestumweltauflagen, um eine Verschlechterung der Böden zu vermeiden. Die aus den nationalen Finanzrahmen finanzierten Umstrukturierungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Förderung der grünen Weinlese werden ebenfalls an solche Auflagen geknüpft;

– Gewährleistung von Mindestumweltnormen bei der Weinbereitung;

– eine Mittelaufstockung im Rahmen der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum, z. B. unter Schwerpunkt 2 für Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Umwelt und der Landschaft.

3.6. Eröffnung von Alternativen für weniger wettbewerbsfähige Erzeuger

Obwohl viele Erzeuger bereits wettbewerbsfähig sind bzw. ihre Wettbewerbsfähigkeit dank der vorgeschlagenen Reformmaßnahmen verbessern werden, gibt es auch Erzeuger, die derzeit in einer sehr schwierigen Lage sind. Häufig haben sie bereits negative Einkommen, und auf einem zunehmend wettbewerbsorientierten Markt werden sie hart zu kämpfen haben, um nicht in Konkurs zu gehen. Um diesen Erzeugern die Möglichkeit zu geben, unter angemessenen Bedingungen aus dem Sektor auszuscheiden, muss eine Regelung für die endgültige Aufgabe von Rebflächen beibehalten werden.

Die Entscheidung, zu roden bzw. nicht zu roden, sollte den Weinbauern überlassen werden. Um aber soziale und/oder Umweltprobleme zu vermeiden, können die Mitgliedstaaten Rodungen in Berggebieten und Steillagen sowie in Gebieten mit umweltspezifischen Einschränkungen begrenzen und/oder die Rodungen einstellen, wenn die gerodete Fläche zusammen 10 % ihrer Weinbaufläche überschreitet.

Die Rodungsprämie wird aufgestockt und auf einer attraktiven Höhe festgesetzt. Um die Inanspruchnahme vom ersten Jahr an zu fördern, wird die Prämie im Laufe des verbleibenden Zeitraums, in dem die Anpflanzungen einer Beschränkung unterliegen, schrittweise verringert. Die bereitgestellten Haushaltsmittel ermöglichen in der EU die Rodung von etwa 200 000 ha über einen Zeitraum von fünf Jahren. Diese Fläche entspricht dem zu beseitigenden Teil des strukturellen Überschusses, wobei die

jüngsten Verbesserungen im Handel sowie die positiven Auswirkungen auf den Markt mitberücksichtigt sind, die von den anderen vorgeschlagenen Maßnahmen (insbesondere Abschaffung der Anreicherung mit Zucker, Absatzförderung, grüne Weinlese und Förderung im Rahmen der ländlichen Entwicklung) erwartet werden.

Die zuvor für den Weinanbau genutzte landwirtschaftliche Fläche würde nach der Rodung für die Betriebsprämienregelung in Betracht kommen, so dass für sie die dem regionalen Durchschnitt entsprechende entkoppelte Direktzahlung gewährt werden könnte.

3.7. Handel mit Drittländern

Da die WTO-Verhandlungen noch laufen und ihr Ausgang noch unklar ist, lässt der Reformvorschlag den derzeitigen Rechtsrahmen für den Außenhandel mit Ausnahme der Ausfuhrerstattungen unberührt.

Auswirkungen und Rolle der Ausfuhrerstattungen in Bezug auf Wein wurden jedoch analysiert. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Erstattungen sind erheblich zurückgegangen. So machen die Ausfuhren mit Erstattung mengenmäßig weniger als 15 % der gesamten Weinausfuhren aus. Der Wert der Ausfuhrerstattungen macht 3,4 % des Wertes der für Erstattungen in Betracht kommenden Erzeugnisse aus. Infolgedessen herrscht die Auffassung, dass die für dieses Instrument bereitgestellten Mittel besser verwendet werden können – zum Teil für die Absatzförderung -, und es wird vorgeschlagen, die Ausfuhrerstattungen abzuschaffen.

3.8. Stärkere Kohärenz der GAP, Vereinfachung und volle Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht

Die Möglichkeit für alle Weinbaugebiete, an der Betriebsprämienregelung teilzunehmen, ist ein wichtiger Schritt, der den Erzeugern ein hohes Maß an Flexibilität bieten und ihre Gleichbehandlung mit anderen Betriebsinhabern gewährleisten soll. Zu diesem Zweck wird die Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 geändert.

Der Vorschlag sieht eine Vereinfachung der Rechtsvorschriften, eine Vereinfachung der Verwaltungsverfahren für die öffentlichen Behörden (EU-Ebene, nationale und regionale Ebene) sowie eine Vereinfachung der Verwaltungsverfahren für private Beteiligte vor. Die Verwaltungsvereinfachung, die aus der Abschaffung der marktbezogenen Maßnahmen und der Pflanzungsrechte ab 2014 resultiert, stellt beispielsweise einen erheblichen Vorteil der vorgeschlagenen Reform dar. Die Vereinfachung und elektronische Übermittlung der Begleitunterlagen sollten ebenfalls gefördert werden.

Ungeachtet des Wegfalls der Pflanzungsbeschränkungen müssen die Wirtschaftsteilnehmer und die Mitgliedstaaten das geltende Gemeinschaftsrecht in Bezug auf „vorschriftswidrige“ und „unzulässige“ Rebflächen einhalten. Die Einhaltung dieser Bestimmungen ist für das Funktionieren der GMO von grundlegender Bedeutung. Sollten die Bestimmungen nicht beachtet werden, so wird die Kommission (weiterhin) im Rahmen der Rechnungsabschlussverfahren geeignete Maßnahmen treffen und erforderlichenfalls Vertragsverletzungsverfahren im Rahmen von Artikel 226 EG-Vertrag einleiten.

4. AUSWIRKUNGEN AUF DEN HAUSHALT

Die vorgeschlagene Reform führt zu keinen höheren Kosten gegenüber dem derzeit für den Sektor bestimmten Betrag von 1,3 Mrd. EUR. Diese Haushaltsmittel werden wie folgt eingesetzt:

– im Rahmen der neuen GMO für die nationalen Finanzrahmen, einschließlich zur Absatzförderung in Drittländern einerseits und für Rodungsmaßnahmen andererseits;

– für die Übertragung von Mitteln auf Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums zugunsten der Weinbauregionen;

– für die Übertragung von Mitteln auf die Betriebsprämienregelung nach Maßgabe der gerodeten Flächen.

Es wird davon ausgegangen, dass die an der Regelung vorgenommenen Änderungen und Neuerungen zu einem effizienteren Einsatz der Haushaltsmittel führen werden.

Darüber hinaus werden die Mittel für im Binnenmarkt durchzuführende Informationsmaßnahmen über Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe, Rebsortenweine und einen maßvollen Weinkonsum um 3 Mio. EUR aufgestockt.

INHALT

TITEL I EINLEITENDE BESTIMMUNGEN 32
TITEL II STÜTZUNGSMASSNAHMEN 33
Kapitel I Stützungsprogramme 33
Abschnitt 1 Einleitende Bestimmungen 33
Abschnitt 2 Stützungsprogramme 33
Abschnitt 3 Besondere Stützungsmassnahmen 35
Abschnitt 4 Allgemeine Bestimmungen 39
Kapitel II Mittelübertragung 39
TITEL III REGULIERUNGSMASSNAHMEN 40
Kapitel I Allgemeine Bestimmungen 40
Kapitel II Önologische Verfahren und Einschränkungen 41
Kapitel III Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben 44
Abschnitt 1 Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen 44
Abschnitt 2 Schutzantrag 45
Abschnitt 3 Schutzverleihendes Verfahren 46
Abschnitt 4 Sonderfälle 48
Abschnitt 5 Schutz und Kontrolle 50
Abschnitt 6 Allgemeine Vorschriften 53
Kapitel IV Kennzeichnung 54
Kapitel V Erzeuger- und Branchenorganisationen 56
TITEL IV HANDEL MIT DRITTLÄNDERN 60
Kapitel I Gemeinsame Bestimmungen 60
Kapitel II Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen 61
Kapitel III Schutzmaßnahmen 63
Kapitel IV Einfuhrregeln 65
TITEL V PRODUKTIONSPOTENZIAL 66
Kapitel I Widerrechtliche Anpflanzungen 66
Kapitel II Vorübergehende Pflanzungsrechtregelung 68
Kapitel III Rodungsregelung 72
TITEL VI ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN 76
TITEL VII ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN 79
Kapitel I Änderungen 79
Kapitel II Übergangs- und Schlussbestimmungen 82

2007/0138 (CNS)

Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES RATES

über die gemeinsame Marktorganisation für Wein und zur Änderung bestimmter Verordnungen

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf die Artikel 36 und 37,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die derzeitige Regelung für den Weinsektor wurde mit der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein[9] festgelegt.

(2) Der Weinverbrauch in der Gemeinschaft ist stetig zurückgegangen, und die Weinausfuhren aus der EU sind seit 1996 wesentlich langsamer gestiegen als die entsprechenden Einfuhren. Hierdurch ist ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage entstanden, durch das wiederum die Erzeugerpreise und –einkommen unter Druck geraten.

(3) Nicht alle in der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 derzeit vorgesehenen Instrumente haben wirksam zu einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Entwicklung des Sektors beigetragen. Die Maßnahmen zur Steuerung des Marktes wie z. B. die Dringlichkeitsdestillation haben sich insofern als kostenineffizient erwiesen, als sie strukturelle Überschüsse begünstigt haben, ohne dass Verbesserungen der betreffenden Wettbewerbsstrukturen gefördert wurden. Darüber hinaus haben einige bestehende Regulierungsmaßnahmen die Tätigkeiten wettbewerbsfähiger Erzeuger unangemessen eingeschränkt.

(4) In anderen Worten kann der derzeitige Rechtsrahmen offenkundig nicht in nachhaltiger Weise zur Verwirklichung der Ziele von Artikel 33 EG-Vertrag und namentlich zur Stabilisierung des Weinmarktes und zur Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung für die betreffende landwirtschaftliche Bevölkerung beitragen.

---

9 ABl. L 179 vom 14.7.1999, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1).

(5) Im Lichte der bisherigen Erfahrungen sollte die Gemeinschaftsregelung für den Weinsektor daher grundlegend geändert werden, um folgende Ziele zu erreichen: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Weinerzeuger in der EU; Stärkung des Rufs von Qualitätsweinen aus der Gemeinschaft als bester Wein der Welt; Rückeroberung alter und Erschließung neuer Märkte in der Gemeinschaft und weltweit; Schaffung einer Weinregelung, die mit klaren, einfachen und wirksamen Regeln ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage erreicht; Schaffung einer Weinregelung, die die besten Traditionen der Weinerzeugung in der Gemeinschaft bewahrt, das soziale Gefüge vieler ländlicher Gebiete stärkt und den Umweltschutz bei der Weinerzeugung gewährleistet. Es ist daher angezeigt, die Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 aufzuheben und durch die vorliegende neue Verordnung zu ersetzen.

(6) Im Vorfeld dieser Verordnung fanden eine Evaluierung und eine Konsultation statt, um die Bedürfnisse des Weinsektors besser zu ermitteln und die Maßnahmen besser auf diese abzustimmen. Es wurde eine externe Evaluierung in Auftrag gegeben, deren Bericht im November 2004 veröffentlicht wurde. Um Interessengruppen die Gelegenheit zu geben, ihre Standpunkte vorzutragen, organisierte die Kommission am 16. Februar 2006 ein Seminar. Am 22. Juni 2006 veröffentlichte die Kommission ihre Mitteilung „Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit im europäischen Weinsektor“[10] zusammen mit einer Folgenabschützung, die eine Reihe von Optionen für eine Reform des Weinsektors enthält.

(7) Von Juli bis November 2006 fanden im Rat intensive Beratungen statt. Im Dezember 2006 nahmen der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen ihre Berichte über die in der Kommissionsmitteilung dargestellten Reformoptionen für den Weinsektor an. Am 15. Februar 2007 nahm das Europäische Parlament seinen Initiativbericht zu der Mitteilung an, dessen Schlussfolgerungen in dieser Verordnung berücksichtigt wurden.

(8) Die Verordnung (EG) Nr. ... des Rates über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte („einzige gemeinsame Marktorganisation“) sollte letztlich auch den Weinsektor umfassen. Die einzige gemeinsame Marktorganisation enthält Bestimmungen horizontaler Art, die insbesondere den Handel mit Drittländern, Wettbewerbsbestimmungen, Kontrollen und Sanktionen sowie den Informationsaustausch zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten betreffen. Um eine einfache künftige Einbeziehung in die einzige gemeinsame Marktorganisation zu ermöglichen, sollten die Bestimmungen der vorliegenden Verordnung, die die genannten horizontalen Fragen betreffen, so weit wie möglich an die in der einzigen gemeinsamen Marktorganisation enthaltenen Bestimmungen angeglichen werden.

(9) Es sollten Stützungsmaßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsstrukturen vorgesehen werden. Diese Maßnahmen sind von der Gemeinschaft zu finanzieren und festzulegen, doch sollte es den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, die für die Bedürfnisse ihrer jeweiligen Gebiete geeignete Kombination - erforderlichenfalls unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten – auszuwählen und diese Maßnahmen in nationale Stützungsprogramme einzubeziehen. Die Mitgliedstaaten sollten für die Durchführung dieser Programme zuständig sein.

---

[10] KOM(2006) 319.

(10) Der Schlüssel, nach dem die Mittel für die nationalen Stützungsprogramme auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt werden, sollte auf dem historischen Anteil an den Haushaltsmitteln für den Weinsektor als Hauptkriterium sowie auf der mit Reben bepflanzten Fläche und der historischen Erzeugung basieren.

(11) Eine wichtige Maßnahme dieser Programme sollte die Förderung des Absatzes und der Vermarktung von Gemeinschaftsweinen in Drittländern sein, und für diese Maßnahme ist ein bestimmter Betrag an Haushaltsmitteln bereitzustellen. Die Umstrukturierung und Umstellung sollten aufgrund ihrer positiven strukturellen Auswirkungen auf den Sektor weiter finanziert werden. Präventionsinstrumente wie Ernteversicherung, Fonds auf Gegenseitigkeit und grüne Weinlese sollten für eine Unterstützung im Rahmen der Stützungsprogramme in Betracht kommen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit Krisensituationen zu fördern.

(12) Die Finanzierung der förderfähigen Maßnahmen durch die Gemeinschaft sollte, soweit praktikabel, an die Einhaltung bestimmter geltender Umweltvorschriften durch die betreffenden Erzeuger geknüpft sein. Bei Feststellung von Verstößen sollten die Zahlungen entsprechend gekürzt werden.

(13) Zur Förderung des Sektors sollte auch auf Strukturmaßnahmen im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)[11] zurückgegriffen werden.

(14) Folgende in der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 vorgesehene Maßnahmen sollten für den Weinsektor von Interesse sein: Niederlassung von Junglandwirten und Investitionen in technische Anlagen sowie zur Verbesserung der Vermarktung; Berufsbildung; Information und Unterstützung für Erzeugerorganisationen, die eine Qualitätsregelung eingeführt haben; Agrarumweltmaßnahmen; Vorruhestandsregelung für Landwirte, die beschließen, die kommerzielle landwirtschaftliche Tätigkeit endgültig aufzugeben und den Betrieb auf andere Landwirte zu übertragen.

(15) Zur Aufstockung der im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 verfügbaren Finanzmittel sollten schrittweise Mittel auf das Budget der genannten Verordnung übertragen werden.

(16) Im Weinsektor sollten insbesondere aus Gesundheits- und Qualitätsgründen sowie aufgrund der Verbrauchererwartungen bestimmte Regulierungsmaßnahmen angewendet werden.

(17) Die Mitgliedstaaten sollten weiter für die Klassifizierung der Rebsorten zuständig sein, aus denen in ihrem Hoheitsgebiet Wein bereitet wird. Bestimmte Rebsorten sind auszuschließen.

(18) Bestimmte unter diese Verordnung fallende Erzeugnisse sollten in der Gemeinschaft im Einklang mit einer besonderen Klassifizierung von Weinbauerzeugnissen und den entsprechenden Spezifikationen vermarktet werden.

---

11 ABl. L 277 vom 21.10.2005, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2012/2006 (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 8).

(19) Die unter diese Verordnung fallenden Erzeugnisse sind nach bestimmten die önologischen Verfahren und Einschränkungen betreffenden Regeln zu erzeugen, die gewährleisten, dass den gesundheitlichen Erfordernissen und den Erwartungen der Verbraucher in Bezug auf Qualität und Herstellungsverfahren Genüge getan wird. Aus Gründen der Flexibilität sollte die Kommission für die Aktualisierung dieser Verfahren und die Genehmigung neuer Verfahren zuständig sein, ausgenommen in den politisch sensiblen Bereichen Anreicherung und Säuerung, für die in Bezug auf Änderungen weiterhin der Rat zuständig sein sollte.

(20) Die Erhöhung des Alkoholgehalts von Wein sollte nur innerhalb bestimmter Grenzen und nur durch Zusatz von rektifiziertem Traubenmostkonzentrat zum Wein erfolgen. Der Zusatz von Saccharose zu Wein sollte nicht länger gestattet werden.

(21) Aufgrund der schlechten Qualität von Wein, der durch vollständiges Auspressen der Reben gewonnen wird, sollte dieses Verfahren untersagt werden.

(22) Um den internationalen Normen in diesem Bereich gerecht zu werden, sollte sich die Kommission generell auf die von der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (OIV) genehmigten önologischen Verfahren stützen. Diese Normen sollten - ungeachtet etwaiger in der Gemeinschaft geltender restriktiverer Vorschriften - auch für zur Ausfuhr bestimmte Gemeinschaftsweine gelten, um die Gemeinschaftserzeuger auf den ausländischen Märkten nicht zu behindern.

(23) Der Verschnitt eines Weins mit Ursprung in einem Drittland mit einem Wein aus der Gemeinschaft und der Verschnitt von Weinen mit Ursprung in Drittländern sollte in der Gemeinschaft weiterhin verboten sein. Desgleichen sollten bestimmte Arten von Traubenmost, Traubensaft und frischen Trauben mit Ursprung in Drittländern im Gebiet der Gemeinschaft nicht zu Wein verarbeitet und diese Erzeugnisse dem Wein nicht zugesetzt werden dürfen.

(24) Das Konzept von Qualitätsweinen in der Gemeinschaft basiert unter anderem auf den besonderen Merkmalen, die auf den geografischen Ursprung des Weins zurückgehen. Diese Weine werden für die Verbraucher durch geschützte Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben kenntlich gemacht, ohne dass die derzeitige Regelung diesbezüglich jedoch bis ins Letzte durchgestaltet ist. Damit sich die Beanspruchung des Rangs eines Qualitätserzeugnisses auf einen transparenten und ausgefeilteren Rahmen stützen kann, sollte eine Regelung geschaffen werden, nach der die Anträge auf eine Ursprungsbezeichnung oder eine geografische Angabe entsprechend dem Ansatz geprüft werden, der bei der gemeinschaftlichen Qualitätspolitik für andere Lebensmittel als Wein und Spirituosen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 510/2006 des Rates vom 20. März 2006 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel[12] angewendet wird.

(25) Zur Erhaltung der besonderen Qualitätsmerkmale von Weinen mit Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe sollten die Mitgliedstaaten strengere diesbezügliche Vorschriften anwenden dürfen.

(26) Damit die Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben in der Gemeinschaft geschützt sind, müssen sie auf Gemeinschaftsebene anerkannt und eingetragen sein.

---

12 ABl. L 93, 31.3.2006, S. 12. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1791/2006.

Um sicherzustellen, dass die jeweiligen Bezeichnungen den Bedingungen dieser Verordnung entsprechen, sollte die Prüfung der Anträge durch die Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten erfolgen, wobei gemeinsame Mindestbestimmungen wie ein nationales Einspruchsverfahren zu beachten sind. Anschließend sollte die Kommission diese Entscheidungen überprüfen, um sich zu vergewissern, dass die Anträge den Bedingungen dieser Verordnung entsprechen und alle Mitgliedstaaten eine einheitliche Vorgehensweise anwenden.

(27) Der Schutz sollte Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben aus Drittländern offen stehen, sofern sie auch in ihrem Ursprungsland geschützt sind.

(28) Das Eintragungsverfahren muss jeder natürlichen oder juristischen Person mit einem legitimen Interesse in einem Mitgliedstaat oder Drittland die Möglichkeit geben, ihre Rechte durch Einlegen eines Einspruchs geltend zu machen.

(29) Eingetragene Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben sollten vor Verwendungen geschützt werden, die sich unzulässigerweise den Ruf zu Nutze machen, den vorschriftskonforme Erzeugnisse genießen. Um einen lauteren Wettbewerb zu fördern und die Verbraucher nicht irrezuführen, sollte dieser Schutz auch für nicht unter diese Verordnung fallende Produkte und Dienstleistungen gelten, einschließlich solcher, die nicht in Anhang I des Vertrags aufgeführt sind.

(30) Es sollten Verfahren vorgesehen werden, die es ermöglichen, die Spezifikation auch noch nach der Verleihung des Schutzes zu ändern und die Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe zu löschen, insbesondere dann, wenn die Einhaltung der betreffenden Produktspezifikation nicht länger gewährleistet ist.

(31) Die im Gebiet der Gemeinschaft geschützten Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben müssen – soweit möglich im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz[13] - Kontrollen unterzogen werden, einschließlich einer Kontrollregelung, mit der sichergestellt wird, dass die betreffenden Weine den Produktspezifikationen entsprechen.

(32) Die Mitgliedstaaten sollten zur Deckung der entstehenden Kosten eine Gebühr erheben dürfen.

(33) Aus Gründen der Rechtssicherheit sollten in der Gemeinschaft bestehende Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben von der Anwendung des neuen Prüfverfahrens ausgenommen werden. Die Mitgliedstaaten sollten der Kommission jedoch die Basisinformationen und die Rechtsakte mitteilen, auf deren Grundlage die Anerkennung auf nationaler Ebene erfolgte; andernfalls sollte der Schutz als Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe entzogen werden. Die Streichung bestehender Ursprungsbezeichnungen und geografischer Angaben sollte aus Gründen der Rechtssicherheit nur begrenzt möglich sein.

---

13 ABl. L 165 vom 30.4.2004, S. 1; berichtigte Fassung (ABl. L 191 vom 28.5.2004, S. 1). Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1791/2006.

(34) Der Schutz von geografischen Bezeichnungen als Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben sollte auf nationaler Ebene nicht mehr möglich sein.

(35) Die Beschreibung, Bezeichnung und Aufmachung der unter diese Verordnung fallenden Erzeugnisse können entscheidende Auswirkungen auf ihre Vermarktbarkeit haben. Unterschiede zwischen den die Etikettierung von Weinerzeugnissen betreffenden Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten könnten das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts beeinträchtigen.

(36) Es sind daher Vorschriften festzulegen, die den legitimen Interessen der Verbraucher und Erzeuger Rechnung tragen. Aus diesem Grund sind Gemeinschaftsvorschriften über die Etikettierung angemessen.

(37) Diese Vorschriften sollten die obligatorische Verwendung bestimmter Begriffe vorsehen, damit das Erzeugnis entsprechend den Handelsklassen gekennzeichnet wird und die Verbraucher bestimmte wichtige Informationen erhalten. Die Verwendung bestimmter weiterer, fakultativer Informationen sollte ebenfalls innerhalb des Gemeinschaftsrahmens geregelt werden.

(38) Vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen sollten die Etikettierungsvorschriften im Weinsektor diejenigen der Richtlinie 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. März 2000 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Etikettierung und Aufmachung von Lebensmitteln sowie die Werbung hierfür[14], die horizontal gelten, ergänzen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine Differenzierung der Etikettierungsvorschriften nach der Kategorie des Weinerzeugnisses nicht zweckmäßig ist. Die Vorschriften sollten für alle Kategorien von Wein, einschließlich für eingeführte Erzeugnisse, gelten. Insbesondere sollten sie bei Weinen ohne Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe die Angabe einer Rebsorte und eines Jahrgangs gestatten, wobei bestimmte Auflagen in Bezug auf die Richtigkeit der Etikettierung und die entsprechende Überwachung gelten müssen.

(39) Das Bestehen und die Gründung von Erzeugerorganisationen können weiterhin dazu beitragen, den auf Gemeinschaftsebene festgelegten Erfordernissen des Weinsektors gerecht zu werden. Der Nutzen dieser Organisationen sollte im Umfang und der Effizienz der Dienste liegen, die sie ihren Mitgliedern bieten. Dasselbe gilt auch für Branchenorganisationen. Die Mitgliedstaaten sollten daher Organisationen anerkennen, die bestimmte auf Gemeinschaftsebene festgelegte Anforderungen erfüllen.

(40) Um das Funktionieren des Marktes für Weine mit Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe zu verbessern, sollten die Mitgliedstaaten die von Branchenorganisationen getroffenen Entscheidungen umsetzen können. Diese Entscheidungen dürfen jedoch keine Praktiken umfassen, die den Wettbewerb verzerren könnten.

(41) Die Schaffung eines einheitlichen Gemeinschaftsmarkts macht die Einführung einer Handelsregelung für die Außengrenzen der Gemeinschaft erforderlich. Diese sollte Einfuhrabgaben vorsehen und grundsätzlich den Gemeinschaftsmarkt stabilisieren. Die Handelsregelung sollte auf den internationalen Verpflichtungen der Gemeinschaft

---

14 ABl. L 109 vom 6.5.2000, S. 29. Zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/142/EG der Kommission (ABl. L 368 vom 23.12.2006, S. 110).

beruhen, insbesondere auf denjenigen, die sich aus den im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) geschlossenen Übereinkommen ergeben.

(42) Die Überwachung der Handelsströme ist hauptsächlich eine Frage der Verwaltung, die auf flexible Weise angegangen werden sollte. Die Entscheidung über die Einführung von Lizenzanforderungen ist daher von der Kommission zu treffen, wobei sie der Notwendigkeit von Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen für die Verwaltung der betreffenden Märkte und insbesondere für die Überwachung der Einfuhren der betreffenden Erzeugnisse Rechnung trägt. Die allgemeinen Bedingungen für solche Lizenzen sind jedoch in der vorliegenden Verordnung festzulegen.

(43) In Fällen, in denen Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen vorgesehen sind, sollte die Leistung einer Sicherheit vorgeschrieben werden, um zu gewährleisten, dass die Geschäfte, für die solche Lizenzen beantragt wurden, auch wirklich getätigt werden.

(44) Die Zolltarifregelung macht es möglich, auf alle anderen Schutzmaßnahmen an den Außengrenzen der Gemeinschaft zu verzichten. Allerdings kann sich der Binnenmarkt- und Abgabemechanismus unter außergewöhnlichen Umständen als unzulänglich erweisen. Um den Gemeinschaftsmarkt den sich daraus möglicherweise ergebenden Störungen nicht ungeschützt auszusetzen, sollte die Gemeinschaft in diesen Fällen unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen ergreifen können. Diese Maßnahmen müssen mit den internationalen Verpflichtungen der Gemeinschaft in Einklang stehen.

(45) Um negative Auswirkungen, die sich für den Gemeinschaftsmarkt insbesondere aus Einfuhren von Traubensaft- und Traubenmosterzeugnissen ergeben könnten, zu verhindern oder ihnen entgegenzuwirken, sollten solche Einfuhren der Zahlung einer zusätzlichen Abgabe unterliegen, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

(46) Um das ordnungsgemäße Funktionieren des Weinmarkts zu gewährleisten und insbesondere Marktstörungen zu verhindern, ist die Möglichkeit vorzusehen, die Inanspruchnahme des aktiven bzw. des passiven Veredelungsverkehrs zu untersagen. Diese Art von Marktverwaltungsinstrument ist in der Regel nur dann erfolgreich, wenn es ohne größere Verzögerung engesetzt wird. Die Kommission sollte daher mit den entsprechenden Befugnissen ausgestattet werden.

(47) Aus Drittländern eingeführte Erzeugnisse sollten den Gemeinschaftsvorschriften über Erzeugniskategorien, Etikettierung sowie Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben unterliegen. Den Erzeugnissen ist ein Analysebericht beizufügen.

(48) Unter bestimmten Voraussetzungen sollte die Kommission ermächtigt werden, Zollkontingente zu eröffnen und zu verwalten, die sich aus den gemäß dem EG-Vertrag geschlossenen internationalen Übereinkommen und anderen Rechtsakten des Rates ergeben.

(49) Die Überschusserzeugung von Wein in der Gemeinschaft hat aufgrund von Verstößen gegen das befristete Verbot von Neuanpflanzungen weiter zugenommen. In der Gemeinschaft gibt es eine erhebliche Zahl widerrechtlicher Anpflanzungen, was zu unlauterem Wettbewerb führt und die Probleme des Sektors verschärft.

(50) In Bezug auf widerrechtlich bepflanzte Flächen sollte, was die Verpflichtungen der Erzeuger im Zusammenhang mit diesen Flächen anbelangt, zwischen vor und nach dem 1. September 1998 bepflanzten Flächen unterschieden werden.

(51) Bislang besteht für widerrechtlich bepflanzte Flächen aus der Zeit vor dem 1. September 1998 keine Verpflichtung zur Rodung. Die betreffenden Erzeuger sollten verpflichtet werden, diese Flächen gegen Zahlung einer Gebühr zu regularisieren. Sind die betreffenden Flächen bis 31. Dezember 2009 nicht regularisiert, so sollten die Erzeuger sie auf eigene Kosten roden müssen. Bei Nichteinhaltung dieser Rodungspflicht sind Strafgelder zu verhängen.

(52) Flächen, die nach dem 1. September 1998 entgegen dem einschlägigen Verbot bepflanzt wurden, sind – wie in der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 als Sanktion festgelegt – zu roden. Bei Nichteinhaltung dieser Rodungspflicht sind Strafgelder zu verhängen.

(53) Bis zur Durchführung der Regularisierungs- und Rodungsmaßnahmen sollte Wein von entgegen dem Verbot bepflanzten und nicht gemäß der Verordnung regularisierten Flächen nur zur Destillation auf Kosten des betreffenden Erzeugers in den Verkehr gebracht werden dürfen. Die Vorlage von Destillationsverträgen durch die Erzeuger dürfte eine bessere Überwachung dieser Vorschrift gewährleisten, als sie bisher gegeben war.

(54) Das befristete Verbot von Neuanpflanzungen hat sich zwar bis zu einem gewissen Grad auf das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Weinmarkt ausgewirkt, zugleich aber ein Hindernis für wettbewerbsfähige Erzeuger geschaffen, die flexibel auf die steigende Nachfrage reagieren wollen.

(55) Da ein Marktgleichgewicht noch nicht erreicht ist und die flankierenden Maßnahmen wie die Rodungsregelung erst nach einer gewissen Zeit Wirkung zeigen, sollte das Verbot von Neuanpflanzungen bis 31. Dezember 2013 beibehalten, dann aber endgültig aufgehoben werden, um wettbewerbsfähigen Erzeugern die Möglichkeit zu geben, frei auf die Marktbedingungen zu reagieren.

(56) Die gegenwärtig zulässige Neuanpflanzung für die Anlegung von Beständen für die Erzeugung von Edelreisern, im Zuge der Flurbereinigung und der Zwangsenteignung sowie für Weinbauversuche hat nachgewiesenermaßen keine nennenswerte Störung des Weinmarkts zur Folge gehabt; diese Möglichkeit sollte daher vorbehaltlich der nötigen Kontrollen beibehalten werden.

(57) Wiederbepflanzungsrechte sollten weiterhin erteilt werden, wenn sich die Erzeuger zur Rodung entsprechender mit Reben bepflanzter Flächen verpflichten, da der Nettoeffekt solcher Bepflanzungen gegen Null geht.

(58) Des weiteren sollten die Mitgliedstaaten vorbehaltlich strenger Kontrollen die Übertragung von Wiederbepflanzungsrechten an einen anderen Betrieb genehmigen können, sofern diese Übertragung mit der Qualitätspolitik im Einklang steht oder Bestände für die Erzeugung von Edelreisern betrifft oder durch die Übertragung von Betriebsteilen bedingt ist. Diese Übertragungen sollten nur innerhalb desselben Mitgliedstaats erfolgen dürfen.

(59) Zur besseren Bewirtschaftung des Weinbaupotenzials, zur Förderung der effizienten Ausübung der Pflanzungsrechte und damit zur weiteren Abmilderung der Auswirkungen der befristeten Beschränkung von Anpflanzungen sollten die Systeme nationaler oder regionaler Reserven beibehalten werden.

(60) Den Mitgliedstaaten sollte vorbehaltlich der notwendigen Kontrollen bei der Bewirtschaftung der Reserven ein breiter Ermessensspielraum eingeräumt werden, damit sie die Ausübung der Pflanzungsrechte aus diesen Reserven besser an den lokalen Bedarf anpassen können. Dabei sollte auch die Möglichkeit des Aufkaufs von Pflanzungsrechten für die Reserve sowie des Verkaufs von Pflanzungsrechten aus der Reserve vorgesehen werden. Zu diesem Zweck sollten die Mitgliedstaaten das Recht haben, das Reservesystem nicht anzuwenden, sofern sie nachweisen können, dass sie über ein effizientes System zur Verwaltung von Pflanzungsrechten verfügen.

(61) Die Gewährung besonderer Vorteile für Jungweinbauern kann nicht nur deren Niederlassung, sondern auch die strukturelle Anpassung ihrer Betriebe nach der Erstniederlassung erleichtern, weshalb es für solche Erzeuger möglich sein sollte, kostenlos Rechte aus der Reserve zu erhalten.

(62) Damit sichergestellt ist, dass die Ressourcen optimal genutzt werden und das Angebot besser an die Nachfrage angepasst wird, sollten die Pflanzungsrechte von ihren Inhabern innerhalb eines vertretbaren Zeitraums ausgeschöpft oder andernfalls der Reserve zugeführt bzw. wieder zugeführt werden. Aus denselben Gründen sollten die der Reserve zugeführten Rechte innerhalb eines vertretbaren Zeitraums vergeben werden.

(63) Die Erzeugung der Mitgliedstaaten, die weniger als 25 000 Hektoliter pro Jahr erzeugen, wirkt sich nicht ernstlich auf das Marktgleichgewicht aus. Daher sollten diese Mitgliedstaaten von dem befristeten Verbot von Neuanpflanzungen ausgenommen werden, aber auch keinen Zugang zu der Rodungsregelung haben.

(64) Als weitere flankierende Maßnahme zur Schaffung eines an die Marktbedingungen angepassten Sektors sollte eine Rodungsregelung eingeführt werden. Erzeuger, die der Auffassung sind, dass die Bedingungen auf bestimmten Flächen für eine rentable Erzeugung nicht geeignet sind, sollten die Möglichkeit haben, ihre Kosten durch die endgültige Aufgabe der Weinerzeugung auf diesen Flächen zu senken und entweder auf den betreffenden Parzellen alternative Tätigkeiten auszuüben oder aber ganz aus der landwirtschaftlichen Erzeugung auszuscheiden.

(65) Erfahrungsgemäß besteht die Gefahr, dass die Maßnahme nicht greift und ihre Auswirkungen auf das Angebot ausbleiben, wenn es den Mitgliedstaaten überlassen bleibt, die Rodung unter Zahlung einer Prämie zu genehmigen. Anders als bei der derzeitigen Regelung sollten die Erzeuger daher generell für die Teilnahme an der Rodungsregelung in Betracht kommen und selber darüber entscheiden, ob sie einen Antrag stellen oder nicht. Im Gegenzug sollte ihnen eine Prämie je Hektar gerodete Rebfläche gewährt werden.

(66) Die Mitgliedstaaten sollten die spezifischen Beträge der Rodungsprämie anhand objektiver Kriterien und innerhalb bestimmter von der Kommission festgelegter Spannbreiten festsetzen können.

(67) Um einen verantwortungsvollen Umgang mit den gerodeten Flächen zu gewährleisten, sollte der Prämienanspruch an die Einhaltung der einschlägigen Umweltvorschriften durch die Erzeuger geknüpft werden. Bei festgestellten Verstößen sollte die Rodungsprämie entsprechend gekürzt werden.

(68) Um Umweltprobleme zu vermeiden, sollten die Mitgliedstaaten Rodungen in Berggebieten und Steillagen sowie im Fall von Umweltbedenken unter Einhaltung besonderer Bedingungen ausschließen können. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, die Rodungen einzustellen, wenn die gerodete Fläche zusammen 10 % ihrer Weinbaufläche erreicht hat.

(69) Die zuvor für den Weinbau genutzte landwirtschaftliche Fläche sollte nach der Rodung eine im Rahmen der Betriebsprämienregelung beihilfefähige Fläche sein, und es sollte für sie die dem regionalen Durchschnitt entsprechende entkoppelte Direktzahlung gewährt werden, die jedoch aus Haushaltsgründen 350 EUR/ha nicht überschreiten darf.

(70) Das einwandfreie Funktionieren des Binnenmarkts würde durch die Gewährung einzelstaatlicher Beihilfen gefährdet. Daher sollten die Bestimmungen des Vertrages über staatliche Beihilfen auch auf die unter die gemeinsame Marktorganisation für Wein fallenden Erzeugnisse angewendet werden. Allerdings sollten die Vorschriften für die Rodungsprämie und bestimmte Maßnahmen im Rahmen der Stützungsprogramme nicht von vornherein die Gewährung einzelstaatlicher Beihilfen zum selben Zweck ausschließen.

(71) Für eine bessere Bewirtschaftung des Weinbaupotenzials sollten die Mitgliedstaaten der Kommission eine Aufstellung über ihr Weinbaupotenzial übermitteln. Diese Informationen sollten auf der bestehenden Weinbaukartei basieren. Als Anreiz für die Mitgliedstaaten, eine solche Aufstellung zu übermitteln, sollten nur Mitgliedstaaten, die die Aufstellung übermittelt haben, eine Unterstützung für die Umstrukturierung und Umstellung erhalten.

(72) Damit die für die jeweiligen politischen und administrativen Entscheidungen erforderlichen Informationen vorliegen, sollten die Erzeuger von Keltertrauben, Traubenmost und Wein Erntemeldungen übermitteln. Die Mitgliedstaaten sollten den Händlern von Keltertrauben vorschreiben können, alljährlich die aus der letzten Ernte in den Verkehr gebrachten Mengen zu melden. Die Erzeuger von Traubenmost und Wein sowie die Händler, ausgenommen Einzelhändler, sollten ihre Traubenmost- und Weinbestände melden.

(73) Um insbesondere im Interesse des Verbraucherschutzes eine zufrieden stellende Rückverfolgbarkeit der betreffenden Erzeugnisse zu gewährleisten, sollte vorgesehen werden, dass allen unter diese Verordnung fallenden Erzeugnissen beim Verkehr innerhalb der Gemeinschaft ein Begleitdokument beiliegen muss.

(74) Die für die Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen sind gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse[15] zu erlassen.

(75) Die Ausgaben der Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Verpflichtungen aus der Anwendung dieser Verordnung sollten von der Gemeinschaft gemäß der Verordnung

---

15 ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23. Geändert durch den Beschluss 2006/512/EG (ABl. L 200 vom 22.7.2006, S. 11).

(EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik[16] übernommen werden.

(76) Die Mitgliedstaaten und die Kommission sollten einander die für die Anwendung dieser Verordnung erforderlichen Angaben übermitteln.

(77) Damit die Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen gewährleistet ist, sind Kontrollen und - im Falle der Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen - die Anwendung von Sanktionen erforderlich. Der Kommission sollte daher die Befugnis erteilt werden, die entsprechenden Vorschriften festzulegen, einschließlich Vorschriften für die Wiedereinziehung von rechtsgrundlos geleisteten Zahlungen und für die Berichterstattungspflichten der Mitgliedstaaten.

(78) Die Behörden der Mitgliedstaaten sollten dafür verantwortlich sein, die Einhaltung dieser Verordnung zu gewährleisten, und es sind Vorkehrungen zu treffen, damit die Kommission die Einhaltung begleiten und gewährleisten kann.

(79) Im Hinblick auf die Einbeziehung des Weinsektors in die Betriebsprämienregelung sollten alle tatsächlich bewirtschafteten Rebflächen im Rahmen der Betriebsprämienregelung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe[17] beihilfefähig werden.

(80) Die Weinerzeuger in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Rumänien, Slowenien und der Slowakei sollten von der Einführung der Komponente „Wein“ in die Betriebsprämienregelung unter denselben Bedingungen profitieren können wie die Weinerzeuger in der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 30. April 2004. Infolgedessen sollte das in Artikel 143a der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 vorgesehene Steigerungsstufenschema auf die Komponente „Wein“ keine Anwendung finden.

(81) Die Verordnung (EG) Nr. 2702/1999 des Rates vom 14. Dezember 1999 über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse in Drittländern[18], die Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 des Rates vom 19. Dezember 2000 über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt[19] und die Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 sind entsprechend zu ändern.

(82) Die Umstellung von den Regelungen der Verordnung (EWG) Nr. 1493/1999 und der übrigen Verordnungen für den Weinsektor auf die Regelungen der vorliegenden Verordnung könnte zu Schwierigkeiten führen, die in der vorliegenden Verordnung nicht berücksichtigt sind. Um darauf vorbereitet zu sein, sollte die Kommission die notwendigen Übergangsmaßnahmen treffen können. Die Kommission sollte auch ermächtigt werden, bestimmte praktische Probleme zu lösen —

---

16 ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 378/2007 (ABl. L 95 vom 5.4.2007, S. 1).

17 ABl. L 270 vom 21.10.2003, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2013/2006 (ABl. L 384 vom 29.12.2006, S. 13).

18 ABl. L 327 vom 21.12.1999, S. 7. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2060/2004 (ABl. L 357 vom 2.12.2004, S. 3).

19 ABl. L 328 vom 23.12.2000, S. 2. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2060/2004.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

TITEL I
EINLEITENDE BESTIMMUNGEN

Artikel 1
Gegenstand und Geltungsbereich

(1) Mit dieser Verordnung werden besondere Bestimmungen für die Erzeugung und das Inverkehrbringen folgender Erzeugnisse festgelegt:

KN-Code	Beschreibung
0806 10 90	Frische Weintrauben, andere als Tafeltrauben
2009 61 2009 69	Traubensaft (einschließlich Traubenmost)
2204 30 92 2204 30 94 2204 30 96 2204 30 98	Anderer Traubenmost, ausgenommen teilweise gegorener, auch ohne Alkohol stummgemachter Most
2204	Wein aus frischen Weintrauben, einschließlich mit Alkohol angereicherter Wein; Traubenmost, ausgenommen solcher der Position 2009, ausgenommen anderer Traubenmost der Unterpositionen 2204 30 92, 2204 30 94, 2204 30 96 und 2204 30 98
2206 00 10	Tresterwein
2209 00 11	Weinessig
2209 00 19	
2307 00 11	Weintrub
2307 00 19	
2308 90 11	Traubentrester
2308 90 19	

(2) In Bezug auf die Erzeugnisse gemäß Absatz 1 sieht diese Verordnung Folgendes vor:

a) Stützungsmaßnahmen,

b) Regulierungsmaßnahmen,

c) Bestimmungen über den Handel mit Drittländern,

d) Bestimmungen über das Produktionspotential.

Artikel 2
Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Verordnung gelten die in Anhang I festgelegten Begriffsbestimmungen.

TITEL II
STÜTZUNGSMASSNAHMEN

Kapitel I
Stützungsprogramme

ABSCHNITT 1
EINLEITENDE BESTIMMUNGEN

Artikel 3
Geltungsbereich

Dieses Kapitel enthält die Vorschriften für die Zuteilung von Gemeinschaftsmitteln an die Mitgliedstaaten und für die Verwendung dieser Mittel durch die Mitgliedstaaten im Rahmen von nationalen Stützungsprogrammen (nachstehend „Stützungsprogramme“), mit denen besondere Stützungsmaßnahmen zugunsten des Weinsektors finanziert werden.

Artikel 4
Vereinbarkeit und Kohärenz

(1) Die Stützungsprogramme stehen mit dem Gemeinschaftsrecht im Einklang und sind mit den Tätigkeiten, Politiken und Prioritäten der Gemeinschaft vereinbar.

(2) Die Mitgliedstaaten sind für die Stützungsprogramme zuständig und tragen dafür Sorge, dass bei der Aufstellung und Durchführung in einer objektiven Weise vorgegangen wird, wobei die wirtschaftliche Lage der betreffenden Erzeuger und die Notwendigkeit, eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung unter den Erzeugern zu vermeiden, zu berücksichtigen sind.

(3) Nicht gefördert werden:

a) Forschungsvorhaben und Maßnahmen zur Förderung von Forschungsvorhaben;

b) unter die Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 fallende Maßnahmen.

ABSCHNITT 2
STÜTZUNGSPROGRAMME

Artikel 5
Einreichung von Stützungsprogrammen

(1) Jeder der in Anhang II genannten Erzeugermitgliedstaaten reicht bei der Kommission erstmals bis 30. April 2008 den Entwurf eines Stützungsprogramms mit einer Laufzeit von fünf Jahren ein, das Maßnahmen gemäß diesem Kapitel umfasst.

Die Stützungsmaßnahmen werden auf der von den Mitgliedstaaten als am geeignetsten erachteten geografischen Ebene ausgearbeitet. Vor der Einreichung bei der Kommission werden mit den zuständigen Behörden und Organisationen auf der geeigneten Gebietsebene Konsultationen zu den Stützungsmaßnahmen abgehalten.

Jeder Mitgliedstaat reicht einen einzigen Programmentwurf ein, der regionalen Besonderheiten Rechnung tragen kann.

(2) Die Stützungsprogramme werden drei Monate nach Einreichung bei der Kommission anwendbar.

Entsprechen die eingereichten Programme jedoch nicht den in diesem Kapitel festgelegten Bedingungen, so setzt die Kommission den Mitgliedstaat hiervon in Kenntnis. In einem solchen Fall übermittelt der Mitgliedstaat der Kommission ein überarbeitetes Programm. Das überarbeitete Programm wird zwei Monate nach seiner Übermittlung anwendbar, außer es liegt weiterhin eine Nichtkonformität vor, in welchem Fall der vorliegende Unterabsatz gilt.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend für Änderungen an den von den Mitgliedstaaten übermittelten Stützungsprogrammen.

Artikel 6
Inhalt der Stützungsprogramme

Die Stützungsprogramme umfassen Folgendes:

a) eine detaillierte Beschreibung der vorgeschlagenen Maßnahmen sowie deren quantifizierte Ziele;

b) die Ergebnisse der stattgefundenen Konsultationen;

c) eine Beurteilung der erwarteten technischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen;

d) einen Zeitplan für die Durchführung der Maßnahmen;

e) eine allgemeine Finanzierungstabelle, die Aufschluss über die einzusetzenden Mittel und die geplante indikative Aufteilung der Mittel auf die Maßnahmen entsprechend den in Anhang II vorgesehenen Obergrenzen gibt;

f) den Nachweis der Vereinbarkeit und Kohärenz zwischen den einzelnen Maßnahmen des Programms;

g) die Kriterien und quantitativen Indikatoren für die Begleitung und Bewertung sowie die Vorkehrungen, die zur Gewährleistung einer angemessenen und effizienten Durchführung des Programms getroffen wurden;

h) die Kriterien und Indikatoren zur Überprüfung, dass bei der Einreichung und Durchführung der Stützungsprogramme in einer objektiven Weise vorgegangen wird, wobei die wirtschaftliche Lage der betreffenden Erzeuger und die Notwendigkeit, eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung unter den Erzeugern zu vermeiden, zu berücksichtigen sind;

i) die Vorkehrungen bezüglich Kontrollen und Sanktionen;

j) die Bezeichnung der zuständigen Behörden und für die Durchführung des Programms verantwortlichen Einrichtungen.

Artikel 7
Förderfähige Maßnahmen

Die Stützungsprogramme umfassen Maßnahmen zur Absatzförderung auf Drittlandsmärkten gemäß Artikel 9.

Außerdem umfassen sie mindestens eine der folgenden Maßnahmen:

a) Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen;

b) grüne Weinlese;

c) Fonds auf Gegenseitigkeit;

d) Ernteversicherung.

Artikel 8
Allgemeine Vorschriften für die Stützungsprogramme

(1) Die Aufteilung der verfügbaren Gemeinschaftsmittel sowie die Haushaltsobergrenzen sind in Anhang II festgesetzt.

(2) Die Gemeinschaftsunterstützung betrifft nur die zuschussfähigen Ausgaben, die nach Einreichung des jeweiligen Stützungsprogramms gemäß Artikel 5 Absatz 1 getätigt werden.

(3) Die Mitgliedstaaten beteiligen sich nicht an den Kosten der Maßnahmen, die von der Gemeinschaft im Rahmen der Stützungsprogramme (ko)finanziert werden.

(4) Abweichend von Absatz 3 können die Mitgliedstaaten für die Maßnahmen gemäß den Artikeln 9 und 13 unter Einhaltung der Gemeinschaftsvorschriften für staatliche Beihilfen einzelstaatliche Beihilfen gewähren.

Der in den einschlägigen Gemeinschaftsvorschriften für staatliche Beihilfen festgesetzte Beihilfehöchstsatz gilt für die öffentliche (Ko)finanzierung - aus Gemeinschaftsmitteln und nationalen Mitteln - insgesamt.

ABSCHNITT 3
BESONDERE STÜTZUNGSMASSNAHMEN

Artikel 9
Absatzförderung auf Drittlandsmärkten

(1) Die Stützungsmaßnahmen im Rahmen dieses Artikels umfassen Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Gemeinschaftsweine in Drittländern, die die Wettbewerbsfähigkeit dieser Weine in den betreffenden Ländern verbessern sollen.

(2) Die Maßnahmen gemäß Absatz 1 betreffen Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe oder Weine mit Angabe der Keltertraubensorte.

(3) Die Maßnahmen gemäß Absatz 1 können Folgendes umfassen:

a) Öffentlichkeitsarbeit, Absatzförderungs- und Werbemaßnahmen, insbesondere um die Vorzüge der Gemeinschaftserzeugnisse vor allem in Bezug auf Qualität, Lebensmittelsicherheit oder Umweltfreundlichkeit hervorzuheben;

b) Teilnahme an bedeutenden internationalen Veranstaltungen, Messen und Ausstellungen;

c) Informationskampagnen, insbesondere über die Gemeinschaftssysteme für Ursprungsbezeichnungen, geografische Angaben und ökologische Erzeugung;

d) Studien über neue Märkte, die für die Erschließung neuer Absatzmärkte erforderlich sind;

e) Studien zur Bewertung der Ergebnisse der Absatzförderungs- und Informationsmaßnahmen.

(4) Der Gemeinschaftsbeitrag zu den Absatzförderungsmaßnahmen beträgt höchstens 50% der zuschussfähigen Ausgaben.

(5) Die Mitgliedstaaten behalten mindestens die in Anhang II festgesetzten Gemeinschaftsmittel der Absatzförderung auf Drittlandsmärkten vor. Die so vorbehaltenen Mittel stehen für keine anderen Maßnahmen zur Verfügung.

Artikel 10
Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen

(1) Die Maßnahmen für die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen zielen darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der Weinerzeuger zu verbessern.

(2) Die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen werden nach diesem Artikel nur unterstützt, wenn die Mitgliedstaaten die Aufstellung über ihr Weinbaupotenzial gemäß Artikel 100 übermitteln.

(3) Die Unterstützung für die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen kann eine oder mehrere der folgenden Tätigkeiten betreffen:

a) Sortenumstellung auch durch Umveredelung;

b) Umbepflanzung von Rebflächen;

c) Verbesserungen der Rebflächenbewirtschaftungstechniken.

Die normale Erneuerung ausgedienter Altrebflächen wird nicht unterstützt.

(4) Die Unterstützung für die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen erfolgt in folgender Form:

a) Ausgleich für die Erzeuger für Einkommenseinbußen aufgrund der Durchführung der Maßnahme;

b) Beteiligung an den Umstrukturierungs- und Umstellungskosten.

(5) Der den Erzeugern gewährte Ausgleich für Einkommenseinbußen gemäß Absatz 4 Buchstabe a kann sich auf bis zu 100 % der betreffenden Einbuße belaufen und folgende Form haben:

a) unbeschadet der Bestimmungen von Titel V Kapitel II Zulassung des Nebeneinanderbestehens alter und neuer Rebflächen für einen festen Zeitraum von höchstens 3 Jahren bis zum Auslaufen der Übergangsregelung für Pflanzungsrechte, d.h. bis spätestens 31. Dezember 2013; oder

b) finanzielle Entschädigung.

(6) Die Gemeinschaftsbeteiligung an den Kosten der Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen darf 50 % dieser Kosten nicht überschreiten. In Regionen, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 als Konvergenzregionen eingestuft sind, darf die Gemeinschaftsbeteiligung an den Umstrukturierungs- und Umstellungskosten 75 % dieser Kosten nicht überschreiten.

Artikel 11
Grüne Weinlese

(1) Für die Zwecke dieses Artikels bedeutet grüne Weinlese die vollständige Vernichtung oder Entfernung noch unreifer Traubenbüschel, wodurch der Ertrag der betreffenden Parzelle auf Null gesenkt wird.

(2) Die Unterstützung der grünen Weinlese soll zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Weinmarkt in der Gemeinschaft beitragen, um Marktkrisen vorzubeugen.

(3) Die Unterstützung der grünen Weinlese kann als Ausgleich in Form einer vom betreffenden Mitgliedstaat festzusetzenden Pauschalzahlung je Hektar gewährt werden.

Die Zahlung darf 50% der Summe aus den direkten Kosten der Vernichtung oder Entfernung von Traubenbüscheln und den Einkommenseinbußen aufgrund der Vernichtung oder Entfernung von Traubenbüscheln nicht überschreiten.

(4) Die betreffenden Mitgliedstaaten richten ein auf objektiven Kriterien basierendes System ein, das sicherstellt, dass die Maßnahme zur Unterstützung der grünen Weinlese nicht zu einem Ausgleich für einzelne Weinerzeuger über die in Absatz 3 Unterabsatz 2 genannte Obergrenze hinaus führt.

Artikel 12
Fonds auf Gegenseitigkeit

(1) Mit der Unterstützung für die Errichtung von Fonds auf Gegenseitigkeit sollen Weinbauern unterstützt werden, die sich gegen Marktschwankungen absichern wollen.

(2) Die Unterstützung für die Errichtung von Fonds auf Gegenseitigkeit kann als befristete und degressiv gestaffelte Beihilfe zur Deckung der Verwaltungskosten der Fonds gewährt werden.

Artikel 13
Ernteversicherung

(1) Die Unterstützung für Ernteversicherungen soll zur Sicherung der Erzeugereinkommen beitragen, wenn diese durch Naturkatastrophen, Witterungsverhältnisse, Krankheiten oder Schädlingsbefall beeinträchtigt werden.

(2) Die Unterstützung für Ernteversicherungen kann als finanzieller Beitrag der Gemeinschaft gewährt werden, der folgende Obergrenzen nicht überschreiten darf:

a) 80 % der Kosten der Versicherungsprämien, die von den Erzeugern zur Versicherung gegen Verluste aufgrund von Naturkatastrophen gleichzusetzenden widrigen Witterungsverhältnissen gezahlt werden;

b) 50 % der Kosten der Versicherungsprämien, die von den Erzeugern gezahlt werden zur Versicherung gegen

– Verluste gemäß Buchstabe a und sonstige durch Witterungsverhältnisse bedingte Verluste;

– durch Tierseuchen, Pflanzenkrankheiten oder Schädlingsbefall bedingte Verluste.

(3) Eine Unterstützung für Ernteversicherungen darf nur gewährt werden, wenn die Erzeuger – unter Berücksichtigung etwaiger Ausgleichszahlungen, die die Erzeuger über andere Stützungsregelungen im Zusammenhang mit dem versicherten Risiko beziehen - durch die betreffenden Versicherungszahlungen keinen Ausgleich für mehr als 100 % der erlittenen Einkommenseinbuße erhalten.

(4) Die Unterstützung für Ernteversicherungen darf zu keinen Wettbewerbsverzerrungen auf dem Versicherungsmarkt führen.

Artikel 14
Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen („Cross-Compliance“)

Wird festgestellt, dass Weinbauern in ihrem Betrieb innerhalb von fünf Jahren ab der Zahlung im Rahmen der Stützungsprogramme für die Umstrukturierung und Umstellung oder innerhalb eines Jahres ab der Zahlung im Rahmen der Stützungsprogramme für die grüne Weinlese gegen die Grundanforderungen an die Betriebsführung sowie die Mindestanforderungen für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand gemäß den Artikeln 3 bis 7 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 verstoßen haben, so wird der Zahlungsbetrag, wenn der Verstoß auf eine Handlung oder Unterlassung zurückzuführen ist, die unmittelbar dem Weinbauern zuzuschreiben ist, je nach Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes teilweise oder vollständig gekürzt oder gestrichen und müssen die Weinbauern ihn gegebenenfalls gemäß den in den vorgenannten Vorschriften festgelegten Bedingungen erstatten.

Nach dem Verfahren des Artikels 144 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 werden Vorschriften für die teilweise oder vollständige Kürzung oder Wiedereinziehung der Beihilfe durch den betreffenden Mitgliedstaat festgelegt.

ABSCHNITT 4
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 15
Berichterstattung und Bewertung

(1) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alljährlich bis spätestens 1. März einen Bericht über die Durchführung der in ihren Stützungsprogrammen vorgesehenen Maßnahmen während des Vorjahres.

Diese Berichte enthalten eine Auflistung und Beschreibung der Maßnahmen, für die im Rahmen der Stützungsprogramme eine Unterstützung durch die Gemeinschaft gewährt wurde, und insbesondere Einzelheiten zur Durchführung der Absatzförderungsmaßnahme gemäß Artikel 9.

(2) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission bis spätestens 1. März 2011 und ein zweites Mal bis spätestens 1. März 2014 eine Bewertung der Kosten und Nutzen der Stützungsprogramme und legen dar, wie deren Effizienz gesteigert werden kann.

Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat bis spätestens 31. Dezember 2011 einen Bericht über die Durchführung der Absatzförderungsmaßnahme gemäß Artikel 9 vor.

Artikel 16
Durchführungsbestimmungen

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Kapitel werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 festgelegt.

Diese Bestimmungen können insbesondere Folgendes umfassen:

a) das Muster für die Aufmachung der Stützungsprogramme;

b) Bestimmungen für Änderungen der Stützungsprogramme nach deren Geltungsbeginn;

c) Durchführungsbestimmungen zu den Maßnahmen gemäß den Artikeln 9 bis 13;

d) die Bedingungen für Kommunikation und Publizität für die aus Gemeinschaftsmitteln erfolgende Unterstützung;

e) Einzelheiten der Berichterstattung.

Kapitel II
Mittelübertragung

Artikel 17
Mittelübertragung auf die Entwicklung des ländlichen Raums

(1) Ab dem Haushaltsjahr 2009 stehen die in Absatz 2 festgesetzten Beträge, die auf den historischen Ausgaben im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 für Interventionen zur Regulierung der Agrarmärkte gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 basieren, als zusätzliche

Gemeinschaftsmittel für Maßnahmen in Weinbaugebieten im Rahmen der gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 finanzierten Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums zur Verfügung.

(2) In den einzelnen Kalenderjahren stehen folgende Beträge zur Verfügung:

– 2009: 100 Mio. EUR,

– 2010: 150 Mio. EUR,

– 2011: 250 Mio. EUR,

– 2012: 300 Mio. EUR,

– 2013: 350 Mio. EUR,

– ab 2014: 400 Mio. EUR.

(3) Die in Absatz 2 genannten Beträge werden gemäß Anhang III auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt.

TITEL III
REGULIERUNGSMASSNAHMEN

Kapitel I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 18
Klassifizierung von Keltertraubensorten

(1) Die Mitgliedstaaten erstellen eine Klassifizierung der Keltertraubensorten, die in ihrem Hoheitsgebiet angepflanzt, wiederangepflanzt oder veredelt werden dürfen.

Die in die Klassifizierung aufgenommenen Keltertraubensorten müssen der Art *Vitis vinifera* angehören oder aus einer Kreuzung dieser Art mit anderen Arten der Gattung *Vitis* stammen.

(2) Folgende Keltertraubensorten dürfen von den Mitgliedstaaten nicht in diese Klassifizierung aufgenommen werden:

a) Noah;

b) Othello;

c) Isabelle;

d) Jacquez;

e) Clinton;

f) Herbemont.

(3) Die Anpflanzung, Wiederanpflanzung oder Veredelung von nicht in der Klassifizierung aufgeführten Keltertraubensorten ist nur für wissenschaftliche Forschungs- und Versuchszwecke gestattet.

(4) Flächen, die mit nicht in der Klassifizierung aufgeführten Keltertraubensorten bepflanzt sind, müssen gerodet werden, sofern die Erzeugung auf diesen Flächen nicht ausschließlich für den Verbrauch der Familie des Weinbauern bestimmt ist.

(5) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um die Einhaltung der Absätze 3 und 4 durch die Erzeuger zu überwachen.

(6) Werden Keltertraubensorten aus der Klassifizierung gestrichen, so sind die betreffenden Flächen innerhalb von 15 Jahren nach der Streichung zu roden.

Artikel 19

Erzeugung und Inverkehrbringen

(1) Die in Anhang IV aufgeführten und in der Gemeinschaft erzeugten Erzeugnisse stammen von Reben der Sorten, die in den von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Unterabsatz 1 erstellten Klassifizierungen aufgeführt sind.

(2) Die Bezeichnung für eine in Anhang IV aufgeführte Weinbauerzeugniskategorie darf in der Gemeinschaft nur für das Inverkehrbringen von Erzeugnissen verwendet werden, die den entsprechenden in diesem Anhang festgelegten Bedingungen genügen.

Die Kommission kann die in Anhang IV aufgeführten Kategorien von Weinbauerzeugnissen durch weitere Kategorien ergänzen.

(3) Abgesehen von Flaschenweinen, für die nachgewiesen werden kann, dass die Abfüllung vor dem 1. September 1971 erfolgte, darf Wein von Keltertraubensorten, die in den gemäß Artikel 18 Absatz 1 Unterabsatz 1 erstellten Klassifizierungen aufgeführt sind, jedoch nicht einer der in Anhang IV festgelegten Kategorien entsprechen, nur für den Eigenbedarf der Familie des Weinerzeugers, zur Erzeugung von Weinessig oder zur Destillation verwendet werden.

Kapitel II
Önologische Verfahren und Einschränkungen

Artikel 20

Geltungsbereich

In diesem Kapitel sind die zugelassenen önologischen Verfahren und die geltenden Einschränkungen sowie das Verfahren festgelegt, nach dem die Kommission über Verfahren und Einschränkungen für die Erzeugung und das Inverkehrbringen von unter diese Verordnung fallenden Erzeugnissen entscheidet.

Artikel 21

Önologische Verfahren und Einschränkungen

(1) Unter diese Verordnung fallende Erzeugnisse dürfen in der Gemeinschaft nur unter Verwendung der nach dem Gemeinschaftsrecht zugelassenen önologischen Verfahren erzeugt werden.

Unterabsatz 1 gilt nicht für:

a) Traubensaft und konzentrierten Traubensaft;

b) zur Herstellung von Traubensaft bestimmten Traubenmost und konzentrierten Traubenmost.

(2) Die zugelassenen önologischen Verfahren dürfen nur zur ordnungsgemäßen Weinherstellung, Haltbarmachung oder zum ordnungsgemäßen Ausbau des Erzeugnisses verwendet werden.

(3) Unter diese Verordnung fallende Erzeugnisse müssen in der Gemeinschaft im Einklang mit den einschlägigen in Anhang VI festgelegten Einschränkungen erzeugt werden.

(4) Unter diese Verordnung fallende Erzeugnisse, die Gegenstand von nicht zugelassenen gemeinschaftlichen oder gegebenenfalls von nicht zugelassenen einzelstaatlichen önologischen Verfahren waren oder bei denen die in Anhang VI festgelegten Einschränkungen nicht eingehalten wurden, dürfen in der Gemeinschaft nicht in den Verkehr gebracht werden.

(5) Für unter diese Verordnung fallende Erzeugnisse, die für die Ausfuhr erzeugt werden, gelten jedoch die von der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (OIV) zugelassenen önologischen Verfahren und Einschränkungen und nicht die zugelassenen gemeinschaftlichen önologischen Verfahren und Einschränkungen.

Die Erzeuger melden eine solche Erzeugung den Mitgliedstaaten, die die Einhaltung der Ausfuhrpflicht überprüfen.

Artikel 22

Von den Mitgliedstaaten beschlossene restriktivere önologische Verfahren

Die Mitgliedstaaten können die Verwendung bestimmter nach dem Gemeinschaftsrecht zugelassener önologischer Verfahren für in ihrem Hoheitsgebiet erzeugte Weine einschränken oder ausschließen, um die Erhaltung der wesentlichen Merkmale von Weinen mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geschützter geografischer Angabe sowie von Schaumweinen und Likörweinen zu fördern.

Die Mitgliedstaaten teilen solche Einschränkungen und Ausschlüsse der Kommission mit, die die anderen Mitgliedstaaten hiervon unterrichtet.

Artikel 23

Zulassung von önologischen Verfahren und Einschränkungen

(1) Mit Ausnahme der in Anhang V genannten önologischen Verfahren zur Anreicherung, Säuerung und Entsäuerung sowie der in Anhang VI genannten Einschränkungen wird die Zulassung von önologischen Verfahren und Einschränkungen für die Erzeugung und Haltbarmachung von unter diese Verordnung fallenden Erzeugnissen nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 beschlossen.

(2) Die Mitgliedstaaten können unter Bedingungen, die nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 festzulegen sind, den Einsatz nicht zugelassener önologischer Verfahren zu Versuchszwecken genehmigen.

Artikel 24
Zulassungskriterien

Bei der Zulassung önologischer Verfahren nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 geht die Kommission wie folgt vor:

a) Sie stützt sich auf die von der OIV anerkannten önologischen Verfahren sowie auf die Ergebnisse des Einsatzes bislang nicht zugelassener önologischer Verfahren zu Versuchszwecken.

b) Sie trägt dem Schutz der menschlichen Gesundheit Rechnung.

c) Sie trägt dem Risiko Rechnung, dass die Verbraucher aufgrund ihrer festen Erwartungen und Wahrnehmungen in die Irre geführt werden könnten, und berücksichtigt, inwieweit Informationsmittel verfügbar und praktikabel sind, um ein solches Risiko auszuschließen.

d) Sie trägt dafür Sorge, dass die natürlichen wesentlichen Merkmale des Weins erhalten bleiben und sich die Zusammensetzung des betreffenden Erzeugnisses nicht erheblich ändert.

e) Sie gewährleistet ein akzeptables Mindestmaß an Umweltpflege.

f) Sie berücksichtigt die in den Anhängen III und IV festgelegten allgemeinen Bestimmungen für önologische Verfahren und Einschränkungen.

Artikel 25
Analysemethoden

Die Analysemethoden, nach denen die Bestandteile der unter diese Verordnung fallenden Erzeugnisse festgestellt werden, sowie die Regeln, nach denen festgestellt wird, ob diese Erzeugnisse nicht zugelassenen önologischen Verfahren unterzogen worden sind, sind die von der OIV anerkannten und veröffentlichten Methoden und Regeln. Liegen keine solchen von der OIV anerkannten Methoden und Regeln vor und gibt es auch keine einschlägigen gemeinschaftlichen Methoden und Regeln, so werden diese Methoden und Regeln nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 festgelegt.

Artikel 26
Durchführungsbestimmungen

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Kapitel und zu den Anhängen III und IV werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 festgelegt.

Diese Bestimmungen können insbesondere Folgendes umfassen:

a) zugelassene önologische Verfahren und Einschränkungen für Schaumweine;

b) zugelassene önologische Verfahren und Einschränkungen für Likörweine;

c) vorbehaltlich Anhang VI Buchstabe C Bestimmungen für die Mischung und den Verschnitt von Traubenmost und Wein;

d) bei Fehlen diesbezüglicher Gemeinschaftsvorschriften die Reinheits- und Identitätskriterien für die im Rahmen der önologischen Verfahren verwendeten Stoffe;

e) Verwaltungsvorschriften für die Durchführung der zugelassenen önologischen Verfahren;

f) die Bedingungen für die Lagerung, den Verkehr und die Verwendung von Erzeugnissen, die den Bestimmungen von Artikel 21 nicht entsprechen, und etwaige Freistellungen von den Bestimmungen des genannten Artikels sowie die Festlegung von Kriterien, die es in Einzelfällen ermöglichen, eine übermäßige Härte zu vermeiden;

g) die Bedingungen, unter denen die Mitgliedstaaten die Lagerung, den Verkehr und die Verwendung von Erzeugnissen genehmigen können, die anderen Vorschriften dieses Kapitels als Artikel 21 oder den Durchführungsbestimmungen zu diesem Kapitel nicht entsprechen.

Kapitel III
Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben

ABSCHNITT 1
GELTUNGSBEREICH UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Artikel 27

Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben

(1) Im Sinne dieser Verordnung sind

a) „Ursprungsbezeichnung“ der Name einer Gegend, eines bestimmten Ortes oder in Ausnahmefällen eines Landes, der zur Bezeichnung eines Weins, Likörweins, Schaumweins, Schaumweins mit zugesetzter Kohlensäure, Perlweins oder Weins aus überreifen Trauben dient, der folgende Anforderungen erfüllt:

i) er verdankt seine Güte oder Eigenschaften überwiegend oder ausschließlich den geografischen Verhältnissen einschließlich der natürlichen und menschlichen Einflüsse;

ii) die Weintrauben, aus denen er gewonnen wird, stammen ausschließlich aus diesem geografischen Gebiet;

iii) er wurde aus Rebsorten gewonnen, die zu *Vitis vinifera* zählen;

b) „geografische Angabe“ die Angabe des Namens einer Gegend, eines bestimmten Ortes oder in Ausnahmefällen eines Landes, der zur Bezeichnung eines Weins, Likörweins, Schaumweins, Schaumweins mit zugesetzter Kohlensäure, Perlweins oder Weins aus überreifen Trauben dient, der folgende Anforderungen erfüllt:

i) seine Güte, seine Eigenschaften oder sein Ansehen ergeben sich überwiegend aus seinem geografischen Ursprung;

ii) zumindest 85% der zu seiner Herstellung verwendeten Trauben stammen ausschließlich aus diesem geografischen Gebiet;

iii) er wurde aus Rebsorten gewonnen, die zu *Vitis vinifera* oder einer Kreuzung zwischen der Sorte *Vitis vinifera* und einer anderen Sorte der Gattung *Vitis* zählen.

(2) Traditionelle Begriffe gelten als Ursprungsbezeichnungen, wenn sie

a) einen Wein bezeichnen,

b) sich auf einen geografischen Nahmen beziehen,

c) die Bedingungen von Artikel 1 Buchstabe a Ziffern i bis iii erfüllen.

(3) Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben, einschließlich derjenigen, die sich auf geografische Gebiete in Drittländern beziehen, können gemäß den Vorschriften dieses Kapitels in der Gemeinschaft geschützt werden.

ABSCHNITT 2
SCHUTZANTRAG

Artikel 28
Inhalt der Schutzanträge

(1) Die Anträge auf den Schutz von Namen als Ursprungsbezeichnungen oder geografische Angaben umfassen technische Unterlagen, die Folgendes enthalten:

a) den zu schützenden Namen;

b) Name und Anschrift des Antragstellers;

c) eine Produktspezifikation gemäß Absatz 2;

d) ein einziges Dokument zur Zusammenfassung der Produktspezifikation gemäß Absatz 2.

(2) Die Produktspezifikation ermöglicht den Interessenten, die relevanten Produktionsbedingungen der Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe zu überprüfen.

Sie beinhaltet Folgendes:

a) eine Beschreibung des Weines und seiner wichtigsten physikalischen, chemischen, mikrobiologischen und organoleptischen Eigenschaften;

b) gegebenenfalls die spezifischen önologischen Verfahren zur Weinbereitung;

c) die Abgrenzung des betreffenden geografischen Gebiets;

d) den Höchstertrag je Hektar;

e) eine Angabe der Rebsorte oder -sorten, aus denen der Wein gewonnen wurde;

f) Angaben, aus denen sich der Zusammenhang mit der Güte, dem Ansehen oder den Eigenschaften und den geografischen Verhältnissen oder dem geografischen Ursprung ergibt;

g) geltende Anforderungen, die aufgrund gemeinschaftlicher oder nationaler Rechtsvorschriften oder gegebenenfalls Vorschriften von Branchenorganisationen bestehen und auf jeden Fall mit dem Gemeinschaftsrecht im allgemeinen vereinbar sein müssen;

h) den Namen und die Anschrift der Behörden oder Stellen, die die Einhaltung der Bestimmungen der Produktspezifikation kontrollieren, und ihre besonderen Aufgaben.

Artikel 29

Schutzantrag für ein geografisches Gebiet in einem Drittland

(1) Betrifft der Schutzantrag ein geografisches Gebiet in einem Drittland, so muss er zusätzlich zu den Angaben gemäß Artikel 28 den Nachweis enthalten, dass der betreffende Name in seinem Ursprungsland geschützt ist.

(2) Der Antrag wird direkt an die Kommission gerichtet oder über die Behörden des betreffenden Drittlands gestellt.

(3) Der Schutzantrag ist in einer der Amtssprachen der Gemeinschaft einzureichen oder muss von einer beglaubigten Übersetzung in eine dieser Sprachen begleitet werden.

Artikel 30

Antragsteller

(1) Jede interessierte Gruppe von Erzeugern oder in Ausnahmefällen ein Einzelerzeuger kann den Schutz einer Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe beantragen. Andere interessierte Parteien können sich am Antrag beteiligen.

(2) Die Erzeuger dürfen den Schutz nur für von ihnen erzeugte Weine beantragen.

(3) Bezeichnet ein Name ein grenzübergreifendes geografisches Gebiet oder ist ein traditioneller Name mit einem grenzübergreifenden geografischen Gebiet verbunden, so kann ein gemeinsamer Antrag gestellt werden.

ABSCHNITT 3
SCHUTZVERLEIHENDES VERFAHREN

Artikel 31

Nationales Vorverfahren

(1) Anträge auf den Schutz einer Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe von Weinen gemäß Artikel 27 mit Ursprung in der Gemeinschaft werden einem nationalen Vorverfahren nach diesem Artikel unterzogen.

(2) Der Schutzantrag wird bei dem Mitgliedstaat eingereicht, in dessen Hoheitsgebiet die Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe ihren Ursprung findet.

(3) Der Mitgliedstaat prüft den Schutzantrag darauf hin, ob er die Bedingungen dieses Kapitels erfüllt.

Der Mitgliedstaat führt ein nationales Verfahren durch, indem er für eine angemessene Veröffentlichung des Antrags sorgt und eine Frist von mindestens zwei Monaten ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung setzt, innerhalb deren jede natürliche oder juristische Person mit einem berechtigten Interesse, die in seinem Hoheitsgebiet niedergelassen oder ansässig ist, anhand einer ausreichend begründeten Erklärung beim Mitgliedstaat Einspruch gegen den Antrag einlegen kann.

(4) Ist der Mitgliedstaat der Auffassung, dass die Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe die einschlägigen Anforderungen nicht erfüllt, einschließlich der Möglichkeit, dass sie mit dem Gemeinschaftsrecht im Allgemeinen unvereinbar ist, so lehnt er den Antrag ab.

(5) Ist der Mitgliedstaat der Auffassung, dass die einschlägigen Anforderungen erfüllt werden, so erlässt er eine positive Entscheidung, mit der er einen übergangsweisen nationalen Schutz ab dem Zeitpunkt der Einreichung des Antrags bei der Kommission gemäß Absatz 7 gewährt. Der Mitgliedstaat veröffentlicht das einzige Dokument und die Produktspezifikation im Internet.

(6) Der Mitgliedstaat stellt sicher, dass die in Absatz 5 genannten Entscheidungen öffentlich zugänglich gemacht werden und jede natürliche oder juristische Person mit einem berechtigten Interesse in dem Mitgliedstaat über Rechtsmittel verfügt.

(7) Zu jeder positiven Entscheidung gemäß Absatz 5 übermittelt der betreffende Mitgliedstaat der Kommission einen Schutzantrag, der Folgendes enthält:

a) Name und Anschrift des Antragstellers;

b) das einzige Dokument gemäß Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe d;

c) eine Erklärung des Mitgliedstaats, dass der Antrag des Antragstellers seiner Auffassung nach den Anforderungen dieser Verordnung entspricht;

d) die Fundstelle der Veröffentlichung gemäß Absatz 6.

Diese Unterlagen werden in einer der Amtssprachen der Organe der Europäischen Union abgefasst oder von einer beglaubigten Übersetzung in eine dieser Sprachen begleitet.

(8) Der übergangsweise gewährte nationale Schutz endet mit dem Zeitpunkt, zu dem die Kommission eine Entscheidung gemäß Artikel 34 trifft.

(9) Die Mitgliedstaaten setzen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, um diesem Artikel bis zum 1. August 2009 nachzukommen.

Artikel 32
Prüfung durch die Kommission

(1) Die Kommission veröffentlicht den Zeitpunkt der Einreichung des Antrags auf den Schutz der Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe.

(2) Die Kommission prüft, ob die in Artikel 31 Absatz 7 genannten Schutzanträge die Bedingungen dieses Kapitels erfüllen.

(3) Gelangt die Kommission zu der Auffassung, dass die Anforderungen dieses Kapitels erfüllt sind, so veröffentlicht sie das einzige Dokument gemäß Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe d und die Fundstelle der veröffentlichten Spezifikation gemäß Artikel 31 Absatz 5 im *Amtsblatt der Europäischen Union*.

Andernfalls wird nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Artikel 33
Einspruchverfahren

Innerhalb von zwei Monaten ab der Veröffentlichung gemäß Artikel 32 Absatz 3 Unterabsatz 1 kann jeder Mitgliedstaat oder jedes Drittland oder jede natürliche oder juristische Person mit einem berechtigten Interesse, die in einem anderen als dem antragstellenden Mitgliedstaat oder in einem Drittland niedergelassen oder ansässig ist, Einspruch gegen den beabsichtigten Schutz einlegen, indem bei der Kommission eine ordnungsgemäß begründete Erklärung eingereicht wird.

Bei natürlichen oder juristischen Personen, die in einem Drittland niedergelassen oder ansässig sind, erfolgt die Einreichung innerhalb der zweimonatigen Frist gemäß Absatz 1 entweder direkt bei der Kommission oder über die Behörden des betreffenden Drittlands.

Artikel 34
Entscheidung über den Schutz

Auf der Grundlage der der Kommission vorliegenden Informationen wird nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 beschlossen, entweder die Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe, die die Bedingungen dieses Kapitels erfüllt und mit dem Gemeinschaftsrecht im allgemeinen vereinbar ist, zu schützen oder den Antrag abzulehnen, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind.

ABSCHNITT 4
SONDERFÄLLE

Artikel 35
Homonyme

(1) Ein Name, der mit einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe homonym ist, kann als Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe geschützt werden, sofern er sich ausreichend vom geschützten Namen unterscheidet,

so dass die Verbraucher hinsichtlich des wahren geografischen Ursprungs der betreffenden Weine nicht irregeführt werden.

(2) Enthält eine Weintraubensorte eine geschützte Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe, so kann der Name der Traubensorte unbeschadet anderer Durchführungsbestimmungen der Kommission nicht zur Etikettierung der unter diese Verordnung fallenden Erzeugnisse verwendet werden.

Artikel 36
Gründe für die Verweigerung des Schutzes

(1) Namen, die zu Gattungsbezeichnungen geworden sind, dürfen nicht als Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe geschützt werden.

Im Sinne dieser Verordnung ist ein „Name, der zur Gattungsbezeichnung geworden ist“, der Name eines Weins, der sich zwar auf einen Ort oder ein Gebiet bezieht, in dem das betreffende Erzeugnis ursprünglich hergestellt oder vermarktet wurde, der jedoch in der Gemeinschaft der gemeinhin übliche Name für einen Wein geworden ist.

Bei der Feststellung, ob ein Name zur Gattungsbezeichnung geworden ist, sind alle relevanten Faktoren und insbesondere Folgendes zu berücksichtigen:

a) die bestehende Situation in der Gemeinschaft, insbesondere in den Verbrauchsgebieten;

b) die einschlägigen nationalen oder gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften.

(2) Ein Name wird nicht als Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe geschützt, wenn der Schutz aufgrund des Ansehens, das eine Marke genießt, geeignet ist, den Verbraucher in Bezug auf die tatsächliche Identität des Weins irrezuführen.

Artikel 37
Beziehung zu Marken

(1) Ist eine Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe nach Maßgabe dieser Verordnung geschützt, so wird der Antrag auf Eintragung einer Marke, auf die einer der in Artikel 38 Absatz 2 aufgeführten Tatbestände zutrifft und die eine in Anhang IV aufgeführte Art von Erzeugnis betrifft, abgelehnt, wenn dieser Antrag nach dem Zeitpunkt der Einreichung des Antrags auf Eintragung der Ursprungsbezeichnung oder der geografischen Angabe bei der Kommission eingereicht wird und die Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe somit geschützt wird.

Marken, die unter Verstoß gegen Unterabsatz 1 eingetragen wurden, werden gelöscht.

(2) Unbeschadet von Artikel 36 Absatz 2 darf eine Marke, auf deren Verwendung einer der in Artikel 38 Absatz 2 aufgeführten Tatbestände zutrifft und die vor dem Zeitpunkt des Antrags auf Schutz der Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe angemeldet, eingetragen oder, sofern dies nach den einschlägigen Rechtsvorschriften vorgesehen ist, durch Verwendung in gutem Glauben im Gebiet der Gemeinschaft erworben wurde, ungeachtet des Schutzes einer Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe weiter verwendet werden, sofern

für die Marke keine Gründe für die Ungültigerklärung oder den Verfall gemäß der Richtlinie 89/104/EWG des Rates[20] oder der Verordnung (EG) Nr. 40/94 des Rates[21] vorliegen.

In solchen Fällen wird die Verwendung der Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe neben den jeweiligen Marken erlaubt.

ABSCHNITT 5
SCHUTZ UND KONTROLLE

Artikel 38
Schutz

(1) Geschützte Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben dürfen von jedem Marktteilnehmer verwendet werden, der einen Wein vermarktet, der der betreffenden Produktspezifikation entspricht.

(2) Geschützte Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben sowie die diese geschützten Namen in Übereinstimmung mit der Produktspezifikation verwendenden Weine werden geschützt gegen

a) jede direkte oder indirekte kommerzielle Verwendung eines geschützten Namens

– durch vergleichbare Erzeugnisse, die der Produktspezifikation des geschützten Namens nicht entsprechen, oder

– soweit durch diese Verwendung das Ansehen einer Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe ausgenutzt wird;

b) jede widerrechtliche Aneignung, Nachahmung oder Anspielung, selbst wenn der tatsächliche Ursprung des Erzeugnisses oder der Dienstleistung angegeben ist oder wenn der geschützte Name in Übersetzung oder zusammen mit Ausdrücken wie „Art“, „Typ“, „Verfahren“, „Fasson“, „Nachahmung“ oder dergleichen verwendet wird;

c) alle sonstigen falschen oder irreführenden Angaben, die sich auf Herkunft, Ursprung, Natur oder wesentliche Eigenschaften der Erzeugnisse beziehen und auf der Aufmachung oder der äußeren Verpackung, in der Werbung oder in Unterlagen zu den betreffenden Weinerzeugnissen erscheinen, sowie die Verwendung von Behältnissen, die geeignet sind, einen falschen Eindruck hinsichtlich des Ursprungs zu erwecken;

d) alle sonstigen Praktiken, die geeignet sind, den Verbraucher in Bezug auf den tatsächlichen Ursprung des Erzeugnisses irrezuführen.

(3) Geschützte Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben dürfen nicht zu Gattungsbezeichnungen in der Gemeinschaft im Sinne von Artikel 36 Absatz 1 werden.

---

[20] ABl. L 40 vom 11.2.1989, S. 1.
[21] ABl. L 11 vom 14.1.1994, S. 1.

(4) Die Mitgliedstaaten ergreifen die notwendigen Maßnahmen, um die widerrechtliche Verwendung geschützter Ursprungsbezeichnungen und geografischer Angaben gemäß Absatz 2 zu unterbinden.

Artikel 39
Register

Die Kommission erstellt und unterhält ein öffentlich zugängliches elektronisches Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben für Wein.

Artikel 40
Zuständige Kontrolleinrichtungen

(1) Die Mitgliedstaaten benennen die zuständige(n) Behörde(n), die für die Kontrollen in Bezug auf die in diesem Kapitel festgelegten Verpflichtungen in Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 zuständig ist/sind. Die Mitgliedstaaten können auch Branchenorganisationen für diese Kontrollen benennen, wenn diese angemessene Garantien für Objektivität und Unparteilichkeit bieten.

(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass jeder Marktteilnehmer, der die Vorschriften dieses Kapitels erfüllt, in ein Kontrollsystem aufgenommen wird.

(3) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über die in Absatz 1 genannten Behörden und Organisationen. Die Kommission macht deren Namen und Anschriften öffentlich zugänglich und aktualisiert sie in regelmäßigen Abständen.

Artikel 41
Kontrolle der Einhaltung der Spezifikationen

(1) Hinsichtlich der geschützten Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben, die ein geografisches Gebiet in der Gemeinschaft betreffen, wird die jährliche Kontrolle der Einhaltung der Produktspezifikation während der Erzeugung und während oder nach der Abfüllung des Weins gewährleistet durch

a) eine oder mehrere zuständige Behörden oder Organisationen gemäß Artikel 40 oder

b) eine oder mehrere Kontrollstellen im Sinne von Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 882/2004, die als Produktzertifizierungsstelle tätig werden.

Die Kontrollkosten werden von den von diesen Kontrollen erfassten Marktteilnehmern getragen.

(2) Hinsichtlich der geschützten Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben, die ein geografisches Gebiet in einem Drittland betreffen, wird die Kontrolle der Einhaltung der Produktspezifikation während der Erzeugung und während oder nach der Abfüllung des Weins gewährleistet durch

a) eine oder mehrere vom Drittland benannte staatliche Behörden oder

b) eine oder mehrere Produktzertifizierungsstellen oder

c) einen oder mehrere Branchenverbände.

(3) Die in Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 Buchstabe b dieses Artikels genannten Produktzertifizierungsstellen erfüllen die Voraussetzungen der Europäischen Norm EN 45011 oder des ISO-Leitfadens 65 (Allgemeine Kriterien für Produktzertifizierungsstellen) und werden ab dem 1. Mai 2010 nach diesen Normen akkreditiert.

(4) Übernehmen die in Absatz 1 Buchstabe a und Absatz 2 Buchstaben a und c dieses Artikels genannten Stellen die Kontrolle der Einhaltung der Produktspezifikation, so müssen sie angemessene Garantien für Objektivität und Unparteilichkeit bieten und über qualifiziertes Personal und Ressourcen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben verfügen.

Artikel 42
Änderungen der Produktspezifikationen

(1) Ein Antragsteller, der die Bedingungen von Artikel 30 erfüllt, kann insbesondere zur Berücksichtigung des Stands von Wissenschaft und Technik oder im Hinblick auf eine neue Abgrenzung des geografischen Gebiets gemäß Artikel 28 Absatz 2 Unterabsatz 2 Buchstabe c die Genehmigung einer Änderung der Produktspezifikation einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe beantragen. Der Antrag enthält eine Beschreibung der beabsichtigten Änderungen und deren Begründung.

(2) Führt die vorgeschlagene Änderung zu einer oder mehreren Änderungen des einzigen Dokuments gemäß Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe d, so finden die Artikel 31 bis 34 entsprechend auf den Änderungsantrag Anwendung. Werden lediglich geringfügige Änderungen vorgeschlagen, so wird nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 2 über die Genehmigung der Änderung ohne Anwendung des Verfahrens von Artikel 32 Absatz 1 und Artikel 33 entschieden und werden im Falle der Genehmigung die Angaben gemäß Artikel 32 Absatz 3 von der Kommission veröffentlicht.

(3) Führt die Änderung zu keiner Änderung des einzigen Dokuments, so gelten folgende Regeln:

a) Liegt das geografische Gebiet in einem Mitgliedstaat, so befindet dieser über die Genehmigung der Änderung, veröffentlicht im Falle der Befürwortung die geänderte Produktspezifikation und teilt der Kommission die genehmigten Änderungen und deren Begründung mit;

b) liegt das geografische Gebiet in einem Drittland, so befindet die Kommission über die Genehmigung der vorgeschlagenen Änderung.

Artikel 43
Löschung

Nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 kann auf Initiative der Kommission oder auf ordnungsgemäß begründeten Antrag eines Mitgliedstaats, eines Drittlands oder einer natürlichen oder juristischen Person mit begründetem Interesse beschlossen werden, den Schutz einer Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe zu löschen, wenn die Einhaltung der entsprechenden Produktspezifikation nicht mehr gewährleistet ist.

Die Artikel 31 bis 34 finden entsprechend Anwendung.

Artikel 44
Bestehende geschützte Weinnamen

(1) Weinnamen, die gemäß Artikel 54 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 und Artikel 28 der Verordnung (EG) Nr. 753/2002 geschützt sind, sind automatisch im Rahmen der vorliegenden Verordnung geschützt. Die Kommission führt sie in dem Register gemäß Artikel 39 auf.

(2) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission bezüglich der Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben gemäß Absatz 1 Folgendes:

a) die in Artikel 28 Absatz 1 genannten technischen Unterlagen;

b) die einzelstaatliche Entscheidung über ihre Gültigkeit.

(3) Namen gemäß Absatz 1, für die die in Absatz 2 vorgeschriebenen Angaben nicht bis zum 31. Dezember 2010 übermittelt werden, verlieren den Schutz im Rahmen der vorliegenden Verordnung. Die Kommission trifft die entsprechende formelle Maßnahme, diese Namen aus dem Register gemäß Artikel 39 zu streichen.

(4) Abweichend von Artikel 43 kann nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 bis zum 31. Dezember 2013 auf Initiative der Kommission beschlossen werden, den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben gemäß Absatz 1 dieses Artikels zu löschen, wenn sie die einschlägigen Bedingungen für den Schutz nicht erfüllen.

ABSCHNITT 6
ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

Artikel 45
Durchführungsbestimmungen

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Kapitel werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 erlassen.

Diese Bestimmungen können insbesondere Abweichungen von der Anwendbarkeit der Vorschriften dieses Kapitels auf anhängige Anträge auf den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben umfassen.

Artikel 46
Gebühren

Die Mitgliedstaaten können eine Gebühr zur Deckung ihrer Kosten erheben, einschließlich derjenigen, die bei der Prüfung der Schutz-, Änderungs- und Löschungsanträge sowie der Einspruchserklärungen im Sinne dieser Verordnung anfallen.

Kapitel IV
Kennzeichnung

Artikel 47
Begriffsbestimmung

Im Sinne dieser Verordnung bedeutet Kennzeichnung die Angaben, Kennzeichnungen, Hersteller- oder Handelsmarken, Abbildungen oder Zeichen auf Verpackungen, Dokumenten, Schildern, Etiketten, Ringen oder Bundverschlüssen, die jeglichem Erzeugnis beigefügt sind oder sich auf dieses beziehen.

Artikel 48
Anwendbarkeit horizontaler Vorschriften

Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen der vorliegenden Verordnung finden die Richtlinie 2000/13/EG, die Richtlinie 89/396/EWG des Rates[22], die Richtlinie 75/106/EWG des Rates[23] und die Richtlinie 89/104/EWG Anwendung auf die Kennzeichnung der in ihren Geltungsbereich fallenden Erzeugnisse.

Artikel 49
Obligatorische Angaben

1. Die Kennzeichnung der in Anhang IV Nummern 1 bis 9 sowie Nummer 13 genannten, in der Gemeinschaft vermarkteten Erzeugnisse umfasst die folgenden obligatorischen Angaben:

   a) die Bezeichnung der Kategorie des Weinbauerzeugnisses gemäß Anhang IV;

   b) für Weine mit einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe:

      – den Begriff „geschützte Ursprungsbezeichnung“ oder „geschützte geografische Angabe“ und

      – den Namen der geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe;

   c) den vorhandenen Alkoholgehalt;

   d) die Angabe der Herkunft des Weins;

   e) die Angabe des Abfüllers;

   f) bei eingeführten Weinen die Angabe des Einführers.

(2) Abweichend von Absatz 1 Buchstabe a kann auf die Angabe der Kategorie des Weinbauerzeugnisses bei Weinen verzichtet werden, deren Etikett den geschützten Namen einer Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe trägt.

---

22 ABl. L 186 vom 30.6.1989, S. 21.
23 ABl. L 42 vom 15.2.1975, S. 1.

(3) Abweichend von Absatz 1 Buchstabe b kann auf die Angabe des Begriffs „geschützte Ursprungsbezeichnung“ oder „geschützte geografische Angabe“ in folgenden Fällen verzichtet werden:

a) wenn eine einzelstaatliche besondere Bezeichnung, die unter einzelstaatliches Recht fällt, auf dem Etikett angegeben ist;

b) wenn der Name der geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe unter außergewöhnlichen, nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 festzulegenden Umständen auf dem Etikett angegeben ist.

Artikel 50
Fakultative Angaben

Die Kennzeichnung der in Artikel 49 Absatz 1 genannten Erzeugnisse kann insbesondere die folgenden obligatorischen Angaben umfassen:

a) das Erntejahr;

b) die Bezeichnung einer oder mehrerer Keltertraubensorten;

c) die Angabe des Zuckergehalts;

d) für Weine mit einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe ein anderer traditioneller Begriff als die geschützte Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe, der sich insbesondere auf ein Verfahren der Erzeugung, Bereitung und Reifung bzw. auf Qualität, Farbe oder Art des Weins oder den Ort dieses Weins bezieht;

e) das Gemeinschaftszeichen zur Angabe der geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe;

f) die Angabe bestimmter Erzeugungsverfahren.

Artikel 51
Sprachen

Erfolgen die obligatorischen Angaben gemäß Artikel 49 in Wörtern, so muss dies in einer oder mehreren der Amtssprachen der Gemeinschaft geschehen.

Der Name einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe oder die einzelstaatliche besondere Bezeichnung sind auf dem Etikett jedoch in der Amtssprache bzw. den Amtssprachen des Mitgliedstaats aufzuführen, aus dem der Wein stammt.

Artikel 52
Anwendung

Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten treffen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass nicht gemäß diesem Kapitel gekennzeichnete Weine nicht auf den Markt gelangen bzw. aus dem Markt genommen werden.

Artikel 53
Durchführungsbestimmungen

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Kapitel werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 erlassen.

Diese Bestimmungen können insbesondere Folgendes umfassen:

a) Einzelheiten der Angabe des Ursprungs des Weins;

b) die Bedingungen für die Verwendung der fakultativen Angaben gemäß Artikel 50;

c) Einzelheiten der traditionellen Begriffe für die Bezeichnung von Weinen mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe;

d) die Überwachung der Angabe des Erntejahres und der Keltertraubensorte auf dem Etikett.

Kapitel V
Erzeuger- und Branchenorganisationen

Artikel 54
Erzeugerorganisationen

Die Mitgliedstaaten erkennen als Erzeugerorganisation jede juristische Person an, die die folgenden Anforderungen erfüllt:

a) sie besteht aus Erzeugern von unter diese Verordnung fallenden Erzeugnissen;

b) sie wird auf Veranlassung der Erzeuger gegründet;

c) sie verfolgt einen besonderen Zweck, insbesondere im Zusammenhang mit der

   i) Anpassung des Erzeugnisses an die Marktnachfrage und Verbesserung des Erzeugnisses;

   ii) stärkeren Bündelung des Angebots und Förderung der Vermarktung ihrer Erzeugung;

   iii) Förderung der Rationalisierung und Verbesserung der Erzeugung und Verarbeitung;

   iv) Drosselung der Produktionskosten und Marktverwaltungskosten sowie Stabilisierung der Erzeugerpreise;

   v) Leistung technischer Hilfe zum Einsatz umweltgerechter Wirtschaftsweisen und Anbautechniken;

   vi) Förderung von Initiativen für die Verwaltung von Nebenerzeugnissen der Weinbereitung sowie der Abfallverwertung, insbesondere zum Schutz der Gewässer, des Bodens und der Landschaft sowie zur Erhaltung und/oder Förderung der Artenvielfalt;

vii) Durchführung von Forschungsarbeiten über nachhaltige Erzeugungsverfahren und Marktentwicklung;

d) ihre Satzung verpflichtet ihre Mitglieder insbesondere dazu,

i) die von der Erzeugerorganisation erlassenen Vorschriften hinsichtlich der Erzeugungsmeldung, der Erzeugung, der Vermarktung und des Umweltschutzes zu erfüllen;

ii) die von der Erzeugerorganisation zu statistischen Zwecken angeforderten Auskünfte zu erteilen, insbesondere über die Anbauflächen und die Marktentwicklung;

iii) Strafgebühren zur Ahndung von Verstößen gegen satzungsgemäße Pflichten zu zahlen;

e) sie hat beim betreffenden Mitgliedstaat einen Antrag zur Anerkennung als Erzeugerorganisation im Rahmen dieser Verordnung gestellt, der Folgendes enthält:

i) den Nachweis, dass die Organisation die Anforderungen der Buchstaben a bis d erfüllt;

ii) den Nachweis, dass ihr eine vom betreffenden Mitgliedstaat festzusetzende Mindestanzahl Erzeuger angeschlossen ist;

iii) den Nachweis, dass sie über eine vom betreffenden Mitgliedstaat festzusetzende Mindestmenge vermarktbarer Erzeugung in dem Gebiet ihrer Tätigkeit verfügt;

iv) den Nachweis, dass sie hinreichende Sicherheit für die sachgerechte Ausübung ihrer Tätigkeit sowohl zeitlich als auch hinsichtlich der Effizienz und der Bündelung des Angebots bietet;

v) den Nachweis, dass sie die erforderlichen Vorkehrungen trifft, damit ihre Mitglieder tatsächlich die zur Anwendung von umweltfreundlichen Anbauverfahren erforderliche technische Hilfe in Anspruch nehmen können.

Artikel 55
Branchenorganisationen

Die Mitgliedstaaten erkennen als Branchenorganisation jede juristische Person an, die die folgenden Anforderungen erfüllt:

a) sie besteht aus Vertretern der Wirtschaftszweige, die mit der Erzeugung von, dem Handel mit oder der Verarbeitung von unter diese Verordnung fallenden Erzeugnissen zusammenhängen;

b) sie wurde auf Initiative aller oder eines Teils der in ihr zusammengeschlossenen Organisationen oder Vereinigungen gegründet;

c) sie betreibt in einer oder mehreren Regionen der Gemeinschaft eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen unter Berücksichtigung der öffentlichen Gesundheit und der Verbraucherinteressen:

i) Verbesserung der Kenntnis und Transparenz der Erzeugung und des Marktes;

ii) Mitwirkung an einer besseren Koordinierung des Absatzes der Erzeugnisse, insbesondere durch Marktforschung und -studien;

iii) Ausarbeitung von Standardverträgen im Einklang mit dem Gemeinschaftsrecht;

iv) Erschließung des vollen Produktionspotenzials;

v) Information und Marktforschung zur Ausrichtung der Produktion auf Erzeugnisse, die dem Marktbedarf sowie dem Geschmack und den Erwartungen der Verbraucher, insbesondere hinsichtlich der Qualität und der Umweltfreundlichkeit der Erzeugnisse, besser gerecht werden;

vi) Information über bestimmte Eigenschaften von Wein mit einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe;

vii) Entwicklung von Verfahren zur Begrenzung des Aufwands an Pflanzenschutzmitteln und anderen Betriebsstoffen und zur Sicherstellung der Erzeugnisqualität sowie des Boden- und Gewässerschutzes;

viii) Förderung der integrierten Erzeugung oder anderer umweltfreundlicher Erzeugungsmethoden;

ix) Förderung eines maßvollen und verantwortungsvollen Weinkonsums und Information über die Schäden eines unverantwortlichen Konsumverhaltens;

x) Durchführung von Fördermaßnahmen für Wein, insbesondere in Drittländern;

xi) Entwicklung von Verfahren und Geräten zur Verbesserung der Produktqualität auf allen Stufen der Erzeugung, der Weinbereitung und der Vermarktung;

xii) Erschließung der Möglichkeiten und Schutz des ökologischen Landbaus sowie der Gütesiegel und der geschützten Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben;

d) sie hat beim betreffenden Mitgliedstaat einen Antrag auf Anerkennung als Branchenorganisation im Rahmen dieser Verordnung gestellt, der Folgendes enthält:

i) den Nachweis, dass die Organisation die Anforderungen der Buchstaben a bis c erfüllt;

ii) den Nachweis, dass die Organisation ihre Tätigkeit in einer oder mehreren Regionen des betreffenden Gebiets ausführt;

iii) den Nachweis, dass die Organisation einen erheblichen Anteil der Erzeugung von bzw. des Handels mit unter diese Verordnung fallenden Erzeugnissen vertritt;

iv) den Nachweis, dass die Organisation die unter diese Verordnung fallenden Erzeugnisse weder erzeugt noch verarbeitet oder vermarktet.

Artikel 56
Anerkennungsverfahren

(1) Anträge auf Anerkennung als Erzeuger- oder Branchenorganisation sind bei dem Mitgliedstaat einzureichen, in dem die Organisation ihren Sitz hat, und sind auch von ihm zu prüfen.

(2) Die Mitgliedstaaten beschließen innerhalb von drei Monaten nach der Antragstellung über die Gewährung oder Ablehnung der Anerkennung der Organisation.

Artikel 57
Vermarktungsregeln

(1) Im Hinblick auf ein besseres Funktionieren des Marktes für Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe, einschließlich der Weintrauben, Traubenmoste und Weine, von denen sie stammen, können die Erzeugermitgliedstaaten insbesondere mittels Durchführung der Beschlüsse der Branchenorganisationen Vermarktungsregeln zur Steuerung des Angebots festlegen, sofern diese Regeln das Zurückbehalten der Erzeugnisse in einer Reserve und/oder die Staffelung des Inverkehrbringens der Erzeugnisse betreffen.

Diese Regeln dürfen

a) sich nicht auf Operationen nach dem ersten Inverkehrbringen des betreffenden Erzeugnisses beziehen;

b) keine Preisfestsetzung erlauben, sei es auch nur als Orientierung oder Empfehlung;

c) nicht dazu führen, dass ein zu hoher Prozentsatz der normalerweise verfügbaren jährlichen Ernte zurückbehalten wird;

d) nicht dazu Anlass geben, dass die Ausstellung der nationalen und/oder gemeinschaftlichen Bescheinigungen für das Inverkehrbringen und die Vermarktung der Weine verweigert wird, wenn die Vermarktung mit den obengenannten Regeln in Einklang steht.

(2) Die Regeln nach Absatz 1 sind den Marktteilnehmern in vollem Umfang durch Veröffentlichung in einem amtlichen Mitteilungsblatt des betreffenden Mitgliedstaats zur Kenntnis zu bringen.

Artikel 58
Überwachung

Die Mitgliedstaaten

a) führen regelmäßig Kontrollen durch, um festzustellen, ob die Erzeuger- und Branchenorganisationen die Vorschriften und Bedingungen für die Anerkennung gemäß den Artikeln 54 und 55 erfüllen;

b) entziehen die Anerkennung, wenn eine Erzeuger- oder Branchenorganisation die einschlägigen Vorschriften nicht länger erfüllt und erlassen im Falle der

Nichteinhaltung oder von Unregelmäßigkeiten Sanktionsmaßnahmen gegen diese Organisationen.

Artikel 59
Mitteilungen

Bis zum 1. März jedes Jahres teilen die Mitgliedstaaten der Kommission die von ihnen im Vorjahr gemäß den Artikeln 56, 57 und 58 getroffenen Entscheidungen oder Maßnahmen mit.

TITEL IV
HANDEL MIT DRITTLÄNDERN

Kapitel I
Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 60
Allgemeine Grundsätze

(1) Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen dieser Verordnung finden die Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs auf die unter diese Verordnung fallenden Erzeugnisse Anwendung.

(2) Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen dieser Verordnung oder vorbehaltlich der Bestimmungen, die aufgrund dieser Verordnung erlassen werden, ist im Handel mit Drittländern Folgendes untersagt:

a) die Erhebung von Abgaben mit gleicher Wirkung wie Zölle,

b) die Anwendung von mengenmäßigen Beschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung.

Artikel 61
Kombinierte Nomenklatur

Die allgemeinen Regeln zur Auslegung der Kombinierten Nomenklatur und die besonderen Regeln zu deren Anwendung gelten für die Einreihung der Erzeugnisse, die unter diese Verordnung fallen. Das Zolltarifschema, das sich aus der Anwendung dieser Verordnung ergibt, gegebenenfalls einschließlich der Begriffsbestimmungen und Kategorien in den Anhängen I und IV, wird in den Gemeinsamen Zolltarif übernommen.

Kapitel II
Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen

Artikel 62
Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen

(1) Nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 kann beschlossen werden, dass für Einfuhren in die Gemeinschaft oder Ausfuhren aus der Gemeinschaft eines oder mehrerer der Erzeugnisse der KN-Codes 2009 61, 2009 69 und 2204 eine Einfuhr- oder Ausfuhrlizenz vorzulegen ist.

(2) Bei der Anwendung von Absatz 1 ist der Notwendigkeit von Lizenzen für die Verwaltung der betreffenden Märkte und, insbesondere im Falle der Einfuhrlizenzen, für die Überwachung der Einfuhren der betreffenden Erzeugnisse Rechnung zu tragen.

Artikel 63
Lizenzerteilung

Die Mitgliedstaaten erteilen die Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen von Rechtsakten des Rates jedem Antragsteller ungeachtet des Ortes seiner Niederlassung in der Gemeinschaft und unbeschadet der zur Anwendung von Kapitel IV getroffenen Maßnahmen.

Artikel 64
Gültigkeit der Lizenzen

Die Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen sind gemeinschaftsweit gültig.

Artikel 65
Sicherheit

(1) Wird nicht nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 etwas anderes bestimmt, so ist die Erteilung der Lizenz an die Stellung einer Sicherheit gebunden, die gewährleisten soll, dass die Ein- bzw. Ausfuhr während der Geltungsdauer der Lizenz durchgeführt wird.

(2) Außer in Fällen höherer Gewalt verfällt die Sicherheit ganz oder teilweise, wenn die Ein- bzw. Ausfuhr innerhalb dieser Frist nicht oder nur teilweise erfolgt.

Artikel 66
Besondere Sicherheit

(1) Bei Traubensäften und -mosten der KN-Codes 2009 61, 2009 69 und 2204 30, bei denen die Anwendung der Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs vom Einfuhrpreis des Erzeugnisses abhängt, wird die Richtigkeit dieses Preises entweder durch eine für jede einzelne Sendung vorgenommene Kontrolle oder anhand eines pauschalen Einfuhrwertes überprüft, der von der Kommission auf der Grundlage der

Preisnotierungen der betreffenden Erzeugnisse in den Ursprungsländern berechnet wird.

Liegt der angegebene Einfuhrpreis der betreffenden Sendung über dem pauschalen Einfuhrwert, der - sofern er zugrunde gelegt wird - um eine nach Absatz 2 festgesetzte Marge erhöht wird, die den Pauschalwert nicht um mehr als 10% übersteigen darf, so muss eine Sicherheit in Höhe der Einfuhrzölle hinterlegt werden, die auf der Grundlage des pauschalen Einfuhrwertes festgesetzt werden.

Wird der Einfuhrpreis der betreffenden Sendung nicht angegeben, so hängt die Anwendung der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs vom pauschalen Einfuhrwert oder von der Anwendung der maßgeblichen Zollvorschriften nach den gemäß Absatz 2 festzulegenden Bedingungen ab.

(2) Werden in Anhang VI Abschnitt B Nummer 5 oder Abschnitt C genannte, vom Rat festgelegte Abweichungen für eingeführte Erzeugnisse in Anspruch genommen, so hinterlegen die Einführer für diese Erzeugnisse zum Zeitpunkt der Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr eine Sicherheit bei den benannten Zollbehörden. Die Sicherheit wird freigegeben, wenn der Einführer gegenüber den Zollbehörden des Mitgliedstaats der Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr den von diesen akzeptierten Nachweis erbringt, dass aus den Mosten Traubensaft gewonnen wurde, der in andere, nicht dem Weinsektor zuzurechnende Erzeugnisse eingeht, oder dass sie - bei Verwendung zur Weinbereitung - entsprechend gekennzeichnet wurden.

Artikel 67

Durchführungsbestimmungen

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Kapitel werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 erlassen.

Diese Bestimmungen können insbesondere Folgendes umfassen:

a) die Kriterien, nach denen bestimmt wird, welche Kontrollregelung zur Anwendung gelangt;

b) die zur Berechnung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Parameter;

c) die Höhe der Sicherheit gemäß den Artikeln 65 und 66 und die Vorschriften für die Freigabe dieser Sicherheit;

d) gegebenenfalls die Liste der Erzeugnisse, für die Einfuhr- oder Ausfuhrlizenzen gefordert werden;

e) gegebenenfalls die Bedingungen für die Erteilung der Lizenzen und die Festlegung ihrer Gültigkeitsdauer.

Kapitel III
Schutzmaßnahmen

Artikel 68
Schutzmaßnahmen

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 3 dieses Artikels kann die Kommission gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 519/94[24] und (EG) Nr. 3285/94[25] des Rates Schutzmaßnahmen gegen Einfuhren in die Gemeinschaft erlassen.

(2) Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen von Rechtsakten des Rates erlässt die Kommission gemäß Absatz 3 dieses Artikels Schutzmaßnahmen gegen Einfuhren in die Gemeinschaft, die in gemäß Artikel 300 EG-Vertrag geschlossenen Abkommen vorgesehen sind.

(3) Die Kommission kann die Maßnahmen gemäß den Absätzen 1 und 2 auf Antrag eines Mitgliedstaats oder von sich aus beschließen. Ist die Kommission mit einem Antrag eines Mitgliedstaats befasst worden, so entscheidet sie hierüber innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Eingang des Antrags.

Diese Maßnahmen werden den Mitgliedstaaten mitgeteilt und sind unverzüglich anzuwenden.

Jeder Mitgliedstaat kann die gemäß den Absätzen 1 und 2 von der Kommission beschlossenen Maßnahmen binnen einer Frist von fünf Arbeitstagen nach dem Tag ihrer Bekanntmachung dem Rat unterbreiten. Der Rat tritt unverzüglich zusammen. Er kann die betreffenden Maßnahmen innerhalb eines Monats nach dem Tag, an dem sie ihm vorgelegt wurden, mit qualifizierter Mehrheit ändern oder aufheben.

(4) Ist die Kommission der Ansicht, dass die Schutzmaßnahmen gemäß den Absätzen 1 und 2 aufzuheben oder zu ändern sind, so verfährt sie wie folgt:

a) Hat der Rat den Beschluss über die Maßnahmen gefasst, so schlägt die Kommission dem Rat vor, diese Maßnahmen aufzuheben oder zu ändern. Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit;

b) in allen anderen Fällen werden die gemeinschaftlichen Schutzmaßnahmen von der Kommission geändert oder aufgehoben.

Artikel 69
Zusätzliche Einfuhrzölle

(1) Vorbehaltlich des in Artikel 60 Absatz 1 festgesetzten Zollsatzes wird für Einfuhren von Traubensaft und Traubenmost, die in dem im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde geschlossenen Übereinkommen über die Landwirtschaft mit einer besonderen Schutzklauselangabe („SSG“) bezeichnet wurden, zur Vermeidung oder Behebung von Nachteilen, die sich aus der Einfuhr

---

[24] ABl. L 67 vom 10.3.1994, S. 89.
[25] ABl. L 349 vom 31.12.1994, S. 53.

dieser Erzeugnisse für den Markt in der Gemeinschaft ergeben können, ein zusätzlicher Einfuhrzoll erhoben, wenn

a) die Einfuhren zu Preisen erfolgen, die unter dem von der Gemeinschaft der WTO mitgeteilten Preisniveau liegen, oder

b) das Einfuhrvolumen in einem beliebigen Jahr ein bestimmtes Niveau überschreitet.

Das unter Buchstabe b genannte Volumen wird auf der Grundlage von Absatzmöglichkeiten, gegebenenfalls definiert als Einfuhren, ausgedrückt in Prozenten des entsprechenden einheimischen Verbrauchs in den drei vorangegangenen Jahren, festgesetzt.

(2) Zusätzliche Einfuhrzölle werden nicht erhoben, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die Einfuhren den Gemeinschaftsmarkt stören, oder die Auswirkungen in keinem Verhältnis zum angestrebten Ziel stünden.

(3) Für die Anwendung von Absatz 1 Buchstabe a werden die Einfuhrpreise anhand der cif-Einfuhrpreise der betreffenden Sendung bestimmt.

Die cif-Einfuhrpreise werden zu diesem Zweck unter Zugrundelegung der repräsentativen Preise des betreffenden Erzeugnisses auf dem Weltmarkt oder dem gemeinschaftlichen Einfuhrmarkt überprüft.

Artikel 70
Aussetzung des aktiven und passiven Veredelungsverkehrs

(1) Treten aufgrund des aktiven oder passiven Veredelungsverkehrs Störungen auf dem Gemeinschaftsmarkt auf oder besteht die Gefahr solcher Störungen, so kann auf Antrag eines Mitgliedstaats oder auf Initiative der Kommission nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 beschlossen werden, die Inanspruchnahme der Regelung des aktiven oder passiven Veredelungsverkehrs für die unter diese Verordnung fallenden Erzeugnisse ganz oder teilweise auszusetzen. Ist die Kommission mit einem Antrag eines Mitgliedstaats befasst worden, so entscheidet sie hierüber innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Eingang des Antrags.

Diese Maßnahmen werden den Mitgliedstaaten mitgeteilt und sind unverzüglich anzuwenden.

Jeder Mitgliedstaat kann die gemäß Unterabsatz 1 beschlossenen Maßnahmen binnen einer Frist von fünf Arbeitstagen nach dem Tag ihrer Bekanntmachung dem Rat unterbreiten. Der Rat tritt unverzüglich zusammen. Er kann die betreffenden Maßnahmen innerhalb eines Monats nach dem Tag, an dem sie ihm vorgelegt wurden, mit qualifizierter Mehrheit ändern oder aufheben.

(2) Soweit es für das reibungslose Funktionieren der gemeinsamen Marktorganisation für Wein erforderlich ist, kann die Inanspruchnahme des aktiven oder passiven Veredelungsverkehrs für unter diese Verordnung fallende Erzeugnisse vom Rat nach dem Verfahren des Artikels 37 Absatz 2 EG-Vertrag ganz oder teilweise untersagt werden.

Artikel 71
Durchführungsbestimmungen

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Kapitel werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 erlassen.

Kapitel IV
Einfuhrregeln

Artikel 72
Einfuhranforderungen

(1) Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen, insbesondere in nach Artikel 300 EG-Vertrag geschlossenen Abkommen, gelten die in Titel III Kapitel III und IV dieser Verordnung enthaltenen Bestimmungen über die Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben und die Kennzeichnung sowie Artikel 19 Absatz 2 dieser Verordnung für in die Gemeinschaft eingeführte Erzeugnisse der KN-Codes 2009 61, 2009 69 und 2204.

(2) Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen in nach Artikel 300 EG-Vertrag geschlossenen Abkommen werden die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Erzeugnisse nach önologischen Verfahren und Beschränkungen gewonnen, die von der OIV empfohlen oder von der Kommission gemäß dieser Verordnung und ihren Durchführungsbestimmungen zugelassen worden sind.

(3) Für die Einfuhr der in Absatz 1 genannten Erzeugnisse ist Folgendes vorzulegen:

a) eine Bescheinigung über die Erfüllung der Bestimmungen der Absätze 1 und 2; diese Bescheinigung ist von einer zuständigen Einrichtung des Ursprungslandes auszustellen, die in einem nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 zu erlassenden Verzeichnis aufgeführt ist;

b) ein Analysebulletin einer vom Ursprungsland benannten Einrichtung oder Dienststelle, sofern das Erzeugnis für den direkten menschlichen Verbrauch bestimmt ist.

Artikel 73
Zollkontingente

(1) Für die Einfuhr von unter diese Verordnung fallenden Erzeugnissen geltende Zollkontingente, die sich aus nach Artikel 300 EG-Vertrag geschlossenen Abkommen oder anderen Rechtsakten des Rates ergeben, werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 eröffnet und verwaltet.

(2) Zur Verwaltung der Kontingente kann eines der nachstehenden Verfahren oder eine Kombination dieser Verfahren oder ein anderes geeignetes Verfahren so angewandt werden, dass keiner der betreffenden Wirtschaftsteilnehmer diskriminiert wird:

a) Berücksichtigung der Anträge nach der Zeitabfolge ihres Eingangs („Windhund-Verfahren“);

b) Aufteilung proportional zu den bei der Antragstellung beantragten Mengen („Verfahren der gleichzeitigen Prüfung“);

c) Berücksichtigung der traditionellen Handelsströme („Verfahren der traditionellen/neuen Wirtschaftsteilnehmer“).

(3) Bei der Wahl des Verwaltungsverfahrens der Zollkontingente wird gegebenenfalls dem Versorgungsbedarf des Gemeinschaftsmarktes und dem Erfordernis der Erhaltung des Gleichgewichts dieses Marktes Rechnung getragen.

Artikel 74
Durchführungsbestimmungen

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Kapitel werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 erlassen.

Diese Bestimmungen können insbesondere Folgendes umfassen:

a) Garantien in Bezug auf Art, Herkunft und Ursprung des Erzeugnisses;

b) die Anerkennung des Dokuments zur Überprüfung der unter Buchstabe a genannten Garantien.

TITEL V
PRODUKTIONSPOTENZIAL

Kapitel I
Widerrechtliche Anpflanzungen

Artikel 75
Nach dem 1. September 1998 getätigte widerrechtliche Anpflanzungen

(1) Die Erzeuger müssen Flächen, die nach dem 1. September 1998 ohne entsprechende Pflanzungsrechte mit Reben bepflanzt wurden, auf eigene Kosten roden.

(2) Bis zur Rodung gemäß Absatz 1 dürfen Weintrauben und daraus gewonnene Erzeugnisse von in demselben Absatz genannten Flächen nur zu Zwecken der Destillation in den Verkehr gebracht werden. Aus den Destillationserzeugnissen darf jedoch kein Alkohol hergestellt werden, der einen vorhandenen Alkoholgehalt von 80% vol oder weniger hat.

(3) Nach dem 31. Dezember 2008 führen die Mitgliedstaaten gegenüber den Erzeugern, die dieser Rodungspflicht nicht genügt haben, Strafmaßnahmen ein, die je nach Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes abgestuft werden.

(4) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission bis zum 1. März jedes Jahres die Flächen, die nach dem 1. September 1998 ohne entsprechende Pflanzungsrechte mit Reben bepflanzt wurden, und die gemäß Absatz 1 gerodeten Flächen mit.

(5) Der Ablauf des in Artikel 80 Absatz 1 vorgesehenen vorübergehenden Neuanpflanzungsverbots am 31. Dezember 2013 berührt nicht die Verpflichtungen gemäß diesem Artikel.

Artikel 76

Obligatorische Regularisierung der vor dem 1. September 1998 getätigten widerrechtlichen Anpflanzungen

(1) Die Erzeuger regularisieren Flächen, die vor dem 1. September 1998 ohne entsprechende Pflanzungsrechte mit Reben bepflanzt wurden, gegen Zahlung einer Gebühr spätestens bis zum 31. Dezember 2009.

Unterabsatz 1 gilt nicht für Flächen, die gemäß den Bedingungen von Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 regularisiert worden sind.

(2) Die Gebühr gemäß Absatz 1 wird von den Mitgliedstaaten festgesetzt. Sie muss mindestens dem doppelten Durchschnittswert des entsprechenden Pflanzungsrechts in der betreffenden Region entsprechen.

(3) Bis zur Regularisierung gemäß Absatz 1 dürfen Weintrauben und daraus gewonnene Erzeugnisse von in demselben Absatz genannten Flächen nur zu Zwecken der Destillation in den Verkehr gebracht werden. Aus den Erzeugnissen darf jedoch kein Alkohol hergestellt werden, der einen vorhandenen Alkoholgehalt von 80% vol oder weniger hat.

(4) In Absatz 1 genannte widerrechtliche Flächen, die nicht bis zum 31. Dezember 2009 gemäß Absatz 1 regularisiert worden sind, müssen von den betreffenden Erzeugern auf eigene Kosten gerodet werden.

Die Mitgliedstaaten führen gegenüber den Erzeugern, die dieser Rodungspflicht nicht genügen, Strafmaßnahmen ein, die je nach Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes abgestuft werden.

(5) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission bis zum 1. März jedes Jahres Folgendes mit:

a) die vor dem 1. September 1998 ohne entsprechende Pflanzungsrechte mit Reben bepflanzten Flächen;

b) die gemäß Absatz 1 regularisierten Flächen, die in demselben Absatz vorgesehenen Gebühren sowie den Durchschnittswert der regionalen Pflanzungsrechte gemäß Absatz 2.

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die gemäß Absatz 4 Unterabsatz 1 gerodeten Flächen zum ersten Mal bis zum 1. März 2010 mit.

(6) Der Ablauf des in Artikel 80 Absatz 1 vorgesehenen vorübergehenden Neuanpflanzungsverbots am 31. Dezember 2013 berührt nicht die Verpflichtungen gemäß den Absätzen 3, 4 und 5.

Artikel 77
Destillation

(1) Die Mitgliedstaaten verlangen einen Nachweis für die Destillationen gemäß Artikel 75 Absatz 2 und Artikel 76 Absatz 3 in Form von von den Erzeugern vorzulegenden Destillationsverträgen.

(2) Die Mitgliedstaaten überprüfen das Vorhandensein der in Absatz 1 genannten Destillationsverträge. Im Falle des Verstoßes verhängen sie Sanktionen.

(3) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über die zu Flächen, für die Destillationen vorzunehmen sind, und die entsprechenden Alkoholmengen.

Artikel 78
Flankierende Maßnahmen

Flächen gemäß Artikel 75 Absatz 1 Unterabsatz 1 und Artikel 76 Absatz 1 Unterabsatz 1, die noch nicht regularisiert worden sind, kommen nicht für nationale oder gemeinschaftliche Fördermaßnahmen in Betracht.

Artikel 79
Durchführungsbestimmungen

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Kapitel werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 erlassen.

Diese Bestimmungen können insbesondere Folgendes umfassen:

a) Einzelheiten der von den Mitgliedstaaten mitzuteilenden Angaben einschließlich möglicher Kürzungen der in Anhang II genannten Haushaltsmittel im Falle des Verstoßes;

b) Einzelheiten der von den Mitgliedstaaten im Falle des Verstoßes gegen die Verpflichtungen der Artikel 75, 76 und 77 zu verhängenden Sanktionen.

Kapitel II
Vorübergehende Pflanzungsrechtregelung

Artikel 80
Vorübergehendes Rebpflanzungsverbot

(1) Unbeschadet von Artikel 18, insbesondere Artikel 18 Absatz 3, wird die Bepflanzung von Rebflächen mit in Artikel 18 Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten, als Keltertraubensorten klassifizierten Sorten bis zum 31. Dezember 2013 verboten.

(2) Bis zum 31. Dezember 2013 wird auch die Umveredelung von Rebstöcken mit anderen als in Artikel 18 Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Keltertraubensorten auf in demselben Artikel genannte Keltertraubensorten verboten.

(3) Unbeschadet der Absätze 1 und 2 werden die Bepflanzung und die Umveredelung gemäß denselben Absätzen zugelassen, wenn dafür Folgendes erteilt wurde:

a) ein Neuanpflanzungsrecht gemäß Artikel 81;

b) ein Wiederbepflanzungsrecht gemäß Artikel 82;

c) ein Pflanzungsrecht aus einer Reserve gemäß den Artikeln 83 und 84.

(4) Die in Absatz 3 genannten Pflanzungsrechte werden in Hektar gewährt.

(5) Die Artikel 81 bis 86 gelten bis zum 31. Dezember 2013.

Artikel 81
Neuanpflanzungsrechte

(1) Die Mitgliedstaaten können den Erzeugern Neuanpflanzungsrechte erteilen für Flächen,

a) die für Neuanpflanzungen bestimmt sind, die im Rahmen der Flurbereinigung oder der Enteignung im öffentlichen Interesse nach Maßgabe des geltenden innerstaatlichen Rechts durchgeführt werden;

b) die zu Versuchszwecken bestimmt sind;

c) die zur Anlegung eines Bestands für die Erzeugung von Edelreisern bestimmt sind;

d) deren Weine oder Weinbauerzeugnisse ausschließlich zum Verbrauch in der Familie des Weinbauern bestimmt sind.

(2) Neuanpflanzungsrechte müssen

a) von dem Erzeuger ausgeübt werden, dem sie erteilt wurden;

b) vor dem Ende des zweiten auf das Jahr ihrer Erteilung folgenden Weinwirtschaftsjahrs ausgeübt werden;

c) für die Zwecke ausgeübt werden, für die sie erteilt wurden.

Artikel 82
Wiederbepflanzungsrechte

(1) Die Mitgliedstaaten erteilen Erzeugern, die eine Rebfläche gerodet haben, Wiederbepflanzungsrechte.

Für Flächen, für die eine Rodungsprämie gemäß Kapitel III gewährt wurde, dürfen jedoch keine Wiederbepflanzungsrechte erteilt werden.

(2) Die Mitgliedstaaten dürfen Erzeugern, die sich zur Rodung einer Rebfläche verpflichten, Wiederbepflanzungsrechte erteilen. In diesen Fällen muss die Rodung der Verpflichtungsfläche vor Ablauf des dritten Jahres nach der Anpflanzung der neuen Reben, für die die Wiederbepflanzungsrechte erteilt wurden, erfolgen.

(3) Die erteilten Wiederbepflanzungsrechte müssen sich auf eine Fläche erstrecken, die hinsichtlich der Reinkultur der gerodeten Fläche gleichwertig ist.

(4) Wiederbepflanzungsrechte werden in dem Betrieb ausgeübt, für den sie erteilt wurden. Die Mitgliedstaaten können darüber hinaus vorsehen, dass diese Rechte nur auf der Fläche ausgeübt werden dürfen, auf der gerodet wurde.

(5) Abweichend von Absatz 4 können die Mitgliedstaaten beschließen, Wiederbepflanzungsrechte ganz oder teilweise einem anderen Betrieb in demselben Mitgliedstaat zu übertragen, sofern

a) ein Teil des betreffenden Betriebs diesem anderen Betrieb übertragen wurde;

b) die Flächen dieses anderen Betriebs bestimmt sind

– für die Erzeugung von Weinen mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geschützter geografischer Angabe oder

– zur Anlegung eines Bestands für die Erzeugung von Edelreisern.

Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die Anwendung der Ausnahmeregelungen gemäß Unterabsatz 1 insbesondere im Fall von Übertragungen von nicht bewässerten auf bewässerte Flächen nicht zu einem Gesamtanstieg des Produktionspotenzials in ihrem Hoheitsgebiet führt.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend für ähnliche aufgrund früherer gemeinschaftlicher bzw. innerstaatlicher Rechtsvorschriften erworbene Wiederbepflanzungsrechte.

(7) Die gemäß Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 erteilten Wiederbepflanzungsrechte sind innerhalb der darin festgesetzten Fristen auszuüben.

Artikel 83

Nationale und regionale Reserve von Pflanzungsrechten

(1) Zwecks besserer Bewirtschaftung des Produktionspotenzials schaffen die Mitgliedstaaten eine nationale Reserve oder regionale Reserven von Pflanzungsrechten.

(2) Mitgliedstaaten, die im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 nationale oder regionale Reserven von Pflanzungsrechten geschaffen haben, können diese Reserven bis zum 31. Dezember 2013 beibehalten.

(3) Den nationalen bzw. regionalen Reserven werden folgende Pflanzungsrechte zugeführt, wenn sie nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist ausgeübt werden:

a) Neuanpflanzungsrechte;

b) Wiederbepflanzungsrechte;

c) aus der Reserve gewährte Pflanzungsrechte.

(4) Die Erzeuger können Wiederbepflanzungsrechte den nationalen bzw. regionalen Reserven zuführen. Die Bedingungen für eine solche Zuführung, gegebenenfalls gegen eine Zahlung aus nationalen Mitteln, werden von den Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Beteiligten festgelegt.

(5) Abweichend von Absatz 1 können Mitgliedstaaten beschließen, das Reservesystem nicht anzuwenden, wenn sie nachweisen können, dass sie in ihrem gesamten Hoheitsgebiet über ein effizientes alternatives System für die Verwaltung von Pflanzungsrechten verfügen. Dieses alternative System kann gegebenenfalls von den entsprechenden Bestimmungen dieses Kapitels abweichen.

Unterabsatz 1 gilt auch für Mitgliedstaaten, die die Anwendung nationaler bzw. regionaler Reserven gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 einstellen.

Artikel 84

Erteilung von Pflanzungsrechten aus der Reserve

(1) Die Mitgliedstaaten können Rechte aus einer Reserve auf folgende Weise erteilen:

a) ohne Zahlung an weniger als 40 Jahre alte Erzeuger, die über angemessenes fachliches Können und Wissen verfügen, sich erstmals auf einem Weinbaubetrieb niederlassen und diesen als Betriebsinhaber bewirtschaften;

b) gegen eine Zahlung an einen nationalen oder gegebenenfalls einen regionalen Fonds an Erzeuger, die beabsichtigen, die Rechte zum Bepflanzen von Rebflächen, deren Erzeugung gesicherten Absatz findet, auszuüben.

Die Mitgliedstaaten legen die Kriterien für die Festsetzung der Höhe der Zahlung gemäß Buchstabe b fest, die von dem geplanten Enderzeugnis der betreffenden Rebflächen und der restlichen Übergangszeit, während der das Neuanpflanzungsverbot gemäß Artikel 80 Absätze 1 und 2 gilt, abhängig sein kann.

(2) Werden aus einer Reserve erteilte Pflanzungsrechte ausgeübt, so gewährleisten die Mitgliedstaaten, dass

a) aufgrund der Standorte, der verwendeten Sorten und der verwendeten Anbautechniken sichergestellt ist, dass die nachfolgende Erzeugung der Marktnachfrage entspricht;

b) die Erträge dem Durchschnittsertrag der Region entsprechen, insbesondere wenn die Pflanzungsrechte aus nicht bewässerten Flächen auf bewässerten Flächen genutzt werden.

(3) Aus einer Reserve erteilte Pflanzungsrechte, die nicht bis zum Ende des zweiten auf das Jahr ihrer Erteilung folgenden Weinwirtschaftsjahrs ausgeübt werden, verfallen und werden der Reserve wieder zugeführt.

(4) Einer Reserve zugeführte Pflanzungsrechte, die nicht bis zum Ende des fünften auf das Jahr der Zuführung folgenden Weinwirtschaftsjahrs aus der Reserve wiedergewährt werden, erlöschen.

(5) Gibt es in einem Mitgliedstaat regionale Reserven, so kann der Mitgliedstaat den Transfer von Pflanzungsrechten zwischen den regionalen Reserven regeln. Gibt es in einem Mitgliedstaat sowohl regionale als auch nationale Reserven, so kann der Mitgliedstaat auch Transfers zwischen diesen Reserven zulassen.

Bei den Transfers kann ein Kürzungsfaktor angewandt werden.

Artikel 85
De minimis

Dieses Kapitel gilt nicht in den Mitgliedstaaten, in denen die Weinerzeugung je Weinwirtschaftsjahr 25 000 Hektoliter nicht übersteigt. Berechnungsgrundlage für diese Erzeugung ist die durchschnittliche Erzeugung in den vorangegangenen fünf Weinwirtschaftsjahren.

Artikel 86
Strengere nationale Vorschriften

Die Mitgliedstaaten können strengere nationale Vorschriften hinsichtlich der Erteilung von Neu- oder Wiederanpflanzungsrechten erlassen. Sie können fordern, dass die jeweiligen Anträge und die darin zu machenden Angaben durch zusätzliche Angaben ergänzt werden, die für die Überwachung der Entwicklung des Produktionspotenzials erforderlich sind.

Artikel 87
Durchführungsbestimmungen

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Kapitel werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 erlassen.

Diese Bestimmungen können insbesondere Folgendes umfassen:

a) Bestimmungen zur Vermeidung eines übermäßigen Verwaltungsaufwands bei der Anwendung dieses Kapitels;

b) das Nebeneinanderbestehen von Rebflächen im Sinne von Artikel 82 Absatz 2;

c) die Anwendung des Kürzungsfaktors gemäß Artikel 84 Absatz 5.

Kapitel III
Rodungsregelung

Artikel 88
Geltungsbereich und Begriffsbestimmung

(1) Mit diesem Kapitel werden die Bedingungen festgelegt, unter denen die Weinbauern eine Prämie für das Roden der Rebflächen (nachstehend „Rodungsprämie“) erhalten.

(2) Im Sinne dieses Kapitels ist „Roden“ die vollständige Beseitigung der Rebstöcke, die sich auf einem mit Reben bepflanzten Grundstück befinden.

Artikel 89
Laufzeit der Maßnahme

Die Rodungsregelung gilt bis zum Endes des Weinwirtschaftsjahrs 2012/2013.

Artikel 90
Bedingungen für die Inanspruchnahme

Die Rodungsprämie darf nur gewährt werden, wenn die betreffende Fläche folgende Bedingungen erfüllt:

a) für sie wurden in den zehn dem Roden vorausgehenden Weinwirtschaftsjahren keine gemeinschaftlichen Umstrukturierungs- und Umstellungsbeihilfen gewährt;

b) für sie wurde in den fünf dem Roden vorausgehenden Weinwirtschaftsjahren keine gemeinschaftliche Unterstützung im Rahmen einer anderen gemeinsamen Marktorganisation gewährt;

c) sie wird bewirtschaftet;

d) sie ist nicht kleiner als 0,1 Hektar;

e) sie ist nicht entgegen den gemeinschaftlichen oder nationalen Bestimmungen bepflanzt worden;

f) sie ist mit einer Keltertraubensorte bepflanzt, die von den betreffenden Mitgliedstaaten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Unterabsatz 1 klassifiziert wurde.

Unbeschadet von Buchstabe e kommen gemäß Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 und Artikel 76 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung regularisierte Flächen für die Rodungsprämie in Betracht.

Artikel 91
Höhe der Rodungsprämie

(1) Nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 wird eine Skala der zu gewährenden Rodungsprämien festgesetzt.

(2) Die genaue Höhe der Rodungsprämie wird von den Mitgliedstaaten im Rahmen der in Absatz 1 genannten Skala und auf der Grundlage der historischen Erträge des betreffenden Betriebs festgesetzt.

Artikel 92
Verfahren und Finanzmittel

(1) Die interessierten Erzeuger beantragen die Rodungsprämie bei den jeweiligen Behörden der Mitgliedstaaten spätestens am 30. September jedes Jahres.

(2) Die Behörden der Mitgliedstaaten bearbeiten die zulässigen Anträge und teilen der Kommission bis zum 15. Oktober jedes Jahres die Gesamtfläche und die Beträge mit, auf die sich diese Anträge beziehen, aufgeschlüsselt nach Regionen und Ertragsspannen.

(3) Die maximalen jährlichen Haushaltsmittel für die Rodungsregelung sind in Anhang VII aufgeführt.

(4) Bis zum 15. November jedes Jahres wird nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 ein einziger Annahmeprozentsatz für die mitgeteilten Beträge festgesetzt, wenn der der Kommission von den Mitgliedstaaten mitgeteilte Gesamtbetrag die verfügbaren Haushaltsmittel überschreitet.

(5) Die Mitgliedstaaten nehmen bis zum 15. Januar jedes Jahres folgende Anträge an:

a) für die Flächen in ihrer Gesamtheit, wenn die Kommission keinen Prozentsatz gemäß Absatz 4 festgesetzt hat, oder

b) für die Flächen, die sich aus der Anwendung des Prozentsatzes gemäß Absatz 4 auf der Grundlage objektiver und nicht diskriminierender Kriterien ergeben.

Die Mitgliedstaaten melden der Kommission bis zum 30. Januar jedes Jahres die Anträge, denen stattgegeben wurde, aufgeschlüsselt nach Regionen und Ertragsspannen, und den Gesamtbetrag der je Region gezahlten Rodungsprämien.

(6) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission bis zum 15. September jedes Jahres folgende Angaben für das vorangegangene Weinwirtschaftsjahr mit:

a) die gerodeten Flächen, aufgeschlüsselt nach Regionen und Ertragsspannen,

b) den Gesamtbetrag der je Region gezahlten Rodungsprämien.

Artikel 93
Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen („Cross-Compliance“)

Wird festgestellt, dass Weinbauern in ihrem Betrieb innerhalb von fünf Jahren ab der Zahlung der Rodungsprämie gegen die Grundanforderungen an die Betriebsführung sowie die Mindestanforderungen für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand gemäß den Artikeln 3 bis 7 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 verstoßen haben, so wird der Zahlungsbetrag, wenn der Verstoß auf eine Handlung oder Unterlassung zurückzuführen ist, die unmittelbar dem Weinbauern zuzuschreiben ist, je nach Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes teilweise oder vollständig gekürzt oder gestrichen und müssen die Weinbauern ihn gegebenenfalls gemäß den in den vorgenannten Vorschriften festgelegten Bedingungen erstatten.

Nach dem Verfahren des Artikels 144 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 werden Vorschriften für die teilweise oder vollständige Kürzung oder Wiedereinziehung der Beihilfe durch den betreffenden Mitgliedstaat festgelegt.

Artikel 94
Ausnahmen

(1) Ein Mitgliedstaat kann beschließen, weitere Anträge gemäß Artikel 92 Absatz 1 abzulehnen, wenn die kombinierte gerodete Fläche in seinem Hoheitsgebiet 10% seiner Rebfläche gemäß Anhang VIII erreicht hat.

(2) Die Mitgliedstaaten können erklären, dass Reben in Berggebieten und Steillagen gemäß Bedingungen, die nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 festzulegen sind, nicht für die Rodungsregelung in Betracht kommen.

(3) Die Mitgliedstaaten können erklären, dass Flächen nicht für die Rodungsregelung in Betracht kommen, wenn die Anwendung der Regelung mit den Umweltbelangen unvereinbar sein würde. Die so für nicht rodungsfähig erklärten Flächen dürfen 2% der gesamten Rebfläche gemäß Anhang VIII nicht überschreiten.

(4) Die Mitgliedstaaten, die von der Möglichkeit gemäß den Absätzen 2 und 3 Gebrauch machen wollen, teilen der Kommission bis zum 1. August jedes Jahres und zum ersten Mal bis zum 1. August 2008 Folgendes betreffend die anzuwendende Rodungsmaßnahme mit:

a) die für nicht rodungsfähig erklärten Flächen,

b) die Begründung für die Nichtrodungsfähigkeit gemäß den Absätzen 2 und 3.

(5) Die Mitgliedstaaten gewähren den Erzeugern auf den gemäß den Absätzen 2 und 3 für nicht rodungsfähig erklärten Flächen Vorrang bei anderen Stützungsmaßnahmen gemäß dieser Verordnung, insbesondere gegebenenfalls bei der Unstrukturierungs- und Umstellungsmaßnahme im Rahmen der Stützungsprogramme und bei Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums.

Artikel 95
Betriebsprämienregelung

(1) Weinbauern, die sich an der Rodungsregelung beteiligen, erhalten für die betreffenden Flächen Zahlungsansprüche gemäß Titel III Kapitel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003.

(2) Die Mitgliedstaaten setzen die Beträge der Zahlungsansprüche gemäß Absatz 1 für gemäß diesem Kapitel gerodete Rebflächen in Höhe des regionalen Durchschnitts des Wertes der Zahlungsansprüche der entsprechenden Region, jedoch keinesfalls auf mehr als 350 EUR/ha fest.

Bis zum Ende des Weinwirtschaftsjahrs 2012/13 teilen die Mitgliedstaaten der Kommission bis zum 15. September jedes Jahres die durchschnittlichen regionalen Betriebsprämien mit, die bei der Festsetzung der Zahlungsansprüche zugrunde gelegt werden.

Artikel 96
De minimis

Dieses Kapitel gilt nicht in den Mitgliedstaaten, in denen die Weinerzeugung je Weinwirtschaftsjahr 25 000 Hektoliter nicht übersteigt. Berechnungsgrundlage für diese Erzeugung ist die durchschnittliche Erzeugung in den vorangegangenen fünf Weinwirtschaftsjahren.

Artikel 97
Ergänzende einzelstaatliche Beihilfe

Die Mitgliedstaaten können zusätzlich zur gewährten Rodungsprämie eine ergänzende einzelstaatliche Beihilfe für die Rodung gewähren.

Artikel 98
Durchführungsbestimmungen

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Kapitel werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 erlassen.

Diese Bestimmungen können insbesondere Folgendes umfassen:

a) die Prämienskala und -beträge gemäß Artikel 91;

b) Durchführungsbestimmungen zur Cross-compliance;

c) die Kriterien für die Ausnahmen gemäß Artikel 94;

d) die Berichtspflicht der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Anwendung der Rodungsregelung, einschließlich von Sanktionen im Falle verspäteter Berichterstattung und der Informationen der Mitgliedstaaten an die Erzeuger über die Verfügbarkeit der Regelung;

e) die Berichtspflicht hinsichtlich der ergänzenden einzelstaatlichen Beihilfe;

f) die Zahlungsfristen.

TITEL VI
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 99
Weinbaukartei

Die Mitgliedstaaten führen eine Weinbaukartei, die die jüngsten Informationen über das Produktionspotenzial enthält.

Artikel 100
Aufstellung

Die Mitgliedstaaten nehmen auf der Grundlage der in Artikel 99 genannten Weinbaukartei eine aktualisierte Aufstellung über das Produktionspotential vor, die der Kommission bis zum 1. März jedes Jahres übermittelt wird.

Artikel 101
Laufzeit der Weinbaukartei und der Aufstellung

Nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 kann beschlossen werden, dass die Artikel 99 und 100 ab einem bestimmten Zeitpunkt nach dem 1. Januar 2014 nicht mehr gelten.

Artikel 102
Obligatorische Angaben

(1) Die Keltertraubenerzeuger sowie die Most- und Weinerzeuger melden den zuständigen einzelstaatlichen Behörden alljährlich das Produktionsaufkommen aus der letzten Ernte.

(2) Die Mitgliedstaaten können auch von den Keltertraubenhändlern verlangen, dass sie alljährlich die aus der letzten Ernte vermarkteten Mengen melden.

(3) Die Traubenmost- und Weinerzeuger sowie die Händler, mit Ausnahme des Einzelhandels, melden den zuständigen einzelstaatlichen Behörden alljährlich ihre Most- und Weinbestände, gleichviel, ob diese aus der Ernte des laufenden Jahres oder aus früheren Ernten stammen. Aus Drittländern eingeführte Traubenmoste und Weine sind gesondert auszuweisen.

Artikel 103
Begleitdokumente und Register

(1) Die unter diese Verordnung fallenden Erzeugnisse dürfen innerhalb der Gemeinschaft nur mit einem amtlich zugelassenen Begleitdokument in den Verkehr gebracht werden.

(2) Alle natürlichen oder juristischen Personen und Personenvereinigungen, die in Ausübung ihres Berufs solche Erzeugnisse besitzen, insbesondere die Erzeuger, Abfüllbetriebe, Verarbeitungsbetriebe sowie die nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 noch zu bestimmenden Händler, sind verpflichtet, über die Ein- und Ausgänge der genannten Erzeugnisse Buch zu führen.

Artikel 104
Verwaltungsausschussverfahren

(1) Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen wird die Kommission von einem Verwaltungsausschuss unterstützt, wenn ihr mit dieser Verordnung Befugnisse übertragen werden.

Die Artikel 4 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG finden Anwendung.

Der Zeitraum nach Artikel 4 Absatz 3 des Beschlusses 1999/468/EG wird auf einen Monat festgesetzt.

(2) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 105
Finanzmittel

Die Maßnahmen gemäß Titel II Kapitel I und Titel V Kapitel III gelten als Interventionen zur Regulierung der Agrarmärkte im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstab b der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005, ausgenommen die Maßnahmen gemäß Artikel 95 der vorliegenden Verordnung, die als Direktzahlungen an Landewirte im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 gelten.

Artikel 106

Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission

(1) Die Mitgliedstaaten und die Kommission teilen sich gegenseitig die Angaben mit, die zur Durchführung dieser Verordnung, insbesondere zur Marktüberwachung und -analyse sowie zur Einhaltung der internationalen Verpflichtungen bei den unter diese Verordnung fallenden Erzeugnissen erforderlich sind.

(2) Nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 werden Durchführungsbestimmungen erlassen, in denen die für die Anwendung von Absatz 1 erforderlichen Angaben sowie Form, Inhalt, Zeitplan und Fristen und die Modalitäten der Übermittlung und Bereitstellung von Informationen und Dokumenten festgelegt werden.

Artikel 107

Überwachung

Bei der Anwendung dieser Verordnung stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Verwaltungs- und Kontrollverfahren mit dem Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem („integrierten System“) kompatibel sind im Hinblick auf:

a) die elektronische Datenbank;

b) das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen gemäß Artikel 20 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003;

c) die Verwaltungskontrollen.

Diese Verfahren müssen eine gemeinsame Anwendung oder den Austausch von Daten mit dem integrierten System ohne Probleme oder Konflikte ermöglichen.

Artikel 108

Kontrollen und Verwaltungssanktionen sowie diesbezügliche Berichte

Folgende Vorschriften werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 genehmigt:

a) die Vorschriften für die von den Mitgliedstaaten vorzunehmenden Verwaltungs- und Warenkontrollen hinsichtlich der Einhaltung der Verpflichtungen, die sich aus der Anwendung dieser Verordnung ergeben;

b) eine Regelung für die Verwaltungssanktionen, die im Falle der Nichteinhaltung der sich aus der Anwendung dieser Verordnung ergebenden Verpflichtungen anzuwenden sind, unter Berücksichtigung von Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des festgestellten Verstoßes;

c) Vorschriften für die Wiedereinziehung von rechtsgrundlos geleisteten Zahlungen infolge der Anwendung dieser Verordnung;

d) Vorschriften für die Berichterstattung über die durchgeführten Kontrollen und die Kontrollergebnisse.

Artikel 109
Bezeichnung der zuständigen nationalen Behörden

(1) Die Mitgliedstaaten bezeichnen eine oder mehrere Behörde(n), der/denen die Kontrolle der Einhaltung der Gemeinschaftsvorschriften für den Weinsektor obliegt. Insbesondere bezeichnen sie die zur Durchführung amtlicher Analysen auf dem Weinsektor befugten Laboratorien. Die bezeichneten Laboratorien müssen den allgemeinen Betriebskriterien für Prüflabors nach ISO/IEC 17025 genügen.

(2) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission Namen und Anschrift der in Absatz 1 genannten Behörden und Laboratorien. Die Angaben werden von der Kommission veröffentlicht.

Artikel 110
Durchführungsbestimmungen

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Kapitel werden nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 erlassen.

Diese Bestimmungen können insbesondere Folgendes umfassen:

a) Einzelheiten der Weinbaukartei gemäß Artikel 99 und insbesondere ihrer Verwendung bei der Überwachung und Kontrolle des Produktionspotenzials;

b) Einzelheiten der Aufstellung gemäß Artikel 100 und insbesondere ihrer Verwendung bei der Überwachung und Kontrolle des Produktionspotenzials;

c) Einzelheiten betreffend die Messung der Flächen;

d) Sanktionen im Falle des Verstoßes gegen die Mitteilungspflichten;

e) die obligatorischen Meldungen gemäß Artikel 102;

f) die Begleitdokumente und das Register gemäß Artikel 103.

TITEL VII
ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Kapitel I
Änderungen

Artikel 111
Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2702/1999

Artikel 2 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 2702/1999 erhält folgende Fassung:

„d) Informationskampagnen über die Gemeinschaftsregelung für Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe, Weine mit Angabe der Keltertraubensorte und Spirituosen mit geschützter geografischer Angabe oder traditionell vorbehaltenen Angaben;“

Artikel 112
Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2826/2000

Die Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 Buchstabe d erhält folgende Fassung:

„d) Informationsmaßnahmen zur Gemeinschaftsregelung für Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe, Weine mit Angabe der Keltertraubensorte und Spirituosen mit geschützter geografischer Angabe oder traditionell vorbehaltenen Angaben sowie Informationsmaßnahmen zu verantwortlichem Trinkverhalten und den Schäden infolge unverantwortlichen Alkoholkonsums;“

2. Artikel 3 Buchstabe e erhält folgende Fassung:

„e) Möglichkeit der Information über die Bedeutung der Gemeinschaftsregelung für Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe, Weine mit Angabe der Rebsorte und Spirituosen mit geschützter geografischer Angabe oder traditionell vorbehaltenen Angaben sowie Notwendigkeit der Information über verantwortliches Trinkverhalten und die Schäden infolge unverantwortlichen Alkoholkonsums;“

3. Dem Artikel 9 Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Der Prozentsatz gemäß Unterabsatz 1 beläuft sich auf 60% für Informationsmaßnahmen zu verantwortlichem Trinkverhalten und den Schäden infolge unverantwortlichen Alkoholkonsums.“

Artikel 113
Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003

Die Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) ihnen im Bezugszeitraum nach Artikel 38 im Rahmen von mindestens einer der Direktzahlungen gemäß Anhang VI eine Zahlung gewährt wurde, ihnen - im Fall von Olivenöl - in den Wirtschaftsjahren gemäß Artikel 37 Absatz 1 Unterabsatz 2 eine Zahlung gewährt wurde, sie - im Fall von Zuckerrüben, Zuckerrohr und Zichorien - im repräsentativen Zeitraum gemäß Anhang VII Abschnitt K eine Marktstützung erhalten haben, sie - im Fall von Bananen - im repräsentativen Zeitraum gemäß Anhang VII Abschnitt L einen Ausgleich für Erlöseinbußen erhalten haben, sie - im Fall von Obst und Gemüse - in dem repräsentativen Zeitraum, der von den Mitgliedstaaten für diese Erzeugnisse gemäß Anhang VII Abschnitt M angewendet wird, Erzeuger von Obst- und Gemüseerzeugnissen waren oder sie - im Fall von Wein - einen Zahlungsanspruch gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. [*der vorliegenden Verordnung*]* erhalten haben.

* ABl. L [...] vom …, S. [...].“

2. Dem Artikel 37 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Für Wein wird der Referenzbetrag nach Anhang VII Abschnitt N berechnet und angepasst."

3. In Artikel 41 wird folgender Absatz 1b eingefügt:

„(1b) Im Falle von Wein und unter Berücksichtigung der neuesten Daten, die die Mitgliedstaaten der Kommission gemäß [Artikel 92 Absatz 5] der Verordnung (EG) Nr. [*der vorliegenden Verordnung*] zur Verfügung gestellt haben, passt die Kommission die nationalen Obergrenzen des Anhangs VIII der vorliegenden Verordnung nach dem Verfahren des Artikels 144 Absatz 2 der vorliegenden Verordnung an."

4. In Artikel 43 Absatz 2 wird nach Buchstabe a*c* folgender Buchstabe eingefügt:

„a*d*) bei Beihilfen für Wein die Hektarzahl der Flächen, berechnet nach Anhang VII Abschnitt N;".

5. Artikel 44 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Eine „beihilfefähige Fläche" ist jede landwirtschaftliche Fläche des Betriebs, die als Ackerland oder Dauergrünland genutzt wird, ausgenommen die für Wälder oder nicht landwirtschaftliche Tätigkeiten genutzten Flächen."

6. Artikel 51 erhält folgende Fassung:

„Artikel 51

Landwirtschaftliche Nutzung der Flächen

Die Betriebsinhaber dürfen die nach Artikel 44 Absatz 3 angemeldeten Parzellen für jede landwirtschaftliche Tätigkeit nutzen."

7. Dem Artikel 71c wird folgender Absatz angefügt:

„Im Falle von Wein und unter Berücksichtigung der neuesten Daten, die die Mitgliedstaaten der Kommission gemäß [Artikel 92 Absatz 5] der Verordnung (EG) Nr. [*der vorliegenden Verordnung*] zur Verfügung gestellt haben, passt die Kommission die nationalen Obergrenzen des Anhangs VIIIa der vorliegenden Verordnung nach dem Verfahren des Artikels 144 Absatz 2 der vorliegenden Verordnung an."

8. In Artikel 145 wird nach Buchstabe d)d folgender Buchstabe eingefügt:

„d)e) Durchführungsbestimmungen zur Einbeziehung der Stützungsregelung für Wein in die Betriebsprämienregelung gemäß der Verordnung (EG) Nr. [*der vorliegenden Verordnung*]."

9. Anhang IV zweite Spalte letzter Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

„– Erhaltung von Olivenhainen und Rebflächen in gutem vegetativem Zustand"

10. Nach Anhang VII Abschnitt M wird folgender Abschnitt N angefügt:

„N. Wein

Die Anzahl Hektar entspricht der gemäß Titel V Kapitel III der Verordnung (EG) Nr. [*der vorliegenden Verordnung*] gerodeten Anzahl Hektar.

Der Referenzbetrag der Zahlungsansprüche, die jedem Weinbauern gemäß der mit der Verordnung (EG) Nr. [*der vorliegenden Verordnung*] eingeführten Rodungsregelung zuzuteilen sind, entspricht der Anzahl gerodeter Hektar, multipliziert mit dem regionalen Durchschnitt des Wertes der Zahlungsansprüche der entsprechenden Region. Der zu zahlende Betrag darf jedoch keinesfalls mehr als 350 EUR/ha betragen."

Artikel 114
Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005

Artikel 12 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Kommission setzt die Beträge fest, die dem ELER nach Maßgabe des Artikels 10 Absatz 2 sowie der Artikel 143d und 143e der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003, des Artikels 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 387/2007 des Rates sowie des Artikels 17 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. *[der vorliegenden Verordnung]* des Rates zur Verfügung gestellt werden."

Kapitel II
Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 115
Übergangsbestimmungen

Nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 können Maßnahmen erlassen werden

a) zur Erleichterung der Umstellung von der Regelung nach der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 auf die Regelung nach der vorliegenden Verordnung;

b) erforderlichenfalls zur Lösung spezieller praktischer Probleme. Mit diesen Maßnahmen kann bei entsprechender Begründung von bestimmten Vorschriften der vorliegenden Verordnung abgewichen werden.

Artikel 116
Anwendbarkeit der Vorschriften für staatliche Beihilfen

Vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen dieser Verordnung, insbesondere mit Ausnahme der ergänzenden einzelstaatlichen Beihilfen gemäß Artikel 97, finden die Artikel 87, 88 und 89 EG-Vertrag auf die Produktion der unter diese Verordnung fallenden Erzeugnisse sowie den Handel mit diesen Erzeugnissen Anwendung.

Artikel 117
Aufhebung

Die Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 wird aufgehoben. Die folgenden in der genannten Verordnung aufgeführten Maßnahmen gelten jedoch weiterhin im Weinwirtschaftsjahr 2008/09, sofern die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 in Betracht kommenden Maßnahmen vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorliegenden Verordnung eingeleitet oder von den Erzeugern ergriffen worden sind:

a) die Maßnahmen gemäß Titel II Kapitel II und III (Prämien für die endgültige Aufgabe sowie Umstrukturierung und Umstellung);

b) die Maßnahmen gemäß Titel III (Marktmechanismen);

c) die Maßnahmen gemäß Titel VII Artikel 63 (Ausfuhrerstattungen).

Artikel 118
Inkrafttreten und Geltung

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt ab dem 1. August 2008, mit Ausnahme der Artikel 5 bis 8, die ab dem 30. April 2008 gelten.

Titel V Kapitel II gilt bis zum 31. Dezember 2013.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den

Im Namen des Rates

ANHANG I

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Verordnung gelten nachstehende Begriffsbestimmungen:

Allgemein

1. **„Weinwirtschaftsjahr“:** das Wirtschaftsjahr für die unter diese Verordnung fallenden Erzeugnisse. Es beginnt am 1. August jedes Jahres und endet am 31. Juli des Folgejahres.

Im Zusammenhang mit Reben

2. **„Roden“:** die vollständige Beseitigung der Rebstöcke, die sich auf einem mit Reben bepflanzten Grundstück befinden.

3. **„Pflanzen“:** das endgültige Auspflanzen veredelter oder unveredelter Reben oder Rebenteile zum Zwecke der Erzeugung von Trauben oder zum Anlegen eines Bestandes für die Erzeugung von Edelreisern.

4. **„Umveredelung“:** die Veredelung eines Rebstocks, an dem schon vorher eine Veredelung vorgenommen wurde.

Im Zusammenhang mit Erzeugnissen

5. **„Frische Weintrauben“:** die bei der Weinbereitung verwendete reife oder leicht eingetrocknete Frucht der Weinrebe, die mit den üblichen kellerwirtschaftlichen Verfahren eingemaischt oder gekeltert werden kann und die spontan alkoholisch gären kann.

6. **„Durch Zusatz von Alkohol stummgemachter Most aus frischen Weintrauben“:** das Erzeugnis, das

   a) einen vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 12% vol und weniger als 15% vol aufweist;

   b) gewonnen wird, indem dem ausschließlich von Keltertraubensorten im Sinne des Artikels 18 Absatz 1 Unterabsatz 1 stammenden, ungegorenen Traubenmost mit einem natürlichen Alkoholgehalt von mindestens 8,5% vol folgende Erzeugnisse hinzugefügt werden:

      – entweder neutraler, aus Erzeugnissen der Weinrebe gewonnener Alkohol einschließlich Alkohol, der aus der Destillation getrockneter Trauben gewonnen wurde, mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 95% vol;

      – oder ein nicht rektifiziertes, aus der Destillation von Wein hervorgegangenes Erzeugnis mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 52% vol und höchstens 80% vol.

7. **„Traubensaft“:** das flüssige, nicht gegorene, aber gärfähige Erzeugnis, das

   a) so behandelt wurde, dass es zum Verbrauch in unverändertem Zustand geeignet ist,

   b) aus frischen Weintrauben oder Traubenmost oder durch Rückverdünnung gewonnen worden ist. Im Falle der Rückverdünnung muss es von konzentriertem Traubenmost oder konzentriertem Traubensaft gewonnen worden sein.

   Ein vorhandener Alkoholgehalt des Traubensaftes von bis zu 1% vol wird geduldet.

8. **„Konzentrierter Traubensaft“:** der nicht karamellisierte Traubensaft, der durch teilweisen Wasserentzug aus Traubensaft unter Anwendung beliebiger zugelassener Methoden außer der unmittelbaren Einwirkung von Feuerwärme so hergestellt wird, dass der bei einer Temperatur von 20 °C nach einer noch vorzuschreibenden Refraktometer-Methode gemessene Zahlenwert nicht unter 50,9% liegt.

   Ein vorhandener Alkoholgehalt des konzentrierten Traubensaftes von bis zu 1% vol wird geduldet.

9. **„Weintrub“:**

   a) der Rückstand, der sich in den Behältern, die Wein enthalten, nach der Gärung oder während der Lagerung oder nach einer zulässigen Behandlung absetzt;

   b) der durch die Filterung oder Zentrifugierung des unter Buchstabe a genannten Erzeugnisses entstandene Rückstand;

   c) der Rückstand, der sich in den Behältern, die Traubenmost enthalten, während der Lagerung oder nach einer zulässigen Behandlung absetzt;

   d) der durch die Filterung oder Zentrifugierung des unter Buchstabe c genannten Erzeugnisses entstandene Rückstand.

10. **„Traubentrester“:** der gegorene oder ungegorene Rückstand bei der Kelterung von frischen Weintrauben.

11. **„Tresterwein“:** das Erzeugnis, das

    a) durch die Gärung von nichtbehandeltem, in Wasser aufgeschwemmtem Traubentrester

    b) durch Auslaugen von gegorenem Traubentrester mit Wasser gewonnen wird.

12. **„Brennwein“:** das Erzeugnis, das

    a) einen vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 18% vol und höchstens 24% vol aufweist;

    b) ausschließlich dadurch gewonnen wird, dass einem Wein ohne Restzucker ein nicht rektifiziertes, aus der Destillation von Wein hervorgegangenes Erzeugnis mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von höchstens 86% vol zugesetzt wird;

    c) einen Gehalt an flüchtiger Säure von höchstens 1,5 g/l, berechnet als Essigsäure, aufweist.

Alkoholgehalt

13. **„Vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)“:** die Volumeneinheiten reinen Alkohols, die bei einer Temperatur von 20 °C in 100 Volumeneinheiten des Erzeugnisses enthalten sind.

14. **„Potenzieller Alkoholgehalt (in % vol)“:** die Volumeneinheiten reinen Alkohols bei einer Temperatur von 20 °C, die durch vollständiges Vergären des in 100 Volumeneinheiten des Erzeugnisses enthaltenen Zuckers bei dieser Temperatur gebildet werden können.

15. **„Gesamtalkoholgehalt (in % vol)“:** die Summe des vorhandenen und des potenziellen Alkoholgehalts.

16. **„Natürlicher Alkoholgehalt (in % vol)“:** der Gesamtalkoholgehalt des betreffenden Erzeugnisses vor jeglicher Anreicherung.

17. **„Vorhandener Alkoholgehalt (in % mas)“:** die Masseneinheiten reinen Alkohols, die in 100 Masseneinheiten des Erzeugnisses enthalten sind.

18. **„Potenzieller Alkoholgehalt (in % mas)“:** die Masseneinheiten reinen Alkohols, die durch vollständiges Vergären des in 100 Masseneinheiten des Erzeugnisses enthaltenen Zuckers gebildet werden können.

19. **„Gesamtalkoholgehalt (in % mas)“:** die Summe des vorhandenen und des potenziellen Alkoholgehalts.

ANHANG II
Haushaltsmittel für Stützungsprogramme und Mindestanteil für Absatzförderung gemäß Artikel 8 Absatz 1 und Artikel 9 Absatz 5

in 1 000 EUR

Haushalts-jahr	2009		2010		2011		2012		2013		2014		ab 2015	
	Insgesamt	davon Absatz-förde-rung	Insgesamt	davon Absatz-förde-rung	Insgesamt	davon Absatz-förde-rung	Insgesamt	davon Absatz-förde-rung	Insgesamt	davon Absatz-förde-rung	Insgesamt	davon Absatz-förde-rung	Insgesamt	davon Absatz-förde-rung
BG	13 018	2 839	17 874	2 839	17 510	2 839	17 631	2 839	17 389	2 839	17 348	2 839	17 206	2 839
CZ	1 672	471	2 245	471	2 202	471	2 217	471	2 188	471	2 183	471	2 166	471
DE	19 116	4 692	25 998	4 692	25 482	4 692	25 654	4 692	25 310	4 692	25 253	4 692	25 052	4 692
EL	11 246	2 395	15 468	2 395	15 152	2 395	15 257	2 395	15 046	2 395	15 011	2 395	14 888	2 395
ES	191 998	32 276	268 234	32 276	263 721	32 276	266 194	32 276	262 992	32 276	262 942	32 276	260 735	32 276
FR	153 191	31 946	211 042	31 946	206 703	31 946	208 149	31 946	205 257	31 946	204 774	31 946	203 087	31 946
IT	164 385	29 063	228 966	29 063	224 789	29 063	226 717	29 063	223 826	29 063	223 612	29 063	221 737	29 063
CY	1 506	289	2 086	289	2 043	289	2 057	289	2 028	289	2 023	289	2 006	289
LU	287	65	393	65	385	65	387	65	382	65	381	65	378	65
HU	12 432	2 659	17 095	2 659	16 745	2 659	16 862	2 659	16 628	2 659	16 590	2 659	16 454	2 659
MT	141	37	191	37	188	37	189	37	186	37	186	37	184	37
AT	6 711	1 604	9 147	1 604	8 965	1 604	9 026	1 604	8 904	1 604	8 883	1 604	8 812	1 604
PT	31 504	6 294	43 532	6 294	42 630	6 294	42 930	6 294	42 329	6 294	42 229	6 294	41 878	6 294
RO	22 894	4 329	31 752	4 329	31 107	4 329	31 338	4 329	30 905	4 329	30 840	4 329	30 582	4 329
SI	2 259	557	3 071	557	3 010	557	3 030	557	2 990	557	2 983	557	2 959	557
SK	1 497	465	1 989	465	1 953	465	1 965	465	1 940	465	1 936	465	1 922	465
UK	133	19	187	19	183	19	184	19	182	19	181	19	180	19

ANHANG III

Haushaltsmittel für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums

(gemäß Artikel 17 Absatz 3)

in 1 000 EUR

Haushalts-jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014 und danach
BG	2 024	3 035	5 059	6 071	7 083	8 094
CZ	239	358	597	716	836	955
DE	2 868	4 301	7 169	8 603	10 037	11 470
EL	1 759	2 639	4 399	5 278	6 158	7 038
ES	30 361	45 542	75 903	91 084	106 264	121 445
FR	24 104	36 157	60 261	72 313	84 366	96 418
IT	26 132	39 198	65 331	78 397	91 463	104 529
CY	242	363	605	726	847	967
LU	44	66	110	132	154	176
HU	1 943	2 914	4 857	5 829	6 800	7 772
MT	21	31	52	62	73	83
AT	1 015	1 523	2 538	3 046	3 554	4 061
PT	5 012	7 518	12 529	15 035	17 541	20 047
RO	3 668	5 503	9 171	11 005	12 839	14 673
SI	338	508	846	1 015	1 184	1 353
SK	205	308	513	616	718	821
UK	23	34	56	68	79	90

ANHANG IV

Kategorien von Weinbauerzeugnissen

1. Wein

Wein ist das Erzeugnis, das ausschließlich durch vollständige oder teilweise alkoholische Gärung der frischen, auch eingemaischten Weintrauben oder des Traubenmostes gewonnen wird.

Wein weist

a) nach etwaiger Anwendung der in Anhang V Abschnitt B genannten Verfahren einen vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 8,5% vol - vorausgesetzt, dass dieser Wein ausschließlich aus gemäß Anhang IX in den Weinbauzonen A und B geernteten Trauben gewonnen wurde - und von mindestens 9% vol bei den anderen Weinbauzonen auf;

b) abweichend von dem ansonsten geltenden vorhandenen Mindestalkoholgehalt, wenn er eine geschützte Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe trägt, nach etwaiger Anwendung der in Anhang V Abschnitt B genannten Verfahren einen vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 4,5% vol auf;

c) einen Gesamtalkoholgehalt von höchstens 15% vol auf. Für Wein von gewissen Weinanbauflächen der Gemeinschaft, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, kann die Kommission die Höchstgrenze für den Gesamtalkoholgehalt auf 20% vol anheben;

d) vorbehaltlich etwaiger noch zu erlassender Ausnahmeregelungen einen als Weinsäure berechneten Gesamtsäuregehalt von mindestens 3,5 g je Liter, d. h. von 46,6 Milliäquivalent je Liter, auf.

Unter „Retsina“-Wein ist Wein zu verstehen, der ausschließlich im geografischen Gebiet Griechenlands aus mit Aleppokiefernharz behandeltem Traubenmost hergestellt wurde. Aleppokiefernharz darf nur zur Herstellung eines „Retsina“-Weins nach der geltenden griechischen Regelung verwendet werden.

2. Jungwein

Jungwein ist der Wein, dessen alkoholische Gärung noch nicht beendet ist und der noch nicht von seiner Hefe getrennt ist.

3. Likörwein

Likörwein ist das Erzeugnis,

a) das einen vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 15% vol und höchstens 22% vol aufweist;

b) das einen Gesamtalkoholgehalt von mindestens 17,5% vol aufweist; ausgenommen hiervon sind einige in einem noch nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 festzulegenden Verzeichnis aufgeführte Likörweine mit Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe;

c) das gewonnen wird aus

- teilweise gegorenem Traubenmost oder
- Wein oder
- einer Mischung der vorgenannten Erzeugnisse oder
- Traubenmost oder der Mischung dieses Erzeugnisses mit Wein für einige, noch nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 festzulegende Likörweine mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe;

d) das mit Ausnahme einiger, in einem noch nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 festzulegenden Verzeichnis aufgeführter Likörweine mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe einen ursprünglichen natürlichen Alkoholgehalt von mindestens 12% vol aufweist;

e) dem Folgendes zugesetzt wurde:

i) jeweils für sich oder als Mischung:

- neutraler Alkohol aus Erzeugnissen der Weinrebe einschließlich des bei der Destillation von getrockneten Weintrauben gewonnenen Alkohols mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 96% vol,
- Destillat aus Wein oder getrockneten Weintrauben mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 52% vol und höchstens 86% vol;

ii) sowie gegebenenfalls eines oder mehrere der nachstehenden Erzeugnisse:

- konzentrierter Traubenmost;
- Mischung eines der unter Buchstabe e genannten Erzeugnisse mit einem unter Buchstabe c erster und vierter Gedankenstrich genannten Traubenmost;

f) dem abweichend von Buchstabe e im Falle einiger, in einem noch nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 festzulegenden Verzeichnis aufgeführter Likörweine mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe Folgendes zugesetzt wurde:

i) eines der Erzeugnisse nach Buchstabe e Ziffer i, jeweils für sich oder als Mischung, oder

ii) eines oder mehrere der nachstehenden Erzeugnisse:

- Alkohol aus Wein oder getrockneten Weintrauben mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 95% vol und höchstens 96% vol,
- Weinbrand oder Tresterbrand mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 52% vol und höchstens 86% vol,
- Brand aus getrockneten Weintrauben mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 52 % vol und weniger als 94,5 % vol;

iii) sowie gegebenenfalls eines oder mehrere der nachstehenden Erzeugnisse:

- teilweise gegorener Traubenmost aus eingetrockneten Weintrauben,

- durch direkte Einwirkung von Feuerwärme gewonnener konzentrierter Traubenmost, der - abgesehen von diesem Vorgang - der Definition von konzentriertem Traubenmost entspricht,
- konzentrierter Traubenmost,
- eine Mischung eines unter Buchstabe f Ziffer ii genannten Erzeugnisses mit einem unter Buchstabe c erster und vierter Gedankenstrich genannten Traubenmost.

4. Schaumwein

Schaumwein ist das Erzeugnis, das

a) durch erste oder zweite alkoholische Gärung von

- frischen Weintrauben oder
- Traubenmost oder
- Wein oder
- Weinen mit einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe gewonnen wurde;

b) beim Öffnen des Behältnisses durch Entweichen von ausschließlich aus der Gärung stammendem Kohlendioxid gekennzeichnet ist;

c) in geschlossenen Behältnissen bei 20 °C einen auf gelöstes Kohlendioxid zurückzuführenden Überdruck von mindestens 3 bar aufweist.

5. Schaumwein mit zugesetzter Kohlensäure

Schaumwein mit zugesetzter Kohlensäure ist das Erzeugnis, das

a) aus Wein hergestellt wird;

b) beim Öffnen des Behältnisses durch Entweichen von Kohlendioxid gekennzeichnet ist, das ganz oder teilweise zugesetzt wurde;

c) in geschlossenen Behältnissen bei 20 °C einen auf gelöstes Kohlendioxid zurückzuführenden Überdruck von mindestens 3 bar aufweist.

6. Perlwein

Perlwein ist das Erzeugnis, das

a) aus Wein hergestellt wird, sofern dieser Wein einen Gesamtalkoholgehalt von mindestens 9 % vol aufweist;

b) einen vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 7% vol aufweist;

c) in geschlossenen Behältnissen bei 20 °C einen auf endogenes gelöstes Kohlendioxid zurückzuführenden Überdruck von mindestens 1 bar und höchstens 2,5 bar aufweist;

d) in Behältnissen mit einem Inhalt von höchstens 60 Litern abgefüllt ist.

7. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure ist das Erzeugnis, das

a) aus Wein oder Wein mit einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe hergestellt wird;

b) einen vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 7% vol und einen Gesamtalkoholgehalt von mindestens 9% vol aufweist;

c) in geschlossenen Behältnissen bei 20 °C einen auf gelöstes Kohlendioxid, das ganz oder teilweise zugesetzt wurde, zurückzuführenden Überdruck von mindestens 1 bar und höchstens 2,5 bar aufweist;

d) in Behältnissen mit einem Inhalt von höchstens 60 Litern abgefüllt ist.

8. Traubenmost

Traubenmost ist das aus frischen Weintrauben auf natürlichem Wege oder durch physikalische Verfahren gewonnene flüssige Erzeugnis. Ein vorhandener Alkoholgehalt des Traubenmostes von bis zu 1% vol wird geduldet.

9. Teilweise gegorener Traubenmost

Teilweise gegorener Traubenmost ist das durch Gärung von Traubenmost gewonnene Erzeugnis mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von mehr als 1 % vol und von weniger als drei Fünfteln seines Gesamtalkoholgehalts. Bestimmte Weine mit einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder einer geschützten geografischen Angabe und mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von weniger als drei Fünfteln ihres Gesamtalkoholgehalts, jedoch mindestens 4,5% vol, gelten hingegen nicht als teilweise gegorener Traubenmost.

10. Teilweise gegorener Traubenmost aus eingetrockneten Trauben

Teilweise gegorener Traubenmost aus eingetrockneten Trauben ist das aus eingetrockneten Trauben durch teilweise Gärung eines Traubenmosts gewonnene Erzeugnis mit einem Gesamtzuckergehalt vor der Gärung von mindestens 272 Gramm je Liter, dessen natürlicher und vorhandener Alkoholgehalt nicht geringer als 8% vol sein darf. Gewisse nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 zu bestimmende Weine, die diese Anforderungen erfüllen, gelten jedoch nicht als teilweise gegorener Traubenmost aus eingetrockneten Trauben.

11. Konzentrierter Traubenmost

Konzentrierter Traubenmost ist der nicht karamellisierte Traubenmost, der

a) durch teilweisen Wasserentzug aus Traubenmost unter Anwendung beliebiger zugelassener Methoden außer der unmittelbaren Einwirkung von Feuerwärme so hergestellt wird, dass der bei einer Temperatur von 20 °C nach einer gemäß Artikel 25 noch vorzuschreibenden Refraktometer-Methode gemessene Zahlenwert nicht unter 50,9% liegt;

b) ausschließlich von klassifizierten Keltertraubensorten im Sinne des Artikels 18 Absatz 1 Unterabsatz 1 stammt.

Ein vorhandener Alkoholgehalt des konzentrierten Traubenmostes von bis zu 1% vol wird geduldet.

12. Rektifiziertes Traubenmostkonzentrat

Rektifiziertes Traubenmostkonzentrat ist das flüssige, nicht karamellisierte Erzeugnis, das

a) durch teilweisen Wasserentzug aus Traubenmost unter Anwendung beliebiger zugelassener Methoden außer der unmittelbaren Einwirkung von Feuerwärme so hergestellt wird, dass der bei einer Temperatur von 20 °C nach einer gemäß Artikel 25 noch vorzuschreibenden Refraktometer-Methode gemessene Zahlenwert nicht unter 61,7% liegt;

b) zugelassenen Behandlungen zur Entsäuerung und Entfernung anderer Bestandteile als Zucker unterzogen worden ist;

c) folgende Merkmale aufweist:

- einen pH-Wert von höchstens 5 bei 25 ° Brix,
- eine optische Dichte von höchstens 0,100 bei 425 nm und 1 cm Dicke bei auf 25 ° Brix konzentriertem Traubenmost,
- einen Saccharosegehalt, der so niedrig ist, dass er mit einer noch festzulegenden Analysemethode nicht nachgewiesen werden kann,
- einen Index von Folin-Ciocalteau von höchstens 6 bei 25 ° Brix,
- eine titrierbare Säure von höchstens 15 Milliäquivalent/kg Gesamtzucker,
- einen Schwefeldioxidgehalt von höchstens 25 mg/kg Gesamtzucker,
- einen Gesamtkationengehalt von höchstens 8 Milliäquivalent/kg Gesamtzucker,
- eine Leitfähigkeit von höchstens 120 mikro-Siemens/cm bei 25 ° Brix und 20 °C,
- einen Gehalt an Hydroxmethylfurfurol von höchstens 25 mg/kg Gesamtzucker,
- Spuren von Mesoinositol;

d) ausschließlich von klassifizierten Keltertraubensorten im Sinne des Artikels 18 Absatz 1 Unterabsatz 1 stammt.

Ein vorhandener Alkoholgehalt des rektifizierten Traubenmostkonzentrats von bis zu 1 % vol wird geduldet.

13. Wein aus überreifen Trauben

Wein aus überreifen Trauben ist das Erzeugnis, das

a) in der Gemeinschaft ohne Anreicherung aus in der Gemeinschaft geernteten Trauben von den Keltertraubensorten des Artikels 18 Absatz 1 Unterabsatz 1 hergestellt wird;

b) einen natürlichen Alkoholgehalt von mehr als 15% vol aufweist;

c) einen Gesamtalkoholgehalt von mindestens 16% vol und einen vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 12% vol aufweist.

Die Mitgliedstaaten können eine Reifungszeit für dieses Erzeugnis vorsehen.

14. Weinessig

Weinessig ist Essig, der

a) ausschließlich durch Essigsäuregärung aus Wein hergestellt wird;

b) einen als Essigsäure berechneten Säuregehalt von mindestens 60 g/l aufweist.

ANHANG V

Anreicherung, Säuerung und Entsäuerung in bestimmten Weinbauzonen

A. Anreicherungsgrenzen

1. Wenn es die Witterungsverhältnisse in bestimmten Weinbauzonen der Gemeinschaft gemäß Anhang IX erforderlich machen, können die betreffenden Mitgliedstaaten eine Erhöhung des natürlichen Alkoholgehalts der frischen Weintrauben, des Traubenmostes, des teilweise gegorenen Traubenmostes und des Jungweins - soweit diese Erzeugnisse aus Keltertraubensorten im Sinne des Artikels 18 Absatz 1 Unterabsatz 1 gewonnen worden sind - zulassen.

2. Die Erhöhung des Mindestgehalts an natürlichem Alkohol wird nach den in Abschnitt B erwähnten önologischen Verfahren vorgenommen und darf folgende Grenzwerte nicht überschreiten:

   a) in den Weinbauzonen A und B gemäß Anhang IX: 2% vol,

   b) in den Weinbauzonen C gemäß Anhang IX: 1% vol.

3. In Jahren mit außergewöhnlich ungünstigen Witterungsverhältnissen kann die in Nummer 2 genannte Erhöhung des Alkoholgehalts nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 in den Weinbauzonen A und B gemäß Anhang IX auf 3% vol heraufgesetzt werden.

B. Anreicherungsverfahren

1. Die in Abschnitt A genannte Erhöhung des natürlichen Alkoholgehalts (in % vol) darf nur wie folgt vorgenommen werden:

   a) bei frischen Weintrauben, teilweise gegorenem Traubenmost oder Jungwein durch Zugabe von konzentriertem Traubenmost oder rektifiziertem Traubenmostkonzentrat;

   b) bei Traubenmost durch Zugabe von konzentriertem Traubenmost oder rektifiziertem Traubenmostkonzentrat oder durch teilweise Konzentrierung, einschließlich Umkehrosmose;

   c) bei Wein durch teilweise Konzentrierung durch Kälte.

2. Die Anwendung eines der in Nummer 1 genannten Verfahren schließt die Anwendung der anderen aus.

3. Die Konzentrierung des den Verfahren gemäß Nummer 1 unterzogenen Traubenmostes oder Weins

   a) darf keine Verminderung des Ausgangsvolumens dieser Erzeugnisse um mehr als 20% zur Folge haben;

   b) darf den natürlichen Alkoholgehalt dieser Erzeugnisse unbeschadet von Abschnitt A Nummer 2 Buchstabe b nicht um mehr als 2% vol erhöhen.

4. Die in den Nummern 1 und 3 genannten Verfahren dürfen keine Anhebung des Gesamtalkoholgehalts der frischen Trauben, des Traubenmostes, des teilweise gegorenen Traubenmostes, des Jungweins oder des Weins

   a) auf mehr als 11,5% vol in der Weinbauzone A gemäß Anhang IX,

   b) auf mehr als 12% vol in der Weinbauzone B gemäß Anhang IX,

   c) auf mehr als 12,5% vol in den Weinbauzonen C I a und C I b gemäß Anhang IX,

   d) auf mehr als 13% vol in der Weinbauzone C II gemäß Anhang IX und

   e) auf mehr als 13,5% vol in der Weinbauzone C III gemäß Anhang IX zur Folge haben.

5. Abweichend von Nummer 4 dürfen die Mitgliedstaaten

   a) bei Rotwein den maximalen Gesamtalkoholgehalt der in Nummer 4 genannten Erzeugnisse jedoch auf 12% vol in der Weinbauzone A und auf 12,5% vol in der Weinbauzone B gemäß Anhang IX anheben;

   b) den Gesamtalkoholgehalt der in Nummer 4 genannten Erzeugnisse für die Erzeugung von Weinen mit einer Ursprungsbezeichnung in den Weinbauzonen A und B auf einen von den Mitgliedstaaten festzusetzenden Wert anheben.

C. Säuerung und Entsäuerung

1. Bei frischen Weintrauben, Traubenmost, teilweise gegorenem Traubenmost, Jungwein und Wein dürfen

   a) in den Weinbauzonen A, B, C I a und C I b gemäß Anhang IX eine teilweise Entsäuerung;

   b) in den Weinbauzonen C II und C III a gemäß Anhang IX unbeschadet von Nummer 7 eine Säuerung und eine Entsäuerung oder

   c) in der Weinbauzone C III b gemäß Anhang IX eine Säuerung vorgenommen werden.

2. Die Säuerung der in Nummer 1 genannten Erzeugnisse außer Wein darf nur bis zur Höchstmenge von 1,50 g je Liter, ausgedrückt in Weinsäure, d.h. von 20 Milliäquivalent je Liter, durchgeführt werden.

3. Die Säuerung von Wein darf nur bis zur Höchstmenge von 2,50 g je Liter, ausgedrückt in Weinsäure, d.h. von 33,3 Milliäquivalent je Liter, durchgeführt werden.

4. Die Entsäuerung von Wein darf nur bis zur Höchstmenge von 1 g je Liter, ausgedrückt in Weinsäure, d.h. von 13,3 Milliäquivalent je Liter, durchgeführt werden.

5. Der zur Konzentrierung bestimmte Traubenmost darf teilweise entsäuert werden.

6. In Jahren mit außergewöhnlichen Witterungsbedingungen können die Mitgliedstaaten die Säuerung der in Nummer 1 genannten Erzeugnisse in den Weinbauzonen B, C I a

und C I b gemäß Anhang IX unter den in Nummer 1 dieses Anhangs hinsichtlich der Weinbauzonen C II, C III a und C III b gemäß Anhang IX genannten Bedingungen zulassen.

7. Die Säuerung und die Anreicherung sowie die Säuerung und die Entsäuerung ein und desselben Erzeugnisses schließen einander aus; in Bezug auf die Säuerung und die Anreicherung können von Fall zu Fall Abweichungen beschlossen werden.

D. Behandlungen

1. Jede der in den Abschnitten B und C genannten Behandlungen, mit Ausnahme der Säuerung und Entsäuerung von Wein, darf bei der Verarbeitung von frischen Weintrauben, Traubenmost, teilweise gegorenem Traubenmost und Jungwein zu Wein oder zu einem anderen für den unmittelbaren menschlichen Verbrauch bestimmten Getränk im Sinne von Artikel 1 Absatz 1, außer Schaumwein oder Schaumwein mit zugesetzter Kohlensäure, gemäß nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 noch festzulegenden Bedingungen nur in derjenigen Weinbauzone durchgeführt werden, in der die verwendeten frischen Weintrauben geerntet wurden.

2. Die Konzentrierung von Wein muss in der Weinbauzone erfolgen, in der die verwendeten frischen Weintrauben geerntet wurden.

3. Die Säuerung und die Entsäuerung von Wein dürfen nur in dem Weinbereitungsbetrieb und der Weinbauzone erfolgen, in der die zur Herstellung des betreffenden Weins verwendeten Weintrauben geerntet wurden.

4. Jede der in den Nummern 1, 2 und 3 genannten Behandlungen muss den zuständigen Behörden gemeldet werden. Das gleiche gilt für die Mengen an konzentriertem Traubenmost oder rektifiziertem Traubenmostkonzentrat, die natürliche oder juristische Personen oder Personenvereinigungen, insbesondere Erzeuger, Abfüllbetriebe, Verarbeitungsbetriebe sowie noch nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 zu bestimmende Händler, zur Ausübung ihres Berufes besitzen, wenn sie zur gleichen Zeit und am gleichen Ort frische Weintrauben, Traubenmost, teilweise gegorenen Traubenmost oder nicht abgefüllten Wein vorrätig halten. Die Meldung dieser Mengen kann jedoch durch Eintragung in das Eingangs- und Verwendungsregister ersetzt werden.

5. Jede der in Abschnitt C genannten Behandlungen muss in dem Begleitdokument gemäß Artikel 103 verzeichnet werden, mit dem die entsprechend behandelten Erzeugnisse in den Verkehr gebracht werden.

6. Diese Behandlungen dürfen, sofern keine Ausnahmeregelung wegen außergewöhnlicher Witterungsbedingungen getroffen wird,

   a) in der Weinbauzone C gemäß Anhang IX nicht nach dem 1. Januar,

   b) in den Weinbauzonen A und B gemäß Anhang IX nicht nach dem 16. März durchgeführt werden und

   werden nur für die Erzeugnisse durchgeführt, die aus der diesen Zeitpunkten unmittelbar vorhergehenden Weinlese stammen.

7. Unbeschadet von Nummer 6 können die Konzentrierung durch Anwendung von Kälte sowie die Säuerung und die Entsäuerung von Wein das ganze Jahr hindurch vorgenommen werden.

ANHANG VI

Einschränkungen

A. Allgemeines

1. Alle zugelassenen önologischen Verfahren und Behandlungen schließen den Zusatz von Wasser aus, es sei denn, es besteht eine besondere technische Notwendigkeit dafür.

2. Alle zugelassenen önologischen Verfahren und Behandlungen schließen den Zusatz von Alkohol, ausgenommen bei frischem Traubenmost, der mit Alkohol stummgemacht wurde, bei Likörwein, Schaumwein, Brennwein und Perlwein aus.

3. Brennwein darf nur zur Destillation verwendet werden.

B. Frische Trauben, Traubenmost und Traubensaft

1. Mit Alkohol stummgemachter Most aus frischen Weintrauben darf nur für die Herstellung von nicht unter die KN-Codes 2204 10, 2204 21 und 2204 29 fallenden Erzeugnissen verwendet werden. Dies gilt unbeschadet strengerer Bestimmungen, die die Mitgliedstaaten für die Herstellung von nicht unter die KN-Codes 2204 10, 2204 21 und 2204 29 fallenden Erzeugnissen in ihrem Gebiet anwenden können.

2. Traubensaft und konzentrierter Traubensaft dürfen weder zu Wein verarbeitet noch Wein zugesetzt werden. Das Einleiten einer alkoholischen Gärung ist bei diesen Erzeugnissen im Gebiet der Gemeinschaft untersagt.

3. Die Nummern 1 und 2 gelten nicht für Erzeugnisse, aus denen im Vereinigten Königreich, in Irland und in Polen Erzeugnisse des KN-Codes 2206 00 hergestellt werden sollen, für die die Mitgliedstaaten die Verwendung eines die Verkehrsbezeichnung „Wein“ enthaltenden zusammengesetzten Ausdrucks zulassen können.

4. Teilweise gegorener Traubenmost aus eingetrockneten Trauben darf nur für die Herstellung von Likörweinen, und dies allein in den Weinbauregionen, wo diese Verwendung am 1. Januar 1985 herkömmlicherweise gebräuchlich war, und für die Herstellung von Wein aus überreifen Trauben in den Verkehr gebracht werden.

5. Vorbehaltlich jeglicher abweichenden Entscheidung, die der Rat gemäß den internationalen Verpflichtungen der Gemeinschaft treffen kann, dürfen frische Weintrauben, Traubenmost, teilweise gegorener Traubenmost, konzentrierter Traubenmost, rektifiziertes Traubenmostkonzentrat, durch Zusatz von Alkohol stummgemachter Traubenmost, Traubensaft und konzentrierter Traubensaft mit Ursprung in Drittländern im Gebiet der Gemeinschaft weder zu Wein verarbeitet noch Wein zugesetzt werden.

C. Weinmischungen

Vorbehaltlich jeglicher abweichenden Entscheidung, die der Rat gemäß den internationalen Verpflichtungen der Gemeinschaft treffen kann, sind der Verschnitt eines aus einem Drittland stammenden Weins mit Gemeinschaftswein sowie der Verschnitt von aus Drittländern stammenden Weinen untereinander in der Gemeinschaft untersagt.

D. Nebenerzeugnisse

1. Das vollständige Auspressen von Weintrauben ist untersagt. Die Mitgliedstaaten setzen unter Berücksichtigung der örtlichen und technischen Bedingungen die Mindestmenge Alkohol fest, die nach dem Pressen der Weintrauben in dem Trester und dem Weintrub enthalten sein und auf jeden Fall mehr als Null betragen soll.

2. Aus Weintrub und Traubentrester darf weder Wein noch irgendein anderes Getränk zum unmittelbaren menschlichen Verbrauch mit Ausnahme von Alkohol, Brand oder Tresterwein hergestellt werden.

3. Das Auspressen von Weintrub und das erneute Vergären von Traubentrester für andere Zwecke als die Destillation oder die Erzeugung von Tresterwein sind untersagt. Filtrieren und Zentrifugieren von Weintrub gelten nicht als Auspressen, sofern die gewonnenen Erzeugnisse gesund und handelsüblich sind.

4. Tresterwein darf - sofern seine Herstellung vom betreffenden Mitgliedstaat zugelassen wird - nur zur Destillation oder für den Eigenbedarf der Familie des Weinbauern verwendet werden.

5. Alle natürlichen oder juristischen Personen oder Personengruppen, die Nebenerzeugnisse besitzen, müssen diese unter Überwachung und unter nach dem Verfahren des Artikels 104 Absatz 1 festgelegten Bedingungen absetzen.

ANHANG VII

Haushaltsmittel für die Rodungsregelung

Für die Rodungsregelung gemäß Artikel 92 Absatz 3 stehen folgende Haushaltsmittel zur Verfügung:

a) für das Weinwirtschaftsjahr 2008/09 (Haushaltsjahr 2009): 430 Mio. EUR,

b) für das Weinwirtschaftsjahr 2009/10 (Haushaltsjahr 2010): 287 Mio. EUR,

c) für das Weinwirtschaftsjahr 2010/11 (Haushaltsjahr 2011): 184 Mio. EUR,

d) für das Weinwirtschaftsjahr 2011/12 (Haushaltsjahr 2012): 110 Mio. EUR,

e) für das Weinwirtschaftsjahr 2012/13 (Haushaltsjahr 2013): 59 Mio. EUR.

ANHANG VIII

Flächen, die die Mitgliedstaaten im Rahmen der Rodungsregelung für nicht rodungsfähig erklären können

(gemäß Artikel 94 Absätze 1 und 3)

in ha

Mitgliedstaat	Rebfläche insgesamt	Fläche gemäß Artikel 94 Absatz 3
BG	135 760	2 715
CZ	19 081	382
DE	102 432	2 049
EL	66 682	1 334
ES	1 099 765	21 995
FR	879 859	17 597
IT	730 439	14 609
CY	13 068	261
LU	1 299	26
HU	85 260	1 705
MT	910	18
AT	50 681	1 014
PT	238 831	4 777
RO	178 101	3 562
SI	16 704	334
SK	21 531	431
UK	793	16

ANHANG IX

Weinbauzonen

Die in den Anhängen IV und V genannten Weinbauzonen sind folgende:

1. Die Weinbauzone A umfasst

   a) in Deutschland: die nicht zur Weinbauzone B gehörenden Rebflächen;

   b) in Luxemburg: das luxemburgische Weinanbaugebiet;

   c) in Belgien, Dänemark, Irland, den Niederlanden, Polen, Schweden und im Vereinigten Königreich: die Weinanbauflächen dieser Länder;

   d) in der Tschechischen Republik: das Weinanbaugebiet Čechy.

2. Die Weinbauzone B umfasst

   a) in Deutschland: die Rebflächen in dem bestimmten Anbaugebiet Baden;

   b) in Frankreich: die Rebflächen in den nicht in diesem Anhang genannten Departements sowie in folgenden Departements:

      – Alsace: Bas-Rhin, Haut-Rhin,
      – Lorraine: Meurthe-et-Moselle, Meuse, Moselle, Vosges,
      – Champagne: Aisne, Aube, Marne, Haute-Marne, Seine-et-Marne,
      – Jura: Ain, Doubs, Jura, Haute-Saône,
      – Savoie: Savoie, Haute-Savoie, Isère (Commune de Chapareillan),
      – Val de Loire: Cher, Deux-Sèvres, Indre, Indre-et-Loire, Loir-et-Cher, Loire-Atlantique, Loiret, Maine-et-Loire, Sarthe, Vendée und Vienne sowie die Rebflächen des Arrondissements Cosne-sur-Loire im Departement Nièvre;

   c) in Österreich: die österreichischen Weinanbauflächen;

   d) in der Tschechischen Republik: das Weinanbaugebiet Morava und die nicht unter Nummer 1 Buchstabe d genannten Rebflächen;

   e) in der Slowakei die Weinanbaugebiete der Kleinen Karpaten, der Südslowakei, von Nitra, der Mittel- und der Ostslowakei sowie die nicht unter Nummer 3 genannten Weinanbaugebiete;

   f) in Slowenien die Rebflächen in den folgenden Regionen:

      – Region Podravje: ljutomerskoormoški vinorodni okoliš, mariborski vinorodni okoliš, radgonskokapelski vinorodni okoliš, šmarsko-virštajnski vinorodni okoliš, vinorodni okoliš Haloze, prekmurski vinorodni okoliš, vinorodni okoliš Srednje Slovenske gorice,

– Region Posavje: bizeljsko-sremiški vinorodni okoliš, vinorodni okoliš Bela krajina, vinorodni okoliš Dolenjska sowie die Rebflächen in den nicht in Nummer 5 Buchstabe d genannten Regionen;

g) in Rumänien das Gebiet von Podi□ul Transilvaniei.

3. Die Weinbauzone C I a umfasst:

a) in Frankreich die Rebflächen

– in den folgenden Departments: Allier, Alpes-de-Haute-Provence, Hautes-Alpes, Alpes-Maritimes, Ariège, Aveyron, Cantal, Charente, Charente-Maritime, Corrèze, Côte-d'Or, Dordogne, Haute-Garonne, Gers, Gironde, Isère (mit Ausnahme der Gemeinde Chapareillan), Landes, Loire, Haute-Loire, Lot, Lot-et-Garonne, Lozère, Nièvre (mit Ausnahme des Arrondissements Cosne-sur-Loire), Puy-de-Dôme, Pyrénées-Atlantiques, Hautes-Pyrénées, Rhône, Saône-et-Loire, Tarn, Tarn-et-Garonne, Haute-Vienne, Yonne,

– in den Arrondissements Valence und Die im Department Drôme (mit Ausnahme der Kantone Dieulefit, Loriol, Marsanne und Montélimar),

– im Arrondissement Tournon sowie in den Kantonen Antraigues, Buzet, Coucouron, Montpezat-sous-Bauzon, Privas, Saint-Etienne de Lugdarès, Saint-Pierreville, Valgorge und la Voulte-sur-Rhône des Departments Ardèche;

b) in Spanien die Rebflächen in den Provinzen A Coruña, Asturias, Cantabria, Guipúzcoa und Vizcaya;

c) in Portugal die Rebflächen in dem Teil der Region Norte, der dem bestimmten Anbaugebiet für „Vinho Verde“ entspricht, sowie die Rebflächen von „Concelhos de Bombarral, Lourinhã, Mafra e Torres Vedras“ (mit Ausnahme von „Freguesias da Carvoeira e Dois Portos“), die zur „Região viticola da Extremadura“ gehören;

d) in der Slowakei die Tokaj-Region;

e) in Rumänien die nicht unter Nummer 2 Buchstabe g oder Nummer 5 Buchstabe f genannten Rebflächen.

4. Die Weinbauzone C I b umfasst:

a) in Italien die Rebflächen in der Region Valle d'Aosta sowie in den Provinzen Sondrio, Bolzano, Trento and Belluno;

b) in Ungarn alle Rebflächen.

5. Die Weinbauzone C II umfasst:

a) in Frankreich die Rebflächen

– in den folgenden Departements: Aude, Bouches-du-Rhône, Gard, Hérault, Pyrénées-Orientales (mit Ausnahme der Kantone Olette und Arles-sur-Tech), Vaucluse,

- in dem Teil des Departements Var, der im Süden durch die nördliche Grenze der Gemeinden Evenos, Le Beausset, Solliès-Toucas, Cuers, Puget-Ville, Collobrières, La Garde-Freinet, Plan-de-la-Tour und Sainte-Maxime begrenzt wird,
- im Arrondissement Nyons und in den Kantonen Dieulefit, Loriol, Marsanne and Montélimar im Department Drôme,
- in den nicht in Nummer 3 Buchstabe a genannten Teilen des Department Ardèche;

b) in Italien die Rebflächen in folgenden Regionen: Abruzzi, Campagnia, Emilia-Romagna, Friuli-Venezia Giulia, Lazio, Liguria, Lombardia mit Ausnahme der Provinz Sondrio, Marche, Molise, Piemonte, Toscana, Umbria, Veneto mit Ausnahme der Provinz Belluno, einschließlich der zu diesen Regionen gehörenden Inseln wie Elba und der übrigen Inseln des Toskanischen Archipels, der Inseln des Pontinischen Archipels, Capri und Ischia;

c) in Spanien die Rebflächen in folgenden Provinzen:

- Lugo, Orense, Pontevedra,
- Ávilla (mit Ausnahme der Gemeinden in dem bestimmten Anbaugebiet (comarca) Cebreros), Burgos, León, Palencia, Salamanca, Segovia, Soria, Valladolid, Zamora,
- La Rioja,
- Álava,
- Navarra,
- Huesca,
- Barcelona, Girona, Lleida,
- in dem nördlich des Ebro gelegenen Teil der Provinz Zaragoza,
- in den Gemeinden der Provinz Tarragona mit der Ursprungsbezeichnung Penedés,
- in dem Teil der Provinz Tarragona, der dem bestimmten Anbaugebiet (comarca) Conca de Barberá entspricht;

d) in Slowenien die Rebflächen in der Primorska-Region: vinorodni okoliš Goriška Brda, vinorodni okoliš Vipavska dolina, koprski vinorodni okoliš und vinorodni okoliš Kras;

e) in Bulgarien die Rebflächen in folgenden Regionen: Dunavska Ravnina (Дунавска равнина), Chernomorski Rayon (Черноморски район), Rozova Dolina (Розова долина);

f) in Rumänien die Rebflächen in folgenden Regionen: Dealurile Buzăului, Dealu Mare, Severinului und Plaiurile Drâncei, Colinele Dobrogei, Terasele Dunării, die Weinregion im Süden des Landes einschließlich Sandböden und andere günstige Regionen.

6. Die Weinbauzone C III a umfasst:

a) in Griechenland die Rebflächen in den folgenden Nomoi: Florina, Imathia, Kilkis, Grevena, Larisa, Ioannina, Levkas, Akhaia, Messinia, Arkadia, Korinthia, Iraklio, Khania, Rethimni, Samos, Lasithi und auf der Insel Thira (Santorini);

b) in Zypern die Rebflächen in Höhenlagen über 600 m;

c) in Bulgarien die nicht in Nummer 5 Buchstabe e genannten Rebflächen.

7. Die Weinbauzone C III b umfasst:

a) in Frankreich die Rebflächen:

– in den Departments von Korsika,

– in dem Teil des Departements Var, der zwischen dem Meer und einer durch folgende Gemeinden (diese eingeschlossen) gebildeten Linie liegt: Evenos, Le Beausset, Solliès-Toucas, Cuers, Puget-Ville, Collobrières, La Garde-Freinet, Plan-de-la-Tour und Sainte-Maxime,

– in den Kantonen Olette und Arles-sur-Tech im Department Pyrénées-Orientales;

b) in Italien die Rebflächen in den folgenden Regionen: Calabria, Basilicata, Apulia, Sardegna und Sicilia, einschließlich der zu diesen Regionen gehörenden Inseln wie Pantelleria, der Äolischen, Ägadischen und Pelagischen Inseln;

c) in Griechenland die nicht in Nummer 6 genannten Rebflächen;

d) in Spanien die nicht in Nummer 3 Buchstabe b oder Nummer 5 Buchstabe c genannten Rebflächen;

e) in Portugal die Rebflächen in den nicht zur Weinbauzone C I a gehörenden Regionen;

f) in Zypern die Rebflächen in Höhenlagen bis 600 m;

g) in Malta die Rebflächen.

8. Die Abgrenzung der Gebiete, die sich über die in diesem Anhang genannten Verwaltungseinheiten erstrecken, ergibt sich aus den am 15. Dezember 1981 - bzw. in Spanien am 1. März 1986 und in Portugal am 1. März 1998 - geltenden einzelstaatlichen Vorschriften.

FINANZBOGEN

1.	HAUSHALTSLINIE: 05 02 09 05 02 10 01	MITTELANSATZ (Mio. EUR): 2007: 1 487 2008 1 377 (PDB) 2007: 38 2008: 38 (PDB)
2.	BEZEICHNUNG DES VORHABENS: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein und zur Änderung bestimmter Verordnungen	
3.	RECHTSGRUNDLAGE: Artikel 36 und 37 EG-Vertrag	
4.	ZIELE DES VORHABENS: Die Reform hat folgende Ziele: – die Wettbewerbsfähigkeit der Weinerzeuger in der EU zu verbessern; den Ruf von EU-Qualitätswein als besten Wein der Welt zu stärken; innerhalb und außerhalb der EU alte Märkte zurückzuerobern und neue Märkte zu erschließen; – eine Weinregelung zu schaffen, die mit klaren, einfachen und wirksamen Regeln ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage erreicht; – eine Weinregelung zu schaffen, die die besten Traditionen der Weinerzeugung in der EU bewahrt, das soziale Gefüge im ländlichen Raum stärkt und den Umweltschutz bei der Weinerzeugung gewährleistet.	

5.	FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN	12-MONATS-ZEITRAUM (Mio. EUR)	LAUFENDES HAUSHALTS-JAHR 2007 (Mio. EUR)	KOMMENDES HAUSHALTS-JAHR 2008 (Mio. EUR)
5.0	AUSGABEN ZULASTEN - DES EG-HAUSHALTS (ERSTATTUNGEN/INTERVENTIONEN) - NATIONALER HAUSHALTE - ANDERER SEKTOREN	–	–	–
5.1	EINNAHMEN - EIGENE MITTEL DER EG (ABSCHÖPFUNGEN/ZÖLLE) - IM NATIONALEN BEREICH	–	–	–

		2009	2010	2011	2012
5.0.1 5.1.1	VORAUSSCHAU AUSGABEN VORAUSSCHAU EINNAHMEN	z.E.	z.E.	z.E.	z.E.

5.2	BERECHNUNGSWEISE: Die jährlichen Kosten für den Reformvorschlag, einschließlich der Übertragung auf die Entwicklung des ländlichen Raums, wird auf 1,3 Mrd. EUR geschätzt, die Ausgabenhöhe für das „Status-quo-Szenario“. Das Status-quo-Szenario wird erstellt unter Berücksichtigung des „olympischen Durchschnitts“ der Haushaltsausgaben 2001-2005 (5 Jahre, bei denen die Extremwerte nicht berücksichtigt werden), die zur Berücksichtigung der Erweiterung um Bulgarien und Rumänien erhöht wurden. Die Einzelheiten der Haushaltskosten für die Reform sind in der beigefügten Anlage aufgeführt.	
6.0	FINANZIERUNG IM LAUFENDEN HAUSHALT IST MÖGLICH DURCH IM BETREFFENDEN KAPITEL VORHANDENE MITTEL	~~JA NEIN~~
6.1	FINANZIERUNG IST MÖGLICH DURCH ÜBERTRAGUNG VON KAPITEL ZU KAPITEL IM LAUFENDEN HAUSHALTSJAHR	~~JA NEIN~~
6.2	NOTWENDIGKEIT EINES NACHTRAGSHAUSHALTS	~~JA NEIN~~
6.3	ERFORDERLICHE MITTEL SIND IN DIE KÜNFTIGEN HAUSHALTE EINZUSETZEN	JA ~~NEIN~~

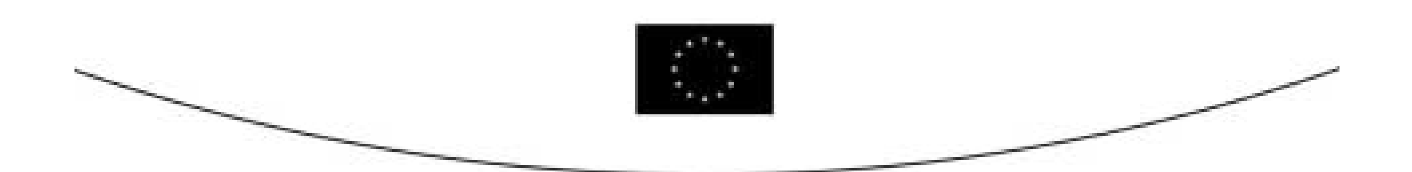
ANMERKUNGEN:
–

ANLAGE ZUM FINANZBOGEN

200 000 ha und Prämiensenkung um 20% jährlich **Anzahl Hektar, auf der Grundlage von 30% des Gesamtbetrags im ersten Jahr und einer Kürzung um 5%/Jahr**		B-2009	B-2010	B-2011	B-2012	B-2013		
A. Maßnahmen auf GMO-Ebene								
1. wiederaktivierte Rodungsregelung (Gesamtfläche: 200 000 ha)								
durchschnittliche Rodungsprämie	*€/ha*	*7 174*	*5 739*	*4 591*	*3 673*	*2 938*		
geschätzte gerodete und in die Betriebsprämienregelung aufgenommene Fläche	*ha*	*60 000*	*50.000*	*40 000*	*30 000*	*20 000*		
maximale jährliche Haushaltskosten für die Rodung insgesamt	**Mio. €**	**430**	**287**	**184**	**110**	**59**		
2. Restausgaben für die schrittweise Aufgabe der EU-Marktmaßnahmen								
geschätzter Betrag	Mio. €	**147**	**z.E.**	**z.E.**	**z.E.**			
3. Finanzierung des nationalen Finanzrahmens								
Höchstbetrag des nationalen Finanzrahmens	Mio. €	634	879	863	870	858		
davon Mindestbetrag für Absatzförderung	Mio. €	120	120	120	120	120		
Höchstbetrag des nationalen Finanzrahmens insgesamt	**Mio. €**	**634**	**879**	**863**	**870**	**858**		
Prozentsatz der Absatzförderung beim nationalen Finanzrahmen	*%*	*18,93%*	*13,65%*	*13,90%*	*13,79%*	*13,99%*		
Maßnahmen auf GMO-Ebene insgesamt	**Mio. €**	**1 211**	**1 166**	**1 047**	**980**	**917**		
B. In Anhang VII aufzunehmende entkoppelte Direktzahlung								
Höchstprämie	€/ha			350	350	350		
geschätzte kumulierte Fläche	ha			60 000	110 000	150 000		
jährliche Haushaltskosten insgesamt	**Mio. €**			**21**	**38,5**	**52,5**		
Gesamtbetrag der im Rahmen der „ersten Säule“ der Agrarpolitik finanzierten Maßnahmen	**Mio. €**	**1 211**	**1 166**	**1 068**	**1 019**	**969**		
C . Übertragung auf die Entwicklung des ländlichen Raums für weinerzeugende Regionen	**Mio. €**	**100**	**150**	**250**	**300**	**350**		
INSGESAMT (A+B+C)	**Mio. €**	**1 311**	**1 316**	**1 318**	**1 319**	**1 319**		
D. Information (Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 des Rates)	**Mio. €**	**+3**	**+3**	**+3**	**+3**	**+3**		

Der nationale Finanzrahmen wird sich auf 857 Mio. EUR für B2014 und 850 Mio. EUR für B2015 und die folgenden Jahre belaufen.
Die entkoppelte Direktzahlung wird auf 63 Mio. EUR für B2014 und 70 Mio. EUR für B2015 und die folgenden Jahre veranschlagt.
Die Übertragung auf die ländliche Entwicklung wird sich für B2014 und die folgenden Jahre auf 400 Mio. EUR belaufen.

Die Beträge für 2014 und die späteren Jahre sind Richtwerte und unterliegen Beschlüssen, die für den neuen Finanzplanungszeitraum nach 2013 getroffen werden müssen. Jedoch müssen bestimmte rechtliche Verpflichtungen eingehalten werden, die die bereits vor diesem Zeitpunkt zu tätigende Ausgaben umfassen.



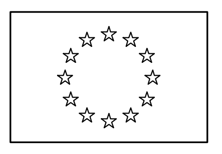
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION	**Brüssel, den 9. Juli 2007 (OR. en)**
Interinstitutionelles Dossier: 2007/0138 (CNS)	**11361/07 ADD 1**
	AGRIORG 74 AGRIFIN 73 WTO 140

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag des Generalsekretärs der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	9. Juli 2007
Empfänger:	der Generalsekretär/Hohe Vertreter, Herr Javier SOLANA
Betr.:	ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN zu dem Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES über die gemeinsame Marktorganisation für Wein und zur Änderung bestimmter Verordnungen – **Zusammenfassung der Folgenabschätzung**

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Kommissionsdokument SEK(2007) 894.

Anl.: SEK(2007) 894



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 4.7.2007
SEK(2007) 894

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

zu dem

Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES RATES

über die gemeinsame Marktorganisation für Wein
und zur Änderung bestimmter Verordnungen

Zusammenfassung der Folgenabschätzung

{KOM(2007) 372 endgültig}
{SEK(2007) 893}

1. PROBLEMSTELLUNG

In der Analyse der Folgenabschätzung[1] zu ihrer Mitteilung „Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit im europäischen Weinsektor“[2] hat die Kommission auf die hohe Bedeutung der Weinwirtschaft in der EU hingewiesen, sowohl hinsichtlich ihres Gewichts auf dem Weltmarkt als auch wegen ihrer wichtigen Rolle in der Agrarerzeugung und der ländlichen Wirtschaft der weinerzeugenden Mitgliedstaaten und Regionen. Trotz des weltweiten Ansehens und der Wettbewerbsfähigkeit eines großen Teils der europäischen Weinerzeugung ist der Sektor jedoch zunehmend mit verschiedenen Problemen konfrontiert:

1. **stetiger Rückgang des Verbrauchs** seit mehreren Jahrzehnten infolge grundlegender Änderungen im Lebensstil und in den Konsumgewohnheiten der Bevölkerung,

2. **Wettbewerbsverluste** gegenüber Weinimporten aus Drittländern,

3. **längerfristig nicht tragbares Ungleichgewicht** auf dem Weinmarkt der EU,

4. **Komplexität des rechtlichen Rahmens** der Weinpolitik,

5. **unzulängliche Berücksichtigung von Umweltbelangen**.

In dieser Hinsicht sind viele Instrumente der gemeinsamen Marktorganisation (GMO) offenbar nicht effizient genug bei der Verwirklichung ihrer Ziele:

- das **Neuanpflanzungsverbot** konnte die Produktion nicht vollständig unter Kontrolle bringen;
- die **Rodungsregelung** wird kaum mehr in Anspruch genommen;
- **Destillationsmaßnahmen und andere Marktinstrumente** fördern die Überproduktion und beeinträchtigen das Marktgleichgewicht;
- verschiedene Bestimmungen der GMO verursachen einen **hohen Verwaltungsaufwand**;
- einige Bestimmungen (z. B. über **Weinbereitungsverfahren** und **Etikettierung**) behindern die Produktivität und hemmen die Entwicklung neuer Produktions- und Vertriebstechniken. Die **Etikettierungsvorschriften** sind zu komplex und starr und beeinträchtigen die Vermarktung von Sortenweinen, die den Sortennamen gegenüber dem geographischen Ursprung hervorhebt;
- der derzeitige **Gegensatz zwischen Tafelwein und Qualitätswein** bestimmter Anbaugebiete ist zur Förderung des Konzepts der geographischen Angaben von Wein nicht mehr geeignet;
- verschiedene marktpolitische Maßnahmen stehen in der **WTO** unter Druck.

2. ZIELE

Die Mitteilung vom Juni 2006 stellte die Weinreform in den Rahmen der generellen Reform der GAP, die 2003 begann und 2004 (Baumwolle, Hopfen, Olivenöl, Tabak) sowie 2005 (Zucker)

---

1 SEK(2006) 770 vom 22.6.2006, http://ec.europa.eu/agriculture/capreform/wine/fullimpact_en.pdf.
2 KOM(2006) 319 vom 22.6.2006, http://ec.europa.eu/agriculture/capreform/wine/com2006_319_en.pdf.

fortgesetzt wurde. Mit einem weiteren Legislativvorschlag der Kommission wird der andere noch nicht erfasste Sektor, Obst und Gemüse[3], ebenfalls in die Reform einbezogen.

Durch die entschiedene Neuausrichtung der GAP soll der Agrarsektor zukunftsgerichteter, marktorientierter und nachhaltiger werden. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zu den Zielen der Strategie von Lissabon[4] und zu der Politik der nachhaltigen Entwicklung, die vom Europäischen Rat in Göteborg beschlossen wurde[5].

Auch die neue Weinregelung soll den **Grundprinzipien der neuen GAP** entsprechen und zur Erfüllung ihrer Ziele beitragen; sie muss daher auf **Wettbewerbsfähigkeit** und **wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit** gerichtet sein.

Im Einzelnen sollte die reformierte GMO für Wein folgende Zielsetzungen verfolgen:

- besseres quantitatives und qualitatives **Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage**,
- Verbesserung der **Wettbewerbsfähigkeit** der in Europa erzeugten Weine,
- stärkere **Orientierung am Markt**, horizontale Ausrichtung und Auflagenbindung ("cross compliance"),
- Sicherung der **Erzeugereinkommen**,
- Einbeziehung breiterer **gesellschaftlicher Anliegen**, wie Gesundheit, Verbraucherschutz und Umweltbelange,
- Wahrung der **Authentizität** und des traditionellen Charakters der **Erzeugnisse**,
- Einhaltung **internationaler Verpflichtungen**,
- **einfachere, flexiblere und effizientere Rechtsvorschriften**,
- **stärkere Subsidiarität** durch Anpassung der Maßnahmen an spezifische Gegebenheiten und Bedürfnisse, jedoch mit gemeinsamen Regeln zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen,
- **reibungslose Integration Bulgariens und Rumäniens** durch Förderung der Modernisierung und Umstrukturierung ihrer Weinwirtschaft.

3. LEGISLATIVVORSCHLAG

Der Legislativvorschlag basiert weitgehend auf der Option "grundlegende Reform" – Variante B aus der Mitteilung vom Juni 2006 und hat diese weiterentwickelt.

Gegenüber der Option "grundlegende Reform" enthält der jetzige Vorschlag folgende neue Elemente:

- **Einschränkung der Rodungsregelung** (von 400 000 auf 200 000 ha).

---

3 KOM(2007) 17.
4 KOM(2005) 24.
5 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 15.-16. Juni 2001.

- **Einbeziehung der Rebflächen in die Betriebsprämienregelung** (dies begründet jedoch keine neuen Betriebsprämienansprüche).
  Damit wird ein wichtiger Bestandteil der GAP-Reform in den Vorschlag aufgenommen (Option 3 der Mitteilung).
- Besonderer Nachdruck auf Maßnahmen zur **Verkaufsförderung** für europäische Weine in Drittlandsmärkten mithilfe des nationalen Finanzrahmens und auf **Information**skampagnen zum verantwortungsbewussten und gemäßigten Weinkonsum in der EU.

4. FOLGENABSCHÄTZUNG (STATUS QUO / LEGISLATIVVORSCHLAG)

4.1. Wirtschaftliche Auswirkungen im Weinsektor

4.1.1. Marktgleichgewicht

In Anbetracht der mittelfristigen Perspektiven für den Weinsektor der EU-27 wäre die **Option ohne Reform** nicht tragbar, da sie zu immer größeren Produktionsüberschüssen führen würde.

In dem von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsrahmen würde die Abschaffung marktbezogener Maßnahmen eine verstärkte Marktorientierung der Weinerzeugung und somit **langfristig die Wiederherstellung des Marktgleichgewichts** bewirken.

Kurzfristig würde der Vorschlag der Kommission durch Anreize zur Reduzierung des Produktionspotenzials, Förderung der strukturellen Anpassung des Sektors und Steigerung der Nachfrage nach EU-Wein eine **schrittweise Absorption der Weinüberschüsse** ermöglichen.

4.1.2. Preise

Bei einer **Beibehaltung des Status quo** würden die Interventionsmaßnahmen und der EU-Haushalt durch immer größere Überschüsse verstärkt unter Druck geraten. Die Marktinstrumente würden beim wirksamen Abbau der Weinbestände verstärkt auf Probleme stoßen. Wiederholte Krisen hätten einen **Preisverfall** und somit das **Absinken der Betriebseinkommen** zur Folge.

Die vorgeschlagene Reform würde **langfristig** zu einem **zufriedenstellenden Preisniveau** führen, als unmittelbare Folge der Herstellung des Marktgleichgewichts.

Allerdings wird sich die Wirtschaft auf **kurzfristige Preiseinbußen** einstellen müssen, weil die Stabilisierung der Marktlage erhebliche strukturelle Anpassungen erfordert.

Um die Auswirkung auf die Weinpreise einzuschätzen, wurden diese anhand des statistischen Verhältnisses zwischen den Preisen für Tafelwein und den Gesamtlagerbeständen extrapoliert.

Nach den Ergebnissen dieser Berechnungen hätte der **Vorschlag der Kommission** kurzfristig **weniger starke Auswirkungen auf die Preise (–7%)** als der Status quo **(–11%)** und würde mittelfristig eine rasche Preisstabilisierung herbeiführen.

4.1.3. Wettbewerbsfähigkeit

Der EU-Weinsektor hat gegenwärtig verglichen mit seinen Konkurrenten **einige Handikaps**:

– **kleinere Betriebseinheiten** mit höheren Produktionskosten und geringeren Erzeugungsmengen, die den Bedarf großer Handelsketten nicht decken können,
– **weniger dynamische Marketingstrategie**,
– **mehr Beschränkungen durch stärkere Regulierung**.

Diese Nachteile haben zur Erosion des Marktanteils der EU-Weine gegenüber konkurrierenden Weinen geführt, sowohl im Binnenmarkt als auch auf den Exportmärkten. Dies deutet auf einen **besorgniserregenden Wettbewerbsverlust** unseres Weinsektors hin, insbesondere im niedrigeren und mittleren Qualitätssegment.

In dieser Hinsicht brächte die **Option ohne Reform** keine Lösung der derzeitigen Probleme.

Der **Vorschlag der Kommission** würde mit folgenden Mitteln **eine angemessene Lösung der Probleme** mit sich bringen:

– verstärkte Marktorientierung,
– mehr Flexibilität bei Weinbereitungsverfahren und Etikettierungsvorschriften,
– weniger regulierungsbedingte Beschränkungen,
– Informationskampagnen und Verkaufsförderung für EU-Weine.

Vor allem die Aufhebung des **Verbots von Neuanpflanzungen ab 2014 wäre für die Wettbewerbsfähigkeit** von Vorteil, weil die effizientesten Erzeuger die Möglichkeit erhielten, die Größe ihrer Betriebe zu optimieren und somit einen optimalen Produktionsumfang zu erreichen.

Die vorgeschlagenen Bestimmungen zur **Anreicherung könnten** jedoch **einen Anstieg der Produktionskosten** für die betreffenden Erzeuger bewirken: je niedriger der Weinpreis, desto höher der Anstieg. Dieser würde bei Erzeugern, die mit subventioniertem Mostkonzentrat anreichern, höher ausfallen als bei denen, die Saccharose verwenden.

4.1.4. Wirtschaftliche Auswirkungen im Trinkalkoholsektor

Die Abschaffung der Zuschüsse zur Destillation von Trinkalkohol würde zu einem Anstieg der Produktionskosten für die Brennereien führen, die Tafelwein zu Marktpreisen kaufen müssten.

Der Kostenanstieg wird auf etwa 0,4 EUR/Liter Weinbrand (40% vol.) und 0,15 EUR/Liter mit Alkohol angereichertem Wein geschätzt. Dieser geringfügige Kostenanstieg würde vermutlich auf den Einzelhandelspreis abgewälzt.

Da der Einzelhandelspreis für eine Literflasche Weinbrand - selbst in Ländern mit den niedrigsten Verbrauchsteuern - etwa 10 Euro beträgt, wird sich der Anstieg der Produktionskosten auf den Verbraucherpreis für Weinbrand relativ mäßig (meist weniger als 5%) und bei mit Alkohol angereichertem Wein noch geringer auswirken.

Der Preisanstieg wird zu einem Rückgang des Verbrauchs von Weinalkohol führen, der auf rund 4 Mio. hl Weinäquivalent geschätzt wird.

4.2. Soziale Auswirkungen

4.2.1. Landwirtschaftliche Einkommen

Wie unter 4.1.2 ausgeführt, hätte der **längerfristige Preisverfall** aufgrund wachsender Weinüberschüsse **bei der bisherigen Regelung** eine **erhebliche Verschlechterung der Agrareinkommen** im Weinsektor zur Folge.

Der **Reformvorschlag** würde **längerfristig** zu einem **zufriedenstellenden Einkommensniveau** führen, das dem verhältnismäßig hohen Preisniveau entspricht.

Wie in der Einschätzung zu den Preisen erwähnt, werden die Weinerzeuger jedoch **sowohl beim Status quo wie beim Vorschlag der Kommission** mit **kurzfristigen Einkommensverlusten** rechnen müssen.

Die Auswirkungen der geschätzten Preisverluste auf die Einkommen wurden mithilfe von Daten aus dem Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen (INLB) simuliert, basierend auf einer Reihe von „Modellbetrieben", die für die wichtigsten Typen von Tafelweinerzeugern in verschiedenen Weinbauregionen der EU repräsentativ sind.

Nach dieser Analyse hätte der **Vorschlag der Kommission** gegenüber der bisherigen Regelung auch kurzfristig **weniger starke Auswirkungen auf die Einkommen** und würde mittelfristig eine rasche Einkommensstabilisierung bewirken.

4.2.2. Landwirtschaftliche Beschäftigung

Die Wiederbelebung des Rodungsprogramms in den ersten fünf Anwendungsjahren der Weinreform würde neben der Reduzierung der Rebflächen einen **bedeutenderen Rückgang der landwirtschaftlichen Beschäftigung** im Weinsektor als beim Szenario ohne Reform mit sich bringen.

Im Einzelnen wird damit gerechnet, dass im Jahr mit den umfangreichsten Rodungen (2009) die Beschäftigung in Weinbaubetrieben um 5,1% zurückgeht. Dieser Prozentsatz wird über die folgenden Jahre allmählich auf 3,3% sinken, was dem erwarteten Rückgang der landwirtschaftlichen Beschäftigung bei Fortführung der bisherigen Regelung entspricht.

Somit wird der **Reformvorschlag der Kommission den normalen langfristigen Trend** zur Rationalisierung von Arbeitskräften und zum **Rückgang der landwirtschaftlichen Beschäftigung leicht beschleunigen**. Dabei ist beachtenswert, dass nach der Übergangszeit der Reform (2013) die gleiche Höhe der Gesamtbeschäftigung erreicht wird wie zwei Jahre später (2015) unter Beibehaltung des Status quo.

4.2.3. Beschäftigung in der Weinwirtschaft und zugehörigen Sektoren

Die Weinerzeugung ohne Eigenproduktion der Weinbaubetriebe umgreift in der EU rund 8 600 Genossenschaftskellereien und private Weinhersteller, die zusammen etwa 76 000 Personen beschäftigen.

Mit der Wiederbelebung des Rodungsprogramms werden manche Weinbaubetriebe, die ihre Erzeugung an Kellereien liefern, ihre Tätigkeit einstellen und so zu einem plötzlichen Rückgang der Produktion bei den betroffenen Weinherstellern führen.

Der generelle Rückgang der Weinerzeugung könnte eine spürbare strukturelle Anpassung in der Weinwirtschaft mit sich bringen. Dabei würden sich Weingenossenschaften vergrößern oder zusammenschließen, um eine optimale Betriebsgröße zu erreichen. Dieser Prozess könnte zu Arbeitsplatzverlusten führen, aber auch die Rationalisierung in der Weinwirtschaft fördern, die gewisse Produktivitätsprobleme wegen geringer Betriebsgrößen gezeigt hat. Gleichzeitig könnte die erforderliche Erhöhung der Mittel für Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung in Weinbaugebieten die Tendenz der Weinhersteller verstärken, zur Steigerung des Mehrwerts der Produktion ihren Tätigkeitsbereich im Vermarktungssektor auszudehnen.

Mit der Weinherstellung eng verbunden ist die Weindestillation, die in Italien, Frankreich und Spanien **256 Brennereien** mit insgesamt **6 800 Beschäftigten** umfasst (für andere Mitgliedstaaten liegen keine Angaben vor).

Durch die Abschaffung der Destillationsmaßnahmen, insbesondere der Destillation von Nebenerzeugnissen, die einen großen Anteil der Tätigkeit der Brennereien ausmacht, werden diese zweifellos unter starken Druck geraten, und **manche werden ihren Betrieb einstellen**. Andere Brennereien werden sich **an die neue Situation anpassen können**, da ein anderes Segment ihrer Tätigkeit, die Herstellung alkoholischer Getränke, eine bedeutende Marktnachfrage verzeichnet. Erhöhte Mittel für die ländliche Entwicklung stehen zur Finanzierung von Investitionen in die Entwicklung neuer Technologien, die die Produktionskosten der Brennereien senken oder neue Absatzmöglichkeiten erschließen, oder für Umstrukturierungs- und Umstellungsmaßnahmen der schwächeren Betriebe zur Verfügung.

4.3. Auswirkungen auf die Umwelt

Die Weinerzeugung ist mit verschiedenen Umweltbelastungen verbunden (Auswirkungen auf die Böden, intensive Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, insbesondere Fungiziden, Entsorgung der Nebenprodukte der Weinerzeugung, verstärkter Einsatz von Bewässerungsmaßnahmen in bestimmten Regionen, übermäßige Spezialisierung).

Mit der Beibehaltung des **Status quo** würden auch alle diese **Umweltbelastungen andauern**.

Der Reformvorschlag hätte zahlreiche günstige Auswirkungen auf die Umwelt, insbesondere durch die **Einbeziehung der Rebflächen in die Betriebsprämienregelung** mit systematischer **Auflagenbindung** ("cross-compliance") der Stützungsmaßnahmen im Rahmen der GMO für Wein und **Übertragung zusätzlicher Mittel auf die zweite Säule** der GAP.

Die **verstärkten Rodungsmaßnahmen** könnten sich insgesamt positiv auf die Umwelt auswirken, weil sie im Allgemeinen mit der Reduzierung der Monokultur verbunden sind. Die Auflagenbindung im Zusammenhang mit der Stilllegungsprämie und der Betriebsprämienanspruch auf gerodeten Flächen würden den negativen Auswirkungen bei der Aufgabe von Rebflächen entgegenwirken.

Die Abschaffung aller **Destillationsmaßnahmen** kann ebenfalls mit positiven Umweltauswirkungen einhergehen, vorausgesetzt, dass die Nebenprodukte der Weinerzeugung umweltverträglich entsorgt werden.

4.4. Auswirkungen auf den Handel und die WTO-Verpflichtungen

Für den Weinsektor geht es im Zusammenhang mit der WTO vor allem um folgende Themen:

– **Binnenstützung**:
  Ein Großteil der jährlichen Ausgaben im Rahmen der GMO für Wein ist als „Amber Box“ eingestuft, d. h. als diejenige Form der Förderung, die den Wettbewerb am stärksten verzerrt.

– **Ausfuhrerstattungen**:
  Die WTO-Verhandlungen könnten zu einer Vereinbarung über die Abschaffung aller Exportsubventionen führen.

– **Qualitätspolitik/g.A.**:
  Mit den geltenden Qualitätsbestimmungen ist es nicht möglich, unsere geografischen Angaben im Rahmen des WTO-TRIPS-Übereinkommens optimal zu schützen.

– **Etikettierungsvorschriften**:
  Unsere Vorschriften werden von Drittländern als diskriminierend angesehen.

Beim **Szenario ohne Reform** blieben fast alle mit der geltenden Weinregelung verbundenen WTO-Probleme ungelöst; **viele Bestimmungen der GMO würden Angriffsflächen für die Zukunft bieten**.

Durch den **Reformvorschlag** würde die GMO für Wein **WTO-verträglicher**, wobei allerdings der Greeen-Box-Status nicht bei allen aus dem nationalen Finanzrahmen zu finanzierenden Maßnahmen garantiert ist.

4.5. Auswirkungen auf Weinqualität, Gesundheit und Verbraucherschutz

4.5.1. Weinqualität

Mit dem Reformvorschlag dürfte die verstärkte Marktorientierung durch die Abschaffung marktbezogener Maßnahmen **das Segment der qualitativ hochwertigeren Weine** begünstigen.

4.5.2. Gesundheit und Verbraucherschutz

Im Rahmen der bestehenden GMO für Wein hat die **Destillation von Trinkalkohol** negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, da die Umwandlung von Wein in ein Getränk mit höherem Alkoholgehalt subventioniert wird. Diese Maßnahme ermöglicht die kostengünstigere Herstellung von Branntwein und fördert somit dessen Genuss, was im Widerspruch zur Gesundheitspolitik steht.

Von der Abschaffung der subventionierten Destillation von Trinkalkohol sowie der beabsichtigten Verringerung von Überschüssen durch bessere Marktorientierung der Produktion wären **positive Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung** zu erwarten. Daneben könnten die vorgeschlagenen Vereinfachungen in den Bereichen Qualitätspolitik, System der geografischen

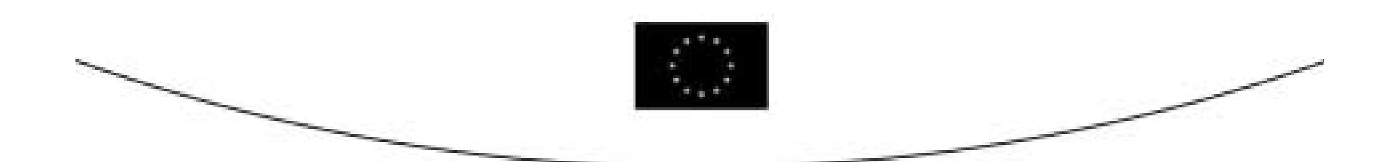
Angaben und Etikettierungsvorschriften sowie die Aufklärungs- und Informationskampagnen **mehr Transparenz für den Verbraucher** herbeiführen.

4.6. Auswirkungen auf die Verwaltungseffizienz

Bei einer **Beibehaltung der bisherigen GMO** würde eine **komplexe Regelung mit wachsendem Verwaltungsaufwand für die Wirtschaft** fortgeschrieben, die deren **Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt** und **kaum Möglichkeiten für Subsidiarität** bietet.

Der **Vorschlag der Kommission** wäre mit einer **wesentlichen Vereinfachung** verbunden, weil einige komplexe Maßnahmen (Pflanzungsrechte, Destillation, private Lagerhaltung von Wein und öffentliche Lagerhaltung von Alkohol) gegebenenfalls nach einer Übergangsfrist abgeschafft würden. Er würde **ein höheres Maß an Subsidiarität** gewährleisten, weil die Einführung des nationalen Finanzrahmens den Mitgliedstaaten die Möglichkeit gäbe, unter mehreren Alternativmaßnahmen auszuwählen, und die Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums in Weinbauregionen angehoben würden.

Schließlich ist der Vorschlag der Kommission weitgehend haushaltsneutral (rund **1,3 Mrd. EUR pro Jahr**). Die Gesamthöhe der Förderung des Weinsektors bleibt somit unverändert, doch die Gemeinschaftsmittel werden **besser genutzt**.



COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION

Brussels, 9 July 2007

11361/07
ADD 2

Interinstitutional File:
2007/0138 (CNS)

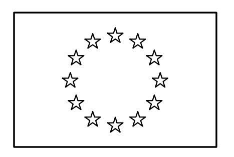
AGRIORG 74
AGRIFIN 73
WTO 140

COVER NOTE

from:	Secretary-General of the European Commission, signed by Mr Jordi AYET PUIGARNAU, Director
date of receipt:	9 July 2007
to:	Mr Javier SOLANA, Secretary-General/High Representative
Subject:	COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT Accompanying document to the Proposal for a Council Regulation on the common organisation of the market in wine and amending certain regulations **– Impact assessment**

Delegations will find attached Commission document SEC(2007) 893.

Encl.: SEC(2007) 893



COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES

Brussels, 4.7.2007
SEC(2007) 893

COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT

Accompanying document to the

Proposal for a

COUNCIL REGULATION

on the common organisation of the market in wine and amending certain regulations

Impact assessment

{COM(2007) 372 final}
{SEC(2007) 894}

TABLE OF CONTENTS

1. PROCEDURAL ISSUES AND CONSULTATION OF INTERESTED PARTIES 122
2. PROBLEM DEFINITION 123
3. OBJECTIVES 125
4. POLICY OPTIONS 126
4.1. Options analysed in the original impact assessment and discarded in the communication 126
4.1.1. Option 1 (status quo, with possibly some limited adjustments) 126
4.1.2. Option 3 (reform along CAP reform lines) 127
4.1.3. Option 4 (complete deregulation) 127
4.2. Option chosen by the Commission 127
4.2.1. June 2006 communication: Option 2 (profound reform of the wine CMO) 127
4.2.2. Legislative proposal 130
5. ANALYSIS OF IMPACTS (STATUS QUO VS. LEGISLATIVE PROPOSAL) 130
5.1. Economic impact 130
5.1.1. Market balance 131
5.1.2. Prices 133
5.1.3. Competitiveness 135
5.1.4. Economic impact on the potable alcohol sector 136
5.2. Social impact 137
5.2.1. Agricultural incomes 137
5.2.2. Agricultural employment 141
5.2.3. Employment in the wine market chain and related sectors 146
5.3. Impact on the environment 150
5.4. Impact on trade and WTO conformity 152
5.5. Impact on wine quality, health and consumer protection 153
5.5.1. Wine quality 153
5.5.2. Health and consumer protection policy 154
5.6. Impact on management efficiency 155
5.6.1. Simplification 155
5.6.2. Administrative costs 156
5.6.3. Subsidiarity 158
5.6.4. Budget 158
6. COMPARING THE OPTIONS 159
7. MONITORING AND EVALUATION 160
ANNEXES 161

1. PROCEDURAL ISSUES AND CONSULTATION OF INTERESTED PARTIES

In June 2006 the Commission adopted the communication "Towards a sustainable European wine sector"[1] and its accompanying impact assessment[2], in which a number of alternative options for the reform of the EU wine regime were described and evaluated. The Commission considered the "profound reform" option to be the most appropriate response to the future challenges of the European wine sector. Two variants of the profound reform option were identified. The first would provide prompt solutions to the present difficulties, but requires a rapid and thoroughgoing adjustment of the sector. The second variant would achieve the same result, but would be phased in over time, allowing the rural economy and the social fabric to adjust more smoothly.

Following the publication of the Commission's communication, the European Parliament[3], the European Economic and Social Committee[4] and the Committee of the Regions[5], expressed their formal opinion on it. The Council carried out an in-depth examination and discussion. Finally, the Wine Advisory Committees, as well as a large number of stakeholders and institutional bodies at European and national level, also had the opportunity to express their view on the communication.

Despite the large variety of opinions, there seemed to be a certain consensus on the Commission's analysis of the difficulties affecting the EU wine sector and on the impracticality of maintaining the status quo. The need for an in-depth reform of the common market organisation (CMO) in order to find solutions to the problems experienced by the sector was generally accepted, as well as the objectives for the reform indicated by the Commission. Furthermore, most interested parties agreed on keeping a specific, although reformed, CMO for wine. On the other hand, regarding the specific measures proposed in the communication, there has been an intense debate. Some important evolution elements of the legal proposal for the reform of the wine CMO have been influenced by this debate: first of all, it was recognised that the equilibrium on the wine market will have to be achieved through a more balanced mix of “positive” measures, aiming at expanding the commercial outlets of EU wine worldwide, and other measures intending to reduce the production potential; secondly, the consideration of environmental matters will be improved with the integration of vine land in the general system of cross-compliance and by allowing flexibility to set limits in the application of the grubbing-up programme, in order to minimise possible negative impacts on environmentally fragile areas.

The present document represents an update of the impact assessment carried out in 2006 by an Inter-Service Steering Group (ISSG) set up for the purpose, and aims to complement the previous analysis based on the new legal proposals for the reform of the wine CMO. As a self-standing

---

1 COM(2006) 319, 22.6.2006 http://ec.europa.eu/agriculture/capreform/wine/com2006_319_en.pdf.

2 SEC(2006) 770, 22.6.2006, http://ec.europa.eu/agriculture/capreform/wine/fullimpact_en.pdf.

3 T6-0049/2007 of 15 February 2007, http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0049+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN

4 CESE 1569/2006 of 14 December 2006, http://eescopinions.eesc.europa.eu/EESCopinionDocument.aspx?identifier=ces\nat\nat321\ces1569-2006_ac.doc&language=EN

5 CdR 257/2006 fin of 6 December 2006, http://coropinions.cor.europa.eu/CORopinionDocument.aspx?identifier=cdr\deve-iv\dossiers\deve-iv-012\cdr257-2006_fin_ac.doc&language=EN

document, however, this report also makes reference to the most relevant findings of the original impact assessment. In the new study, special attention was paid to the evaluation of the social impacts of the reform, which needed to be further developed.

This impact assessment was mainly updated by the Directorate-General for Agriculture and Rural Development (DG AGRI), with the additional involvement of the Directorate-General for Employment, Social Affairs and Equal Opportunities (DG EMPL) of the European Commission. The ISSG was also consulted for advice at a later stage. Finally, the document tried to take into account the recommendations made by the Impact Assessment Board (IAB) of the Commission.

Again, owing to the extreme complexity of the wine sector and to the close interrelationships between individual issues, this analysis was not always able to address all impacts in a quantitative way. Thus, in certain cases, this impact assessment was based on qualitative analyses.

2. PROBLEM DEFINITION

The analysis in the Commission's original impact assessment pointed to the vital importance of the European wine sector, both in terms of its weight on the world wine market and of its primary role within the agricultural and rural activity of wine-producing Member States (MS) and regions. However, in spite of the widespread reputation and the competitiveness of a large part of the EU wine production, the sector is increasingly confronted with a series of shortcomings:

1. **Steady decline in consumption** over decades, resulting from profound lifestyle changes in society as regards nutrition.

   Wine consumption in Europe has shown a significant and continuous decline in the last decades, falling by an average of 750 000 hl (–0.65%) per year, or 15 million hl (–11%), in the last twenty years, although in the most recent years the decline in consumption has been less pronounced. The falling trend in wine consumption only concerns table wine, while the consumption of quality wine psr, on the other hand, is actually growing slightly.
   DG AGRI's new mid-term outlook for EU-27 to the wine year 2011/2012, which basically confirms the assessment made in 2006, forecasts a drop in wine consumption of slightly more than 400 000 hl per year in the near future.

2. **Loss of competitiveness** compared to non-EU wines.

   Imports of wine from non-EU countries have attained a significant level following an extraordinary development during the last decade, during which they have gained considerable market shares at the expense of domestic wines.
   In the same period, the volume of **wine exported** from the EU to third countries has been stagnating. Since many studies at international level indicate that world wine consumption is growing, this shows that EU wines have not been able to exploit the opportunities represented by the new markets and that non-EU wines have been more successful in gaining market share on the international scene.
   The most recent trade data, referring to the years 2005/06, seem to show that the rapid growth in imports has slowed down, while exports are picking up again. This new trend, which had been partly anticipated by DG AGRI's mid-term outlook for 2006 (it was

forecast that the EU would keep its status as a net exporter of wine), was fully taken into account in this year's outlook update. However, due the effects of developments over the last decade, it is a fact that the wine trade balance is now much less favourable than in the past.

3. **Unsustainable market imbalance of the EU wine sector**

For many decades now, the European wine market has suffered from **recurring overproduction problems**. On the one hand, the surplus generated every year has been partly removed from the market at the Community budget expense via specific distillation measures; on the other hand, it has partly accumulated in private stocks, thus contributing to depress the wine market situation, in particular prices and the incomes of vine growers.
Due to the long-term evolution in consumption and trade with third countries in the last decade, accompanied by a broadly stable production, which does not adapt sufficiently to the movements in demand, the situation is worsening year by year, apart from the annual conjunctural fluctuations in wine production. In recent years, overproduction seems to be affecting the market for quality wines as well.
The new DG AGRI **mid-term outlook for the EU-27 wine sector** to 2011/2012 *(see Annex 1)* clearly shows that the situation concerning the accumulation of wine surplus is unsustainable.

4. **Complexity of the legal framework for wine policy**

The heavy administrative burden generated by the complex legal framework places constraints on EU producers and further weakens the competitive position of the European wine sector.

5. **Insufficient consideration of environmental concerns**

Environmental integration is very limited under the existing wine regime, which has remained significantly behind almost all other CMOs that underwent the 2003 reform of the common agricultural policy (CAP) and subsequent reforms. In particular, as areas under vines are not eligible for direct payments, this land is not systematically covered by cross-compliance rules. This means that, for a large proportion of vine-growers, there is currently no environmental baseline, except that provided by environmental directives.

In this respect, many CMO policy tools are probably not effective in achieving their objectives:

- the **ban on new plantings** has not completely managed to control production owing to the granting of new planting rights and the increase in yields in some producing Member States, as well as the existence of **irregular and illegal plantings**;
- the use of the **grubbing-up scheme** has virtually stopped;
- **distillations of wine and other market tools** - normally designed to absorb conjunctural surpluses or to support other market uses - encourage overproduction, thereby preventing market balance;
- some provisions of the CMO have created a **heavy administrative burden** and have not always been correctly implemented (**regularisation of irregular plantings**);

- measures are often **too strict and not flexible enough** to allow efficiency and to adapt rapidly to new production techniques and marketing methods. For example, **the labelling rules**, which are specific to wine, are characterised by the wide diversity of legal instruments and the rigidity of certain rules, which in particular make it difficult to develop so-called "varietal wines" (*vins de cépage*) i.e. wines made from one or more grape varieties and which emphasise the name of the varieties, rather than the geographical origin of the product, for marketing purposes. The rigid rules on wine-making practices also hamper innovation;
- the present **dichotomy between table wines and "quality" wines** produced in specified regions no longer provides the appropriate framework to promote the concept of Geographical Indications for wines;
- several policy tools are currently under pressure within the **WTO**.

As wine is one of the products listed in Annex I, referring to Article 32 of the Treaty establishing the European Community, it is up to the Union to lay down rules for the establishment of the common market organisation, and therefore also to address the abovementioned problems.

3. OBJECTIVES

The communication "Towards a sustainable European wine sector" pointed out that the wine reform should be considered in the context of the ongoing process that began with the 2003 general reform of the CAP, which was continued in 2004 (reform of cotton, hops, olive oil and tobacco) and 2005 (reform of sugar). The recent Commission legislative proposal to amend the remaining main sector not covered by the reform, namely fruit and vegetables[6], is another initiative in this direction.

The new direction taken by the CAP represents a resolute step towards a more forward-looking, market-oriented and sustainable agricultural sector, thereby providing an important contribution to the goals of the Lisbon strategy[7] and the sustainable development policy agreed at the Göteborg European Council[8].

The new wine regime should also align itself with the **fundamental principles of the new CAP** in order to contribute to its accomplishments**;** therefore, the reform of the wine sector should be guided by the objectives of **competitiveness** and of **economic, social and environmental sustainability**.

More specifically, the reformed wine CMO should achieve the following objectives:

- to ensure a better quantitative and qualitative **balance between supply and demand**, by providing for simple and effective rules allowing structural adjustment of the sector, including a reduction of production potential where necessary;

---

6 COM(2007) 17.
7 COM(2005) 24.
8 Presidency Conclusions, 15-16 June 2001.

- to enhance the **competitiveness** of European wine, by allowing the development of a modern and dynamic wine sector, capable of efficiently producing wine and marketing it on the internal and the world market, thus consolidating EU leadership in the sector;
- to take into account the accomplishments of the CAP reform initiated in 2003, in particular its market orientation, its horizontal approach and cross-compliance;
- to safeguard **producers' incomes**,
- to take into consideration wider **society concerns**, such as **health and consumer protection** and **environmental matters**;
- within the general objective of competitiveness, to preserve the **authenticity** and the traditional character of the **product,** and to safeguard vineyards in sensitive areas, where vine-growing plays an important role in protecting the environment/landscapes and providing employment in rural areas;
- to fully respect international obligations with respect to WTO obligations;
- to **simplify the legislation**, by allowing a more effective and flexible framework of rules for production and labelling;
- to **attain a higher degree of subsidiarity**, by adapting the measures to specific conditions and needs, but under certain common rules in order to avoid distortion of competition,
- to provide for the **smooth integration of Bulgaria and Romania** into the EU wine market organisation, enhancing the process of modernisation and restructuring of their wine industries.

4. POLICY OPTIONS

4.1. Options analysed in the original impact assessment and discarded in the communication

In the original impact assessment, the Commission identified four possible policy options for the EU's CMO in wine.

Three of them were discarded in the communication, since the results of the impact assessment showed that they would not provide an adequate solution to the problems of the wine sector and would not allow the objectives of the reform to be met.

4.1.1. Option 1 (Status quo, with possibly some limited adjustments)

This option would consist in **maintaining most of the tools of the existing CMO**, with just a few specific provisions to overcome the most important problems.

The status quo appears unsustainable in the long term, because it neither tackles the problem of the structural imbalance of the wine market, nor enhances the competitiveness of European wine nor improves the consistency with other Community policies.

4.1.2. Option 3 (Reform along CAP reform lines)

This reform option would provide for the **full integration of the wine sector into the mainstream CAP**, as reformed since 2003. **Land under vines** would be made **eligible** for the activation of **Single Payment Scheme (SPS) entitlements** and the **entire budget for the wine sector would be converted into SPS reference amounts** to be distributed on a hectare basis. At the same time, land under vines would be subject to the general system of **cross-compliance**, **modulation** and **financial discipline**.

This option would allow some policy objectives to be achieved in the long term, in particular market equilibrium in the wine sector. Moreover, it would address environmental concerns, since it allows direct application of cross-compliance to the whole area under vines. However, in the short term, the sector would have to undergo quite a tough adjustment process. Public intervention would mainly focus on supporting farm incomes as opposed to rapidly improving the market balance by providing help with structural adjustment. Furthermore, the support given to farm income by the potential amount of decoupled payments, on the basis of the available budget, would be too little to compensate for the loss of market support for many growers.

4.1.3. Option 4 (Complete deregulation)

The option of complete deregulation would involve the **abolition of all policy instruments** for the management of the production potential and of the market. The budget would be either cancelled or transferred to the second pillar for Rural Development (RD) policy in general.

Although this orientation would make it possible to achieve a number of policy objectives in the long term, in particular wine market equilibrium and increased competitiveness of wine production, the very harsh adjustment required by the immediate implementation of this policy and the lack of accompanying structural measures would, in the short term, generate serious negative economic and social impacts on the regions concerned.

4.2. Option chosen by the Commission

4.2.1. June 2006 communication: Option 2 (Profound reform of the wine CMO)

In its communication of June 2006, the Commission clearly expressed a preference for the policy scenario entitled "**profound reform of the wine CMO**". This reform option would provide for **in-depth revision of all the policy tools of the CMO**, which nevertheless would still **preserve its specific character**.

This option would optimally address the problems of the wine sector by concentrating budgetary resources on measures to achieve **stabilisation of the market** and the **structural adjustment of the sector**. Member States and wine regions would be given the scope to adapt the measures available at Community level to their specific conditions and needs, thus allowing greater subsidiarity.

Two variants for the "profound reform" option were identified:

Variant A: "One-step"

The main feature of this variant is the **immediate abolition** (or abolition by 1 August 2010 at the latest) **of the planting rights system** and of the grubbing-up scheme.

Variant B: "Two-steps"

In this variant, the **first phase aims to restore market balance** and **the second phase to build improved competitiveness**. The main feature of this variant would be EU support for structural adjustment via the **temporary revitalisation of the grubbing-up scheme**, which would thus provide a strong incentive for uncompetitive producers to stop producing by means of attractive premia. The system of **restrictions on planting rights would be extended until 31 December 2013**, when it would expire.

Variants A and B would, however, share a large number of common features:

- **abolition of all market measures;**
- **creation of a national envelope** enabling Member States to choose, according to their preference, from a given menu of measures (various crisis management measures, green harvest and the vineyard restructuring/conversion scheme);
- **transfer of funds from the wine CMO to the European Agricultural Fund for Rural Development** (EAFRD) in order to finance structural measures;
- **rationalisation and simplification of so-called regulatory measures** (quality policy & geographical indications (GIs), labelling and wine-making practices (WMPs));
- **new approach to wine enrichment** (banning of sucrose, abolition of aid for concentrated must, reduction of the maximum level of enrichment);
- strengthening of **wine promotion** and **information policy;**
- enforcement of **minimum environmental requirements** for the wine sector

Table 1 summarises the various impacts of the different policy options analysed in the 2006 communication.

Table 1: Summary table comparing the impacts of the options

SUMMARY	Option 1: Improved status quo	Option 2: Profound reform of the CMO	Option 3: Reform along CAP reform lines	Option 4: Deregulation
IMPACTS				
Market balance	Increasing surplus	Smoothest achievement of balance	Increasing surplus in the short and mid term Market equilibrium in the long term	Increasing surplus in the short and mid term Market equilibrium in the long term
Prices	Sharp decrease due to unsustainability of the system	Decrease in the short term Recovery after achievement of balance	Sharp decrease in the short and mid term Recovery after achievement of balance	Very sharp decrease in the short and mid term Recovery after achievement of balance
Agricultural incomes	Progressive decrease due to unsustainability of the system	Decrease in the short term Recovery after achievement of balance	Decrease in the mid term Recovery after achievement of balance No safety net mechanism	Very sharp decrease in the short and mid term Recovery after achievement of balance No safety net mechanism
Competitiveness	No improvement	Rapid improvement through economic sustainability and improved regulatory measures allowing flexibility and innovation	Improvement in the long run through economic sustainability and improved regulatory measures allowing flexibility and innovation	Strong improvement in the long run through economic sustainability, freedom to farm and improved regulatory measures allowing flexibility and innovation
Economic and social impacts on rural areas	Progressive deterioration due to unsustainability of the system	Improvement due to smooth achievement of economic sustainability	Risks due to heavy restructuring needs	Important risks due to heavy restructuring needs and possible production shifts between regions
Environment	No improvement	No easy solution to apply cross-compliance on all vine area Shifts to RD can be used to encourage more environmentally-friendly measures	Direct applicability of general cross compliance	Very difficult to apply cross-compliance No available funds to encourage more environmentally-friendly measures
Trade WTO compatible	Different measures potentially under attack	Most problems solved	Most problems solved	Most problems solved
Wine quality	Neutral	Increase through better market orientation	Increase through better market orientation	Increase through better market orientation
Health / consumer	No improvement	Stop to unacceptable support to distillation into potable alcohol Labelling rules more transparent and consumer oriented	Stop to unacceptable support to distillation into potable alcohol Labelling rules more transparent and consumer oriented	Stop to unacceptable support to distillation into potable alcohol Labelling rules more transparent and consumer oriented
Budget	Increasing pressure	Neutral	Neutral	Possibility of savings
Subsidiarity	No improvement	Much more flexibility with national envelope and increased RD funds	Flexibility in the implementation of the SPS	Possibly more flexibility via shift to RD
Simplification, applicability controllability	No improvement	Moderate simplification	Strong simplification, but specific operational difficulties in implementing SPS in wine sector	Most problem solved

4.2.2. *Legislative proposal*

The legislative proposal is broadly based on the "profound reform" option, and more precisely on its Variant B examined in the communication of June 2006, which it has taken a stage further. The "two-steps" variant was preferred to the "one-step" variant for the following reasons:

- the immediate abolition of the planting rights system would present short-term risks of market disruption, since some producers would be able to expand their production before the market surplus is absorbed, thus slowing down the adjustment of the sector. In this sense, variant B provides for a transitional period before the full application of the reform, which allows to restore market balance via a softer adjustment of the sector to a more competitive regime; uncompetitive producers would be offered a way out to leave their activity in socially honourable conditions, thereby making room on the market for competitive operators;
- variant B ensures a longer time frame for the depreciation of planting rights detained by vine-growers, whose acquisition might have represented a costly investment.

The main new elements of the current proposals compared to the "profound reform" option of the 2006 communication are:

- **reduction of scope of the grubbing-up scheme** (from 400 000 to 200 000 ha) and possibility for Member States to **exempt a part of the territory** from the application of the scheme, based on environmental considerations.
  The reduction of scope is partly justified by the slight improvement of the wine market outlook (see section 5.1), but is mainly due to an evolution of the proposal, which now decidedly aims at expanding the commercial outlets of EU wine, rather than only shrinking the wine supply;
- **making the vine area eligible for the Single Payment Scheme (SPS)** (even though this does not involve the creation of new SPS entitlements attached to it).
  This measure would allow producers to activate, on vine land, SPS entitlements that they have at their disposal or they may acquire. It would introduce an important element of the CAP reform option into the proposal (option 3 of the communication);
- special emphasis on measures for the **promotion** of European wine on non-EU markets via the national envelope and on **information** campaigns on responsible and moderate wine consumption on the EU market.

5. ANALYSIS OF IMPACTS (STATUS QUO VS. LEGISLATIVE PROPOSAL)

The following analysis will summarise, adapt and, if necessary, deepen the analysis of the original impact assessment, by focusing in particular on the new aspects introduced by the legislative proposal. The overall impacts will be compared with those of the reference scenario, i.e. the "no reform" option.

5.1. Economic impact

The starting point for the assessment of the economic impact of the legislative proposal is the most recent DG AGRI mid-term outlook for the EU-27 wine sector to 2011/2012 (*see Annex 1)*. This forecast updates the results of a similar exercise conducted as part of the previous impact assessment.

According to this revised outlook, assuming an unchanged CMO, the **wine surplus** in an "average" year will reach, in the status quo scenario, 24.8 million hl (13.9% of production), or **12.8 million hl (7.2% of production)** excluding wine destined to the potable alcohol sector and distilled with the Community aid. Compared to the outlook exercise conducted in 2006, the forecast is slightly less pessimistic, thanks to the recent improvement in the outlook for the wine trade balance.

5.1.1. Market balance

No reform

Given the results of the DG AGRI mid-term outlook, **the no-reform scenario is clearly not sustainable** from an economic point of view, despite the slight downward revision of the forecast market surplus.

Commission proposal

Compared to the status quo, the following proposed measures have a positive effect on the market balance of the wine sector:

- **Abolition of market measures** (distillations, must aids and private storage)
  This is a fundamental measure to achieve **equilibrium in the wine market,** after a period of structural adjustment, since it removes all the economic incentives for producers that led to the current situation of overproduction.
  However, **in the short term**, the abolition of some market tools supporting the use of wine production, such as potable alcohol distillation, could cause **a greater imbalance in the wine market**. In particular, ending support for distillation into potable alcohol would make EU wine alcohol less competitive in the alcoholic beverages market, leading to an overall reduction in the production of domestic wine-based spirits. As a result, less EU table wine would be withdrawn to supply this outlet, thereby creating an additional surplus on the wine market. This additional annual surplus is quantified at about **4 million hl** (see section 5.1.4). Lastly, abolishing Community aid for the distillation of wine by-products, while maintaining the ban on over-pressing grapes, would have no impact on overall wine production.

- **New provisions on wine enrichment** (abolition of must aid and ban on the use of sucrose)
  Ending the aid for must would certainly stop the recent trend towards the artificial expansion of enrichment in countries or regions, mainly in Southern Europe, where enrichment has not been traditionally practised. Furthermore, **the ban on the use of sucrose** in central and northern European countries would entail replacing beet sugar with concentrated grape must. This could contribute to a significant improvement in the market balance. According to a rough estimate based on available data[9], **the replacement of sucrose with concentrated grape must could immediately increase the outlets for grape must by 3.7 million hl** every year.

- Revitalisation of the policy of **permanent abandonment**
  This measure has an **immediate and durable positive effect on the wine market balance**,

9 According to internal estimates, almost 80 000 tonnes of sucrose are used in the EU-27 to enrich 25 million hl wine.

because it directly reduces production potential and, therefore, wine production. However, the decrease in production is probably less than proportional to the area abandoned, since it is primarily vineyards with low yields that are expected to be grubbed-up. Under the same yield assumption as that used in the original impact assessment, the grubbing-up of 200 000 ha of vineyard could reduce the annual wine surplus by approximately **7.5 million hl** over five years.

- Increased funds for **rural development** policy
  Some of the measures eligible for the RD programmes could play an important role in enhancing the restructuring of the sector and promoting better market orientation of production (e.g. early retirement of vine-growers, agri-environmental measures). As indicated in the previous impact assessment, these measures could contribute to reducing the surplus by about **1 million hl** per year in the initial years of the reform.

- Innovative labelling provisions, support for the **promotion** of EU wines on non-EU markets and **internal information scheme**
  Unlike the foregoing instruments, the aim of which is to contain wine production, these measures act on the demand side, helping to **expand the commercial outlets for EU wine** by improving its image, and therefore its competitiveness (*see section 5.1.3*). First of all, the reformed labelling framework will enhance new outlets for EU wines, for example by allowing the large-scale production and marketing of the so-called "vins de cépage". In addition, external promotion is expected to be the key measure that will enable the wine sector to **recover lost markets and win new ones worldwide**. On top of that, the internal information scheme could contribute to informing EU consumers about the domestic wine quality policy, which might reasonably persuade them to turn their preferences increasingly to European wines rather than to competing wines. The recent boom of new world wines has shown the importance of the promotion policy as the key for a successful marketing of wines worldwide. Given the wide scope of these measures and the considerable resources invested, we can expect them to gradually increase the outlets for EU wine by at least **3 million hl** within two years.

- Financial support for **green harvesting**
  In the **short-term**, this measure, which is included in the national envelopes, generates a **positive effect on the wine market balance** by removing part of the grape production before this comes to maturation. The quantity of potential wine production taken off the market depends on the scale of the action, which in turn depends on the size of the likely surplus. This instrument is therefore very flexible and could be modulated year by year according to the needs of the situation. On the basis of the financial resources allocated via the national envelopes, it is reasonable to believe that in a single year potentially at least **2-3 million hl** of wine production could be removed through this instrument.

In conclusion, the introduction of policy instruments aimed, on the one hand, at reducing production potential and encouraging restructuring and, on the other hand, at boosting the demand for EU wine will ensure a smooth transition in the short term. They will **accompany the process of structural adjustment** of the sector, thus alleviating the adverse short-term effects linked to the abolition of market measures.

In any event, the abolition of the market measures represents in economic terms the guarantee for the wine sector to reach **structural market equilibrium in the long term**.

At the end of the first phase of the reform, the market balance is expected to be virtually restored; therefore, the ban on new plantings could be lifted without the risk of this affecting the equilibrium.

5.1.2. Prices

No reform

The forecast of rising surpluses in the mid-term outlook for the wine sector will generate increasing pressure on Community intervention measures and on the corresponding budget. **In the long run**, it will therefore be increasingly difficult to clear the growing wine stocks rapidly and effectively using market tools. Recurrent crises would lead to a **progressive decline in prices and, consequently, in farm incomes**.

The **short-term** impact of the status quo scenario on wine prices can be simulated using the same methodology as the original impact assessment, in particular by linking price trends to the forecast development of wine stocks, but based on the updated figures from the mid-term outlook. Any conjunctural effect will again be left aside, as "average" conditions are assumed for each year.

In short, on the basis of the new mid-term outlook, the structural surplus generated by the wine market in a "normal" year would be **12.8 million hl** (excluding the volume of wine distilled under the potable alcohol distillation scheme). In a "status quo" scenario, this surplus could be partly removed by a combination of dual-purpose grape distillation (**2 million hl**) and crisis distillation (**4 million hl on average**); the remaining volume would accumulate in the form of additional wine stocks.

Hence, **the surplus generated by the wine market** would lead on average to an annual increase in stocks of **6.8 million hl** (12.8 – 2 – 4 million hl).

Subject to those assumptions, it is possible to give a rough idea of the scale of the impact on table wine prices through simple regression analysis, in which the average annual prices of table wine in the EU are related to the level of wine stocks over the period 2000–2006 (more details on regression analysis can be found in Annex 2).

The annual price data for the EU are calculated as the weighted average of the annual table wine price in France, Italy and Spain, where those annual prices are calculated respectively as the average of the weekly quoted price.

On the basis of the statistical relationship between table wine prices and total wine stocks, and assuming the level of stocks in "year 0" of the reform to be equal to the average for the period 2000–2006, **the decrease in average wine prices** resulting from an **increase in stocks of 6.8 million hl** is estimated to be about **5%**.

After a further increase of 6.8 million hl in wine stocks the following year, the price decrease, compared to the initial value at the beginning of the "year 0", would be around **11%.**

In the context of a general fall in prices, table wines would probably be the most affected, since they are the main beneficiaries of distillation measures, but it seems unlikely that the quality wines sector could be spared from the downward trend in prices.

Commission proposal

Long-term impacts

The long-term wine market equilibrium achieved by the reformed wine CMO can be expected to be mainly accomplished by production falling into line with demand, rather than through a downwards adjustment of wine market prices. For those reasons, **prices** (and therefore agricultural incomes) **would reach satisfactory levels** and could be comparable to those in the best years under the existing CMO, when the surplus recorded (excluding wine distilled under the potable alcohol distillation scheme) was close to zero. In this situation of market balance, the conditions for abolishing the ban on new plantings would finally be met.

Conjunctural problems linked to occasional surpluses generated by exceptionally abundant harvests could be tackled through crisis management measures within the national envelope.

Short-term impacts

The ending of all market measures would mean that the **production surplus** of a "normal" year**, i.e. 12.8 million hl**, could not be physically removed from the market through specific distillation measures, but **would invariably accumulate as additional stocks**, which would have the effect of depressing prices. Besides, as indicated in 5.1.4, abolishing potable alcohol distillation could further worsen the wine market balance by **4 million hl** in the short term.

On the other hand, the various policy tools described in section 5.1.1 would accelerate the adjustment of production and the reduction of surpluses, thereby diminishing the accumulation of wine stocks. The effect of these tools according to the assumptions made under 5.1.1 is the following:

- the **ban on chaptalisation**, entailing the replacement of beet sugar by concentrated grape musts, would lead to a reduction of **3.7 million hl** in total wine production;
- the revitalisation of the **policy of permanent abandonment** would allow the abandonment of 60 000 ha of vineyards in the first year of the reform and of 50 000 ha in the second year, which would correspond to reducing the wine surplus by **2.3 million hl** and **1.9 million hl** respectively;
- the **other structural measures** under the second pillar reduce this surplus by a further **1 million hl** per year;
- the opportunities created by the **new GIs and labelling framework** and the new **promotion and information policy** are expected to increase the outlets for EU wine by **1.5 million hl** per year in the first two years;
- green harvesting would be likely to be applied in years with large surpluses and could thus remove **2 million hl** of wine from the market in the first year and **1 million hl** in the second year.

Under these assumptions, **the surplus generated by the wine** market in the first year after reform would lead on average to an increase in stocks of **6.3 million hl** (12.8 + 4 – 3.7 – 2.3 – 1 – 1.5 – 2 million). In the second year of the reform, wine stocks would continue to increase, but "only" by **2.9 million hl** (12.8 + 4 –3.7 – (2.3 + 1.9) – (1+1) – (1.5+1.5) –1 million).

On the basis of the same regression analysis conducted for the no-reform scenario, i.e. relating table wine prices to total wine stocks, **the decrease in the average table wine prices resulting from the trend in stocks is estimated at 5% in the first year and at 7% after two years.**

Therefore, prices would be roughly equal to those of the status quo scenario **in the first year**, but would already be more favourable starting from **the second year**, with **prospects of a rapid and full recovery** afterwards, given the favourable trend in stocks.

Again, **table wines would probably be the most affected by the drop in prices**, but **quality wines would probably be affected by the general downward trend too**.

5.1.3. Competitiveness

No reform

As the impact assessment annexed to the June 2006 communication showed, the increasing erosion of the market share of EU wines relative to competing wines, both on the domestic and on the export markets, indicates a **worrying loss of competitiveness** of our wine sector, particularly in the low and medium-quality segment. The CMO has not helped to improve this situation, which would probably become even worse without a resolute change of policy.

Commission proposal

The following measures, contained in the proposed legislation, would contribute significantly to improving the competitiveness of the EU wine sector:

- ending market measures would encourage **structural adjustment** in the wine sector, prompting uncompetitive holdings - whose production is currently mostly intended for distillation - to abandon the activity. The overall competitiveness of the sector would thereby increase;
- the revitalised grubbing-up programme and the strengthened rural development dimension would facilitate structural adjustment and help to **increase the average size of wine holdings** in the EU;
- confirming the restructuring programme and strengthening rural development measures would permit **continued modernisation** of vineyards, thus contributing to **greater cost-effectiveness and better market orientation** of EU wine production;
- the **vigorous information and promotion policy** proposed by the Commission would underpin ambitious marketing strategies, which should enable the EU wine sector to regain its lead position on the world stage, and eventually exploit the new opportunities provided by the emerging markets. Besides, increased funds for the internal information campaigns could contribute to better informing consumers about EU quality policy, thus improving the image of EU wines, and about the beneficial effects on health of responsible and moderate wine consumption;
- more flexibility in the procedure for approving new wine-making practices (WMPs) would increase the **scope for innovative techniques**. The possibility of authorising specific WMPs for export only would allow EU producers to operate on the world market under conditions of equal opportunity with non-EU competitors;

- simplifying the GI system and the labelling provisions would **increase transparency for the consumer**. Moreover, greater flexibility in the regulatory framework would provide **new marketing opportunities** for EU wines: for example, allowing the wine variety and vintage year to be indicated for wine without GI would enhance the expansion of the “vins de cépage” segment, which has been one of the key factors in the recent overwhelming success of some non-EU wines;
- the **abolition of the planting rights system,** from 2014 onwards, would provide for the possibility to expand the vine area without restrictions, thus allowing to the most efficient producers to **optimise the size of their holdings and operate at the most convenient production scale**; however, the rules regulating the access to GIs and protected denominations would de facto partly restrict the area eligible for protected designations.

As to the proposals on **enrichment**, although **this practice is nearly always economically profitable for producers** (even with unsubsidised concentrated musts) the **abolition of the aid to concentrated musts** and the ban on the use of sucrose would lead to an **increase in production costs** compared to the current situation. The cost increase would depend on the price category of the enriched wine and it would be highest for low-priced table wines. For this category of wines, it is estimated that **production costs** may grow by about **10%** in the case of **producers currently enriching wine with sucrose** and by **20%** for those currently **enriching with subsidised concentrated must**.

5.1.4. Economic impact on the potable alcohol sector

No reform

Under the existing CMO, the distillation scheme for potable alcohol allows distillers to purchase wine alcohol at below the market price, thus allowing their production costs to be comparable to those of other spirit drinks. The net price paid by distillers to purchase their wine is €0.737/%vol/hl, which is equal to the difference between the distillation aid (€1.751/%vol/hl) and the minimum price to be paid to the producer (€2.488/%vol/hl).

Commission proposal

The abolition of subsidies on potable alcohol distillation would oblige distillers to **purchase table wine at market prices**, which currently stand at about €2/%vol/hl. Given the short-term price reduction (see section 5.1.2) and taking into account that wines with the lowest quality are used, ultimately distillers will probably have to pay approximately **€1/%vol/hl more** for their raw material than they do at present.

This corresponds to an increase in production costs of **€0.4 per litre of brandy (40 %vol.)** and of the order of **€0.15 per litre of fortified wines**, depending on the method of production, which is based on the addition of wine alcohol.

Theoretically, this cost increase could either be transferred to consumers via an increase in the price of the final product, or lead distillers and the other actors in the market chain to accept a reduction of their margins.

In this respect, it is important to mention that the retail price of brandy also reflects the level of **taxes and excise duties**. Excise duties on alcohol vary considerably from one MS to the other, but are generally quite high on spirits. In the case of brandies, for example, excise duties range from €6.45/%vol/hl in Italy (corresponding to €2.58/litre) to €55.19/%vol/hl in Sweden (or €22.08/litre). Finally, the industrial price of brandy is very small compared to the retail price.

Therefore, the adjustment occurring after the increase in wine alcohol costs will most probably consist in a corresponding price increase of the final products.

Finally, given that the retail price of a one-litre bottle of brandy, even in countries with a low level of excise duties, is usually about €10, **the impact of the production cost increase on the price of brandy will be relatively limited** (normally less than 5%). For fortified wines, the corresponding percentage increase in the retail price will also depend on the price segment of the wine, but it would normally be even lower than for brandy, because their alcoholic strength is lower.

While it is likely that, for a part of the market, in particular high-quality products, demand will not be significantly reduced by a small price increase, this may be different for lower-quality products, since EU wine alcohol loses competitiveness in the alcoholic beverages market (compared with both alcohol produced from other raw materials and wine alcohol that could potentially be produced in non-EU countries). Studies analysing the response of brandy consumption to the increase of excises suggest that the demand for this spirit drink might have quite a high price elasticity. Therefore, a non negligible **drop in the consumption of wine alcohol** may happen, despite the small size of the cost increase. On the basis of a qualitative judgement, the additional surplus on the wine market is put, as in the original impact assessment, at about **4 million hl**.

5.2. Social impact

5.2.1. Agricultural incomes

No reform

As mentioned in section 5.1.2, the **long-term** deterioration of prices, due to the gradual accumulation of wine surpluses, will lead to a significant worsening of farm incomes in the wine sector.

In the **short term,** the impact of the status quo scenario on incomes can be simulated applying the same method as that used in the original impact assessment, based on information from the Farm Accountancy Data Network (FADN). In particular, seven "model farms" were built to represent the most typical wine producers in five of the largest wine-producing EU regions (Poitou-Charentes and Languedoc-Roussillon in France, Puglia and Sicily in Italy and Castilla-La Mancha in Spain). The possibility to enlarge the scope of the analysis to more regions is limited by the small size of FADN sample of wine holdings. The analysis focuses mainly on table wine producers, since they are the main beneficiaries of the market measures and therefore most affected by an unfavourable market situation.

For each of these “model farms”, the farm income was simulated for three consecutive years, by applying the drop in wine price calculated under 5.1.2. The **income indicator** used for the analysis, which is the most common for agricultural activity, is the **Farm Net Value Added per Annual Work Unit (FNVA[10]/AWU)**.

The FNVA/AWU of the table wine model farms in "year 0" is quite low (less than €10 000) in all the regions considered, except in the Poitou-Charentes region, where the income of wine farmers is boosted by the production of Cognac.

The results of this simulation exercise indicate that the **price decrease would have a significant impact on agricultural incomes** which, after one year, would fall by between **5% for non-specialised table wine producers in Sicily and 17% for specialist table wine producers in Languedoc-Roussillon. After two years, agricultural incomes in those two regions would decline by 10% and 38% respectively.**

Due to its static nature (unchanged farm features and constant cost structure), this method tends to overestimate the fall in income, because it does not consider any economic adjustments by the farms.

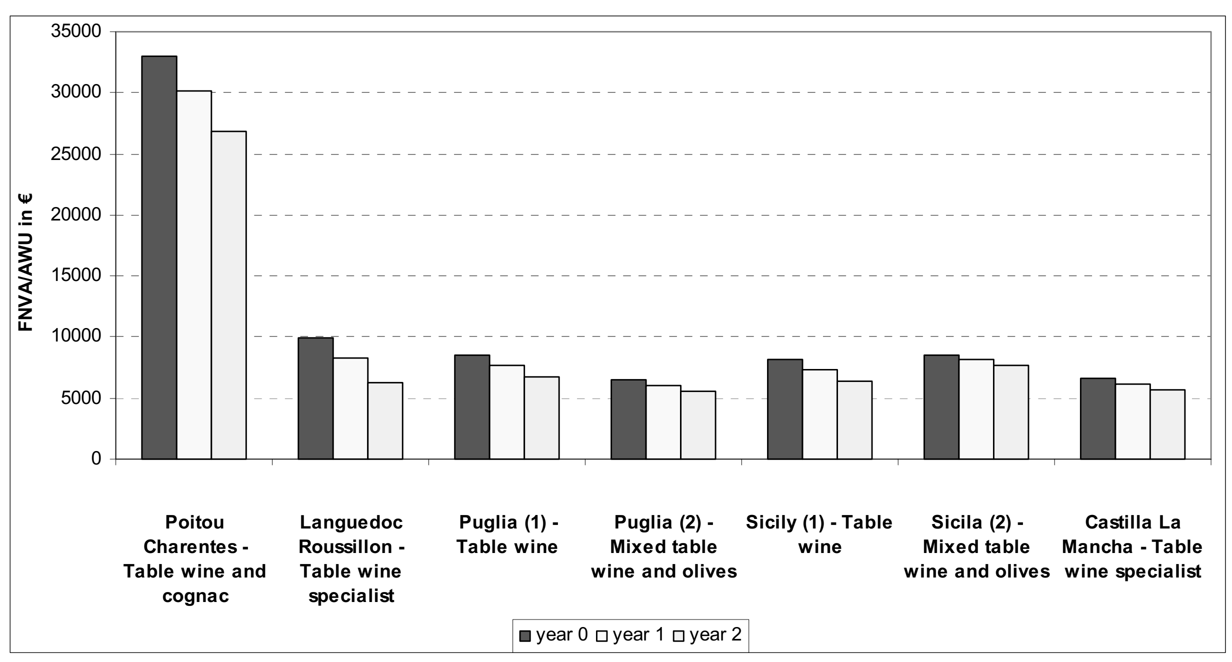
The sharper fall in income in Languedoc-Roussillon is due to the higher degree of specialisation of farms, which makes them completely dependent on the wine market situation. Moreover, despite being currently more profitable than their Italian and Spanish counterparts, French producers have higher production costs and a higher ratio of costs to revenue, so that even a small decrease in price could lead to negative margins.

By contrast, farmers in Southern Italy and in Castilla-La Mancha, despite the loss of income, manage to maintain a certain profitability thanks to their low-input production system.

---

10 **Farm net value added** = Total farm output + Balance current subsidies and taxes – Intermediate consumption – Depreciation.

Graph 1: Trend in FNVA/AWU of seven typical wine farms in five EU regions in the no reform scenario



Source: DG AGRI – FADN (and DG AGRI projections)

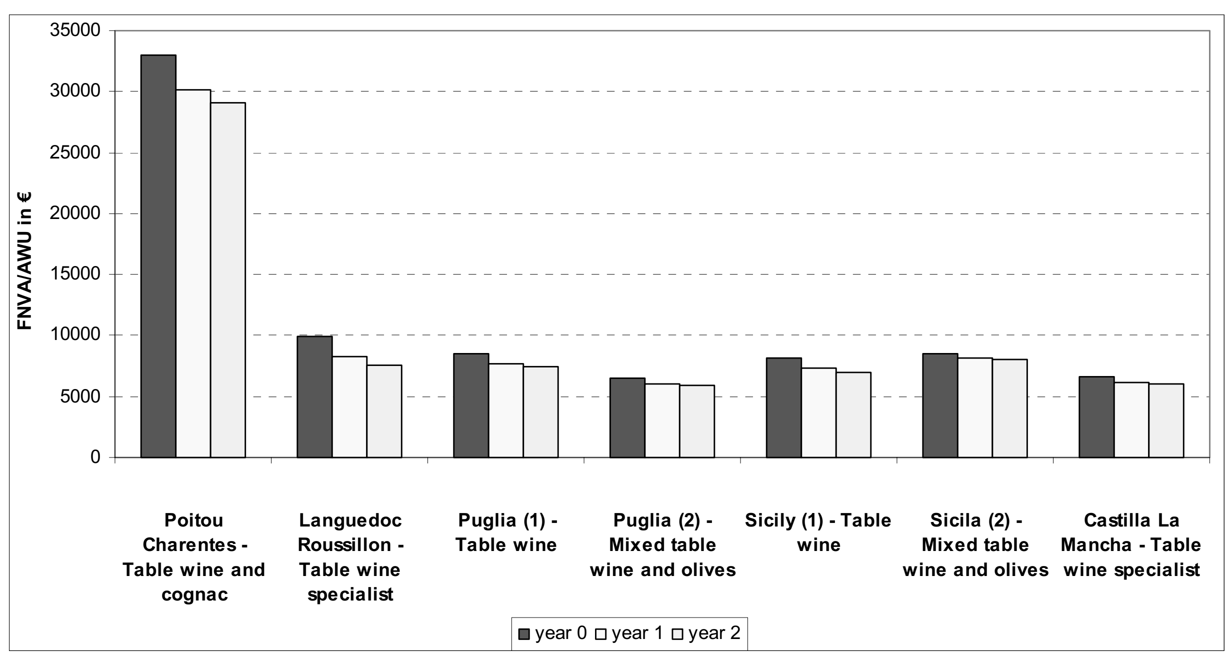
Commission proposal

As mentioned under 5.1.2, wine market equilibrium achieved by the reformed wine CMO **in the long term** will contribute to the stabilisation of prices, and consequently to a **considerable improvement of agricultural incomes**.

The **short-term** impact of the Commission proposal on farm incomes is estimated using the same method as that used in the no reform scenario.

Following the same static approach, which assumes unchanged farm features, and in particular a constant cost structure, the results of this simulation exercise indicate that the price decrease would have a **quite significant impact on agricultural incomes**, which would fall, after the first year, by between **5% for non-specialised table wine producers in Sicily and 17% for table wine specialists in Languedoc-Roussillon**. **After two years, agricultural incomes in those two regions would decline by 6% and 24% respectively.**

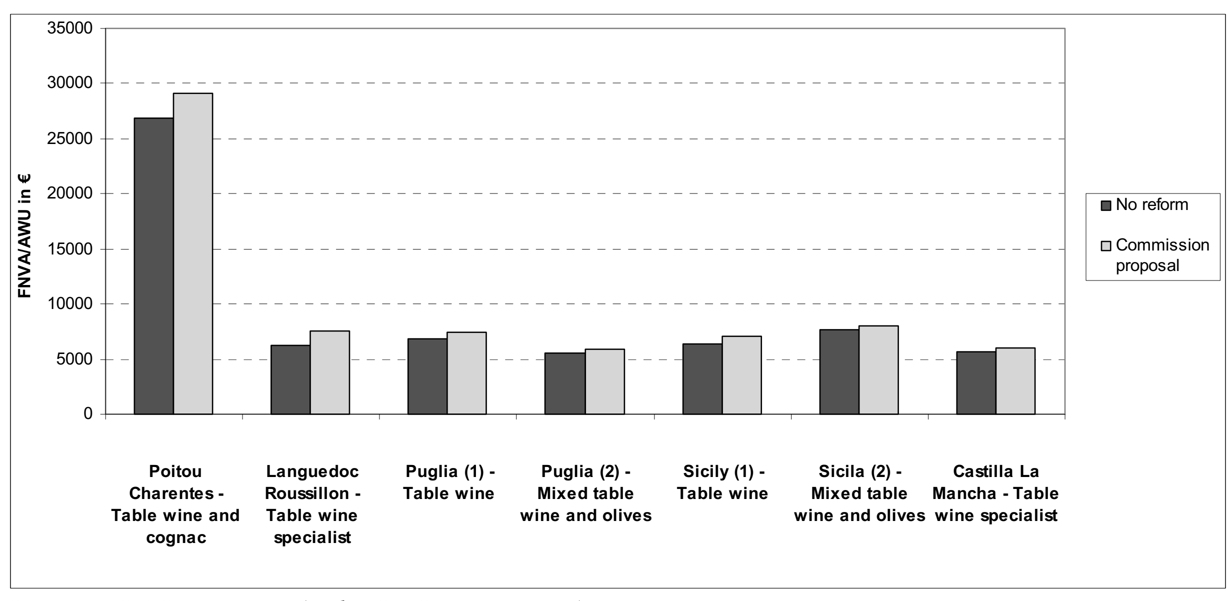
Graph 2: Trend in FNVA/AWU of seven typical wine farms in five EU regions before and after the implementation of the reform



Source: DG AGRI – FADN (and DG AGRI projections)

Like in the case of the impact on prices (section 5.1.2), the level of income **in the first year** would be equal to that in the status quo scenario, but would be higher from **the second year onwards**.

Graph 3: FNVA/AWU of seven typical wine farms in five EU regions in the second year after the reform – comparison between status quo and the reform scenarios



Source: DG AGRI – FADN (and DG AGRI projections)

Therefore, the merit of the reform proposed by the Commission is that it **reduces, even in the short term, the level of the income loss** compared to the no reform option.

Apart from the analysis of vine-growers' income, the impact on the **income of agricultural holdings leaving the wine sector** should also be mentioned. In this respect, the grubbing-up scheme and, eventually as a last option, increased funds for early retirement measures under rural development could provide **adequate support for non-competitive or older vine-growers**, thus enabling them to **leave the activity honourably**. This is particularly important given that, after the reform, wine producers will be confronted with **much more demanding conditions in terms of market competition**, and at the same time the sector is characterised by a **high proportion of older farmers** (according to the Eurostat Farm Structure Survey, 62% of them are aged 55 and over).

On the basis of the level of the premium proposed in the first year of the reform, the grubbing-up scheme would provide uncompetitive producers with a sum of money per hectare that is equivalent to the margin from several years of vine-growing. Naturally, the exact number of years depends on the individual profitability of producers and, on average, this differs considerably from one wine region to the other, **varying between 1.3 and 6 years of the margin** derived from the corresponding number of abandoned hectares.

On the other hand, linking the grubbing-up of vineyards with the granting of SPS entitlements could provide **viable alternatives to farmers intending to convert their production** to other agricultural activities, by **avoiding them being penalised** in relation to other producers who enjoy historical payment rights.

5.2.2. Agricultural employment

Introduction: analysis and trends of agricultural employment in the wine sector

Vine-growing and wine production play an important role in the level of activity and employment in rural areas of many Member States and their regions.

In 2005 there were about **1.3 million holdings with vineyards** for wine production[11] in the EU-25, representing more than **20% of all EU farms**.

Those farms absorbed about **1.4 million Annual Work Units (AWU)**, which corresponds to more than **20% of the total AWU employed in EU agriculture**. The family labour force is still very prevalent, but there is also considerable employment of regular non-family labour in some regions. Alongside the permanent jobs, there is also seasonal employment in the harvest. Italy employed the highest number, with 455 000 AWU (33% of the EU-25 total), followed by Portugal with 227 000 units (17%). Together, these two countries account for half of the total labour force employed in vineyards. Employment is also significant in France (13%), Spain (11%) and Greece (10%). Hence, the Mediterranean countries employ 84% of the total labour force used on holdings with vineyards.

---

[11] Eurostat, Farm Structure Survey 2005.

However, it is not easy to determine the exact number of working units actually given over to the vine-growing activity, since holdings with vineyards might have mixed production, with the alternative crops being possibly even more important economically than wine. Therefore, the abovementioned data overestimate the employment related to pure vine-growing.

In 2005 **specialised wine farms**[12], for which vine-growing is the most important agricultural activity, numbered only about **500 000** and employed less than **500 000 AWU**. They represent roughly one third of all wine holdings and of the total labour force respectively, but account for 70% of the area under vines. These holdings and the workers on them are the most dependent on vine-growing, although this activity is not necessarily the sole activity in their case either. On the other hand, focusing only on this category of holdings would be to completely neglect the importance of vine-growing as a complementary economic activity in non-specialised wine farms.

Another (more theoretical) approach to the determination of total employment involved in vine-growing is to calculate it using a technical coefficient of labour input per hectare of vine area. According to some Eurostat estimates[13], based on a sample of purely vine-growing holdings, the labour force necessary to cultivate 1 ha of vineyards is 0.19 AWU. By this calculation method, the working units corresponding to the 3.4 million hectares of vineyards in the EU-25 would be about 640 000 AWU.

Although in 2005 **Romania and Bulgaria** were yet not members of the EU, Eurostat data from the 2005 Farm Structure Survey show that the wine sector of these two countries has very particular characteristics, which make them very different even by comparison with the other wine-producing Member States that joined the EU in 2004. Bulgaria and especially Romania have an **extremely large number of holdings with vineyards** (about 1.1 million, of which almost 90% are in Romania), employing a **huge agricultural labour force** (about 150 000 AWU in Bulgaria and 700 000 in Romania). These figures are remarkable, particularly in relation to the **relatively limited extent of the area under vines** in the two new Member States, and can be explained by the particularly **small and fragmented structure of vine-growing holdings** (0.36 ha vineyards per farm in Bulgaria and 0.17 ha in Romania) and the **highly inefficient use of labour** (3 and 4 AWU per hectare vineyard respectively). Furthermore, less than 10% of Bulgarian and Romanian holdings with vineyards are specialised in vine-growing, whereas the figure for the rest of the EU is 35%. Finally, Eurostat data indicate that a large part of the wine production is intended for **family consumption only**. All these elements demonstrate that a large part of the Bulgarian and Romanian wine sector is far from competitive.

Looking at the evolution of agricultural holdings with vineyards over time, the time series of the results from the Farm Structure Survey for the EU[14] since 1990 shows a **dramatic drop in the number of holdings with vineyards** (from 2.1 million in 1990 to 1.1 million in 2005, corresponding to a fall of 48% over the whole period or to -4.3% on average per year) **and in the corresponding level of employment** (from 2.1 to 1.2 million AWU, that is -45% or -3.9% per

---

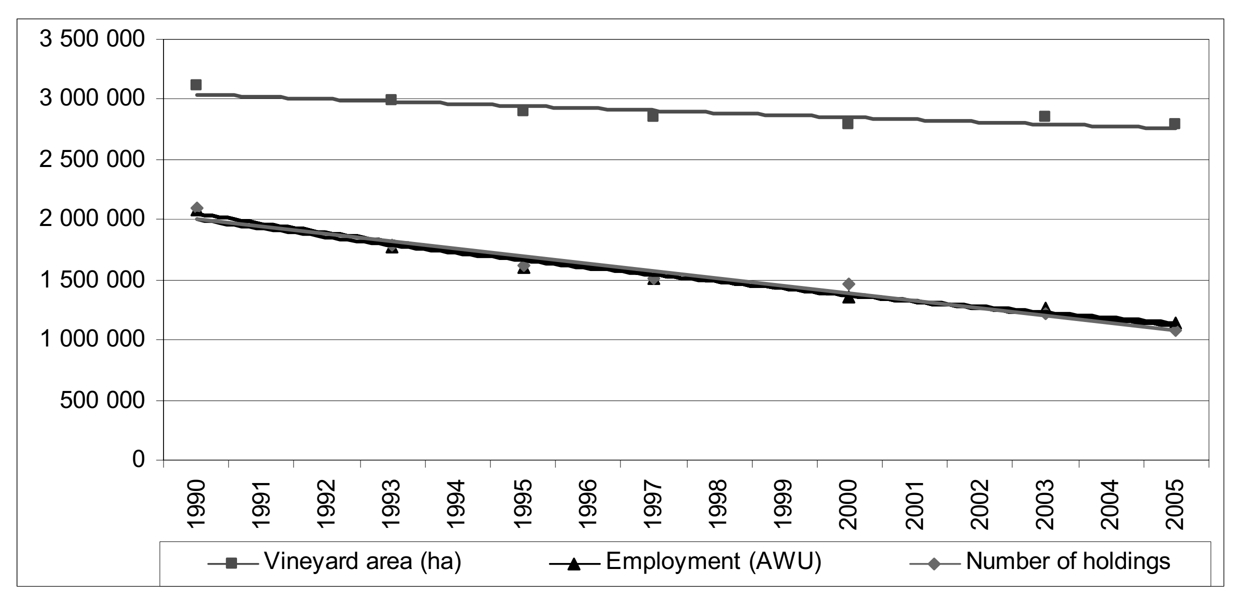
12 Specialised wine farms are holdings which derive more than two-thirds of their total Standard Gross Margin (SGM) from vines. The SGM of a plant crop is defined as the value of one hectare's production minus the cost of the variable inputs needed to obtain that production and is calculated as an average at regional level.

13 Eurostat, Agricultural statistics – Quarterly bulletin (Special issue: Farm Structure Survey 2003), May 2005.

14 The EU total is calculated only on wine-producing Member States of the EU-12 for which complete information from Farm Structure Survey is available over the period 1990-2005, that is France, Italy, Spain, Portugal, Greece, Luxembourg, United Kingdom. Germany is therefore excluded.

year). On the other hand, **the decline in the vineyard area** between 1990 and 2005 **was more modest** and amounted to 10%, or 0.7% per year.

Graph 4: Trend in the number of holdings, vineyard area and agricultural employment in holdings with vineyards in the EU[14] in the period 1990 to 2005



Source: Eurostat, Farm Structure Survey

On the basis of these trends, it can be concluded that holdings with vineyards have been systematically employing, on average, about 1 AWU since 1990, regardless of their average vine area. On the other hand, the **average vine area per farm has been continuously increasing** over time (from 1.49 in 1990 to 2.57 ha in 2005) and the **labour force per hectare of vineyard has been constantly falling** (from 0.67 AWU/ha to 0.41 over the same period).

These results are a clear indication of a **longstanding and profound restructuring process** that is taking place in the European wine sector, leading to an **expansion of the average farm size** and a **rationalisation of the labour input**, within the context of a **slight reduction of vine areas**.

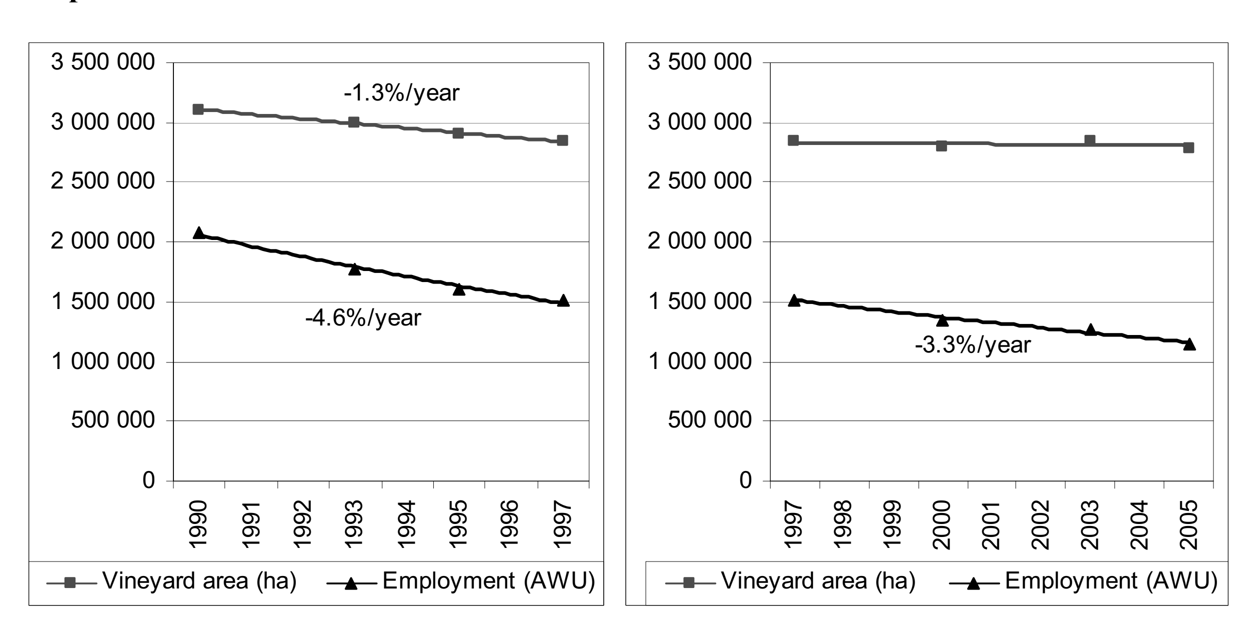
Against this general background, it is useful to compare the trend of employment in holdings with vineyards during two different periods:

- the first period, from 1990 to 1997, during which the Community applied a vigorous approach to tackling the problem of wine overproduction by means of a policy creating incentives for the permanent abandonment of vine area. In that period, an average of around 53 000 ha of vineyards were grubbed-up yearly with a Community premium;
- the second period, between 1997 and 2005, during which, partly also because of an initial temporary improvement of the wine balance, the grubbing-up scheme was virtually stopped and, on the contrary, new planting rights were introduced following the most recent reform of the wine CMO in 1999.

In both periods, the long-term farm restructuring process mentioned above entailed a reduction of agricultural employment in the wine sector. However, between 1990 and 1997, the substantial

drop in vine area (-1.3% per year), initiated by the grubbing-up policy in those years, added to the effect of the restructuring, thus resulting in a sharper loss of jobs compared to the period post-1997, which was characterised by a substantially stable vine area.

Graph 5: Trend in vineyard area and agricultural employment in holdings with vineyards in the periods 1990 to 1997 and 1997 to 2005



Source: Eurostat, Farm Structure Survey

In short, while the yearly reduction of agricultural employment averaged about 4.6% in the period 1990-97, it amounted to only about 3.3% between 1997 and 2005.

Therefore, we can assume that a basic **3.3% yearly reduction** of agricultural employment in the wine sector is the consequence of the **general process of rationalisation** in farm structures, increasing labour efficiency and adaptation to declining wine consumption, leading to a lower need for labour input per hectare. On the other hand, the **additional drop** recorded in the years 1990-97 can be attributed for the most part to the **policy incentives to abandon part of the vine area** (grubbing-up premium). In particular, data seem to show that a 1.3% decrease in the area under vines in the period 1990-97 caused an additional drop of 1.3% in the employment level, as compared to the trend when there was no reduction in area.

Impacts: No reform

In the status quo scenario, in the absence of policy tools encouraging the reduction of the production potential the **evolution of agricultural employment** in the wine sector would probably **continue to follow the historical downwards trend** (-3.3% per year). At the same time, the most important structural problems of the sector, namely the uncompetitive nature of a large part of the production and the high average age of vine growers, would remain unsolved.

Impacts: Commission proposal

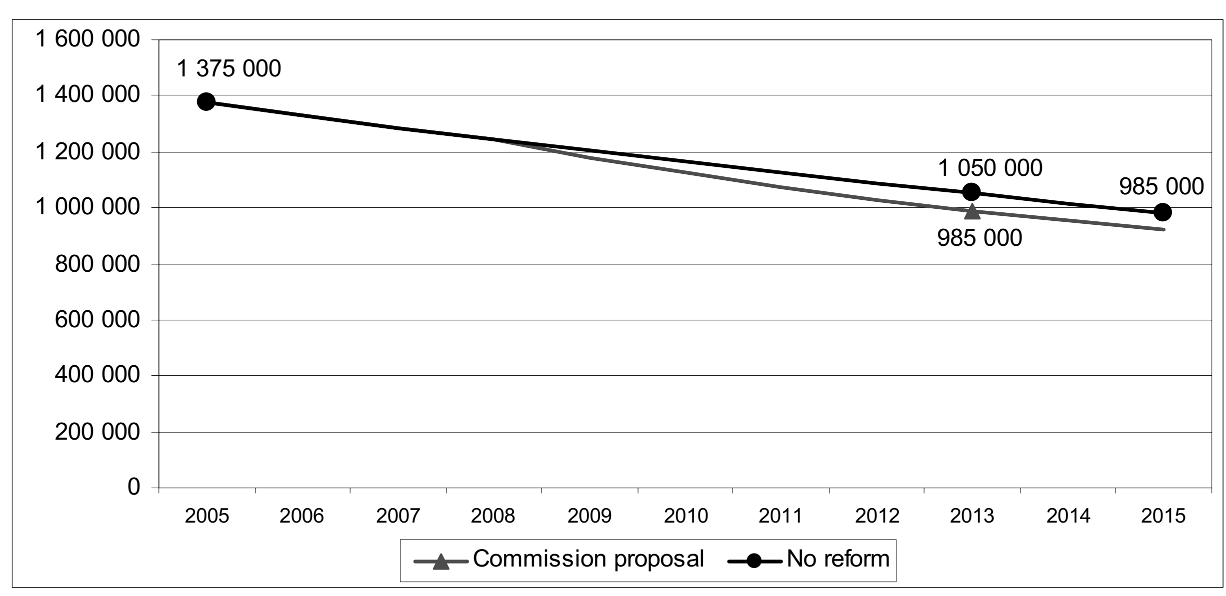
The revitalisation of the grubbing-up scheme in the first five years of application of the wine reform will bring about, along with the reduction of the cultivated vine area, a **more significant reduction of agricultural employment** in the wine sector compared to the no-reform scenario.

The corresponding percentage reduction of the total vine area is calculated on the basis of the vine area eligible for the grubbing-up premium, year on year (from 60 000 ha in 2008 to 20 000 ha in 2012). Thereafter, based on the observed relationship between the trend in vine area and the trend in employment, the percentage fall in the level of occupation in wine holdings is estimated (a 1% decline in area denotes a further 1% reduction in occupation, in addition to the normal downward trend).

In short, it is expected that in the year following the most intense grubbing-up of vineyards (2009) agricultural employment in wine farms will fall by 5.1%; this percentage will gradually decrease over the following years and go back to 3.3% after the abolition of the grubbing-up scheme.

In the following graph, the complete long-term forecast of the agricultural employment under the Commission proposal is compared with the corresponding projection for the status quo.

Graph 6: Forecast of agricultural employment (AWU) in holdings with vineyards for the EU-25 under the reform scenario compared to the status quo – 2005/2015



Source: Eurostat, Farm Structure Survey 2005 and DG AGRI projection

The graph shows that, in 2013, i.e. at the end of the 5-year grubbing-up programme, **the difference in overall employment according to the two policy scenarios is about 65 000 AWU (or 6.2%)** for the whole EU-25.

In other words, **the impact of the Commission reform proposal will be to slightly accelerate the normal long-term trend towards rationalisation in the use of the labour input and**

reduction of agricultural employment. In particular, it is interesting to observe that **the overall level of employment at the end of the transitional period of the reform (2013) equals that which would be attained two years later (2015) under the status quo scenario**.

Actions financed via the Rural Development and/or the Structural Funds (in particular the European Social Fund) should be put in place to accompany the loss of employment in the sector.

On the other hand, if we considered only the **specialised wine holdings** rather than all holdings with vineyards, the number of working units forecast for 2013, calculated according to the same methodology, would be about 355 000 in the status quo scenario and around 333 000 with the reform, giving a difference of approximately **22 000 AWU** for the EU-25.

Finally, the incentives to abandon vine area are not the only instrument determining the pace of restructuring of the wine sector, and thus the rate of the reduction in agricultural employment. On the contrary, **the speed of this development also depends on all the policy tools having an impact on the profitability** of wine farms: the less profitable the sector, the harsher the restructuring and therefore the more acute the probability of job losses.

In this sense, given that the reform proposed by the Commission increases the level of farm income in the long term and limits its reduction in the short term, compared to the status quo (see section 5.2.1), its **impact on employment would probably be further mitigated**, although it is not possible to quantify precisely this effect.

In the end, by encouraging the soft exit of farms with low profitability, the reform will generally enhance labour efficiency. This will contribute to improving **the quality and the sustainability of employment** in the sector in a context of a more balanced market situation, and will thus lay the foundations to **stabilise its overall level** in the coming years.

Given the special features of the wine sector in Bulgaria and Romania, the two new Member States were not considered in the previous analysis, as it would probably not have been appropriate to describe the likely evolution of their wine sector. On the basis of the data on farm structures it is clear that, irrespective of the reform of the wine CMO, **the wine sector in Bulgaria and Romania still has to undergo a long and deep restructuring process** before attaining a level of efficiency and competitiveness comparable to that of other EU Member States. **The EU policies all together (e.g. wine CMO, rural development, regional policy) should operate in synergy to accompany this process**, which will inevitably lead to a steady contraction of agricultural employment.

5.2.3. Employment in the wine market chain and related sectors

Introduction

The **socioeconomic dimension of vine cultivation** extends beyond the agricultural activity in the vineyards and should also take into account:

- the **production of wine** not taking place directly on the farm, i.e. in **cooperative cellars** or in **private wineries**;

- **indirect economic activities linked to wine production**: trade and marketing of wine, production of oak casks, bottles, labels, capsules, corks etc., development of wine tourism (hotels, bars, restaurants, etc.), production of spirits, distillation of wine and wine by-products.

Wine production carried out by cooperative and private wineries contributes to the economy and employment in the wine regions, since wine production generally takes place close to the area where the grape is produced, for reasons that are both technical and legal.

The other **indirect economic activities** also contribute to the rural development of wine regions, to the extent to which they are carried out within the production areas. This will mainly depend on the characteristics of the sector in the different wine regions. Given the wide range of situations, it is almost impossible to assess the socioeconomic relevance of these specific activities. However, their looser link to vine-growing suggests that the contribution of these activities in terms of the value added and employment of wine regions is more modest than the purely wine producing activity.

According to the most recent results available from the Structural Business Statistics, in 2004 there were about **76 000 persons** employed in the activity of wine production in the EU-25[15], corresponding to approximately **8 600 cooperative cellars or private wineries**. The highest number of employed persons was registered in Spain, with 23 400 units (31% of the total), followed by Italy with 16 400 units (22%) and France with 13 100 (17%). Together, these three countries represent 70% of the total labour force employed in wine-making activities outside farms. The employment level in Portugal (10%), Hungary (7%) and Germany (5%) is also significant. As for the two newest Member States, Romania employed 4 300 persons, which represents a level comparable to that of Germany and Hungary, while data for Bulgaria are not available.

As expected, employment in wine-making structures is related to the overall level of wine production in the different countries, but it also reflects the organisation of their wine market chain and their production structures.

Looking at the trend in the number of persons employed in cooperatives or wineries in the three most important wine countries (France, Italy and Spain)[16], the time series of the results from the Structural Business Statistics since 1995 shows a **substantial degree of stability in the number of workers**, or even an increase in Spain. This trend visibly contrasts with the clear declining trend registered in agricultural employment linked to vine-growing.

---

15 The total excludes Greece, due to complete data unavailability; for Luxembourg, Malta, Slovenia and the United Kingdom, data refer to years before 2004, since the most recent value is missing.

16 The analysis focused on the most representative wine-producing countries due to the incompleteness of the statistical series for other Member States.

Graph 7: Trend in the number of persons employed in the wine-making sector– 1995/2004

Source: Eurostat, Structural Business Statistics

This graph shows that the profound restructuring process affecting agricultural holdings with vineyards over recent years has concerned wine processing structures to a lesser extent. The average size of the processing units in each of the three main wine countries has varied between 6 and 9 persons during the period under review.

In fact, despite a certain tendency towards the regrouping and the merging of wine cooperatives, the overall level of employment has remained relatively stable thanks to the greater added value generated by wine processors through modernisation and extending the scope of their activities, by gradually incorporating additional tasks, e.g. wine bottling or marketing of the product.

Impacts: No reform

In the status quo scenario, **employment in the wine processing sector** and in the rest of the market chain, as well as in the wine-related sectors, is **not expected to change markedly** in the future. Nevertheless, employment may well be adversely affected if the deteriorating income situation of individual wine producers (see section 5.2.1) is passed on to cooperatives and thus forces them to restructure.

Impacts: Commission proposal

The new approach proposed by the Commission, namely to prevent the production of wine surpluses (by means of instruments like the grubbing-up programme or support for green harvesting) rather than in the ex-post clearing of the market through distillation measures, could bring about a **reduction in EU wine production**. More precisely, the departure of some vine-growers, who had been used to sending their production to wineries, and were encouraged to grub-up their vineyards, could entail a **sudden loss of wine production for the wineries concerned**.

As a consequence of the overall reduction in wine production, a significant structural adjustment of the wine processing sector could take place; this would push wine cooperatives to increase in

size or to merge, in order to achieve an optimum size. On the one hand, **this process could lead to a possible loss of jobs**, but on the other hand it could **enhance the rationalisation of the wine processing industry**, which has shown certain problems of inefficiency due to its small size, in particular with respect to marketing activities. At the same time, the increase in resources intended for rural development measures in the wine regions could boost the existing tendency among wine processors to increase the value added of their production, by extending the scope of their activity within the wine market chain.

The **impact of the Commission proposal on the wine distilleries sector** is a different matter. In nearly all important wine-producing countries (i.e. France, Italy, Spain, Portugal and Greece), the activity of this industry is currently **determined by the distillation schemes of the wine CMO**.

According to national sources, the wine distilleries sector in Italy, France and Spain is made up of **256 distilleries**, employing a total of **6 800 workers**. Data about other Member States are not available, but they should be less important than in the three main wine-producing countries.

Apart from those deriving their profit mainly from the production of wine spirits or grape marc spirits (brandies, grappa, etc.), and some others producing alcohol from raw materials other than wine, **the economic existence of the majority of wine distilleries is largely guaranteed by Community support for the distillation of by-products,** which represents a large share of their business.

If wine by-products distillation ceases to be obligatory and subsidised, wine producers and distillers will have to redefine their mutual relations on the basis of the new situation. On the one hand, it is absolutely vital for distillers to compress their costs, rationalise their structure and increase the scope and the value of their output, so as to make their activity economically profitable even in the absence of Community distillation aid. On the other hand, wine producers will also face a new challenge in order to comply with sound environmental management of the residues of wine-making (see section 5.3); in particular, if they do not manage to reutilise their marcs and lees on the farm, they might be interested in continuing to deliver their by-products to the distilleries, if necessary for free, or perhaps even paying for it themselves, as is already the case for the disposal of waste in other agricultural sectors.

The following scheme represents, in a simplified form, the possible impact of the abolition of the compulsory by-products distillation scheme on the profitability of distilleries in the production of raw wine alcohol currently going to intervention. The calculation is made under the assumption that wine producers deliver for free their products to distilleries and that the market price for the raw wine alcohol (to be used in the fuel sector) is about €55/hl of pure alcohol[17].

---

[17] In current wine alcohol tenders, the sale price of wine alcohol is about €45/hl of pure alcohol; however, that price is lower than real market price, since the costs for the removal of the alcohol are at charge of the buyers.

(values in €//hl of pure alcohol)	Currently	Reform
Revenues: – sale of alcohol	€165.4	€55
Costs: – payment to producer	€99.5	€0
Margin:	€65.9	€55

According to this static scheme, distillers' margins on the production of raw wine alcohol would decrease by €10.9/hl of pure alcohol. Under these conditions, some distilleries would have a **chance to adapt to the new situation**, even because another part of their production, namely alcoholic beverages, has a significant market demand. Increased Rural Development funds are available to finance investments aiming e.g. at developing new technologies, in order to reduce costs or find new outlets for the production.

Nevertheless, **some of the distilleries would probably close down**. According to the opinion of an Italian professional organisation, big distilleries, mainly producing raw alcohol for intervention would be more at risk than small ones, which are rather oriented to the production of grape marc spirits. In total, the Italian distillery sector could lose 75% of its jobs.

This assessment is difficult to be verified: although the distillery industry will be undoubtedly put under strong pressure by the abolition of subsidised distillations, the judgment is based on a fully static view, i.e. it does not consider any adaptation capacity of the sector.

In any event, the Community can hardly continue to support a business which is not economically profitable and largely relies on public support. Wine-producing regions could again make use of the increased funds transferred to the Rural Development pillar to undertake restructuring actions aimed at finding conversion possibilities for the distilleries that are closing down.

5.3. Impact on the environment

No reform

Even if wine production has beneficial effects for the environment, it also exerts a considerable number of environmental pressures, notably in terms of soil degradation, intensive use of plant production products and disposal of waste/by-products from vine-growing and wine-making. Increasing use of irrigation and the effects of excessive specialisation might also result in risks for the environment in certain regions.

Despite all the environmental implications, the existing **wine CMO contains few explicit references to environmental concerns** and **the degree of environmental integration is very low** compared to other market organisations which went through the 2003 CAP reform. In particular, vineyards are not systematically covered by the cross-compliance system, although some wine producers and vine areas are *de facto* already affected, due to the direct payments received for other types of area cropped on the farm, which could be cut in the event of non-compliance with the rules. According to FADN estimates, **74% of professional wine producers in the "old" EU-15 Member States and 57% of the corresponding total vine area are**

already subject to cross-compliance obligations, but with considerable variations at Member State level, the biggest coverage being in Greece and the smallest in France and Germany.

The status quo would therefore leave the wine regime lagging significantly behind almost all other CMOs in terms of environmental integration.

Commission proposal

Many new measures introduced by the reform proposal would create beneficial effects for the environment:

- **making vine land eligible for the SPS** will extend the scope of "cross compliance" in the wine sector. More and more wine producers will be covered by the general scheme through the gradual acquisition (via the free market or occasionally via the reserve) of SPS entitlements;
- **adapting** one standard of the good agricultural and environmental condition under Annex IV of Regulation (EC) No 1782/2003 will guarantee the maintenance of vineyards in good vegetative conditions;
- **systematically linking support measures granted under the wine CMO to cross-compliance rules** (e.g. the premium for permanent abandonment and some of the measures eligible for the national envelope, i.e. restructuring and green harvest) will enforce **compliance with the environmental baseline,** including for wine producers not receiving direct payments;
- **transferring new funds to the second pillar,** as an additional envelope earmarked for wine-producing regions, would strengthen the possibility of introducing financial incentives, e.g. in the form of agri-environmental measures for environmentally-friendly production (such as organic farming) which go beyond the environmental baseline;
- strengthening **permanent abandonment** would have a positive impact overall on the environment, since it generally reduces monoculture and the associated environmental pressure. At the same time, the cross-compliance rules associated with the premium for permanent abandonment and the SPS entitlement granted on the grubbed-up area would help to prevent the adverse impact of land abandonment. Furthermore, the possibility granted to MS to exclude from the permanent abandonment scheme vines in areas with a specific and recognised environmental value, which could otherwise be endangered, would also considerably reduce the environmental risks.
  Regarding the use of vine land after grubbing-up, historical records show that the situation is quite different from one MS to another[18]: in Portugal, vines were mainly replaced by maize and then sugar beet; in France by arable land and fallow land; in Spain by cereals, olive trees (particularly in Castilla-La Mancha), vines to produce table grape and orchards; in Germany, by fallow land and in some cases by forest land; in Italy, in the Po Valley by arable land, in the hilly regions of Trentino and Romagna by orchards and in Southern Italy by olive trees; in Greece, finally, by olive trees.
  It some cases, e.g. in Castilla-La Mancha in Spain, grubbed-up vineyards were abandoned, either immediately after grubbing-up or later, since, due to the arid

[18] What land use for sustainable agriculture?', European Commission, DG AGRI.

conditions, the cereals that were often cultivated after the vines were not as profitable as expected. In general, vineyards were also rarely replaced by forest;

– removing the support to all **distillation measures** has a positive impact on the environment by removing the incentives to this practice, which requires considerable quantities of energy and contributes to pollution due to the transport of wine and wine-products to the distilleries. Furthermore, if wine by-products are indeed reutilised on the farm, thus replacing mineral fertilisers, they could help to improve organic matter in the soil. On the other hand, it is obvious that residues/wastes from wine-making need to be dealt with in a proper manner, in order to avoid environmental risks (acidification of the soil, infiltration of alcohol in underground waters, air pollution by ethanol and ozone production, etc.). In the Member States that are currently withdrawing by-products under supervision, no environmental concerns have been raised. In Member States currently applying the compulsory distillation of by-products, individual wine producers or cooperatives which, under the proposed system, are not in a position to utilise their marc and lees on the farm, e.g. as organic fertiliser after an appropriate composting or anaerobic process, should approach the problem as a residues/waste management issue. This problem is common to many agricultural sectors and is particularly demanding in animal husbandry. In general, there are many alternatives available for the proper management of the residues/wastes from wine-making: they include direct spreading of dried matter on the soil, composting, use as biomass, or even distillation. There is probably no optimal technique; on the contrary, the optimal solution, which could also be a mix of different disposal methods, depends on the type of by-products (marc, lees) and the specific local conditions (e.g. distance between vineyard and wine-making facilities; pre-existence of facilities for the production of energy from other by-products/residues/wastes; possibility of exploiting the bio-energy produced; existence of a market for distilled products, such as grape marc spirits (grappa) or bio-ethanol). Therefore, appropriate disposal and/or recovery options, in line with EU legislation, should be put in place at national or regional level. Rural development funds, which will be available in higher amounts for wine regions via transfers from the first pillar, could be usefully employed, if necessary, to develop alternative disposal techniques. On the other hand, controls should be tightened up, and penalties for abuse imposed in accordance with the requirements of the environmental legislation;

– making the **authorisation of new WMPs** easier could enable speedier approval of more environmentally friendly practices and processes. Environmental aspects should be decisive when considering whether to authorise the use of WMPs.

5.4. Impact on trade and WTO conformity

The impact of the Commission proposal on trade dynamics is essentially linked to the impacts on the competitiveness of the EU wine sector, which was analysed in section 5.1.3. Another important exogenous factor is the development of international negotiations, both at multilateral level (WTO) and at bilateral level (trade agreements), which are important for ensuring full access to our export markets worldwide and to achieve better international protection for our geographical indications. For this reason, a coherent domestic wine regime, fully consistent with our international obligations, is essential for a sound and credible position in international discussions, which would justify and strengthen a firm EU position on GIs and WMPs.

No reform

The existing wine regime includes a series of measures, which **could potentially be questioned in** the WTO context:

– **market measures**:
distillations (including the taking-over of alcohol), must aid and private storage, which represent the bulk of wine CMO expenditure, are classified as Amber Box measures, which are the most trade-distorting type of internal support;

– **export refunds**:
WTO negotiations might lead to an agreement on phasing out all export subsidies;

– **quality policy/GIs**:
the existing quality regulatory framework is criticised by our international partners and does not allow optimal international protection of our geographical indications under the WTO Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPs);

– **labelling provisions**:
our labelling rules are severely criticised by non-EU countries, who consider them discriminatory.

Commission proposal

The proposal would make the wine CMO more **WTO-friendly**, given that:

– all market tools, currently classified as Amber Box support, including export refunds, would be abolished;

– some of the new measures proposed, such as the revitalised programme of permanent abandonment and the second-pillar structural measures are classified as Green Box, which is the less trade-distorting type of support. As to the national envelope, the most important measures, i.e. the support for restructuring and conversion of vineyards and for promotion are considered as Green Box. For the remaining measures, i.e. risk and crisis management tools or green harvest, the classification should be established in the context of the WTO on the basis of their exact definition;

– making vine land eligible for the SPS will extend the applicability of EU decoupled payments and therefore generally strengthen the "**green box**" status of this policy tool;

– the modifications in quality policy, GI system and the labelling framework would be in line with WTO relevant provisions.

5.5. Impact on wine quality, health and consumer protection

5.5.1. Wine quality

No reform

The existing regulatory framework on WMPs already ensures quality and conformity with product definitions: European wines as a whole have a reputation for high quality. Apart from WMPs, at least one other CMO measure has played an important role in gearing production towards improving quality: the programme for restructuring vineyards, introduced in the 1999

reform, has supported the conversion of vineyards with a view to adapting wine production to consumers' demand for quality.

Commission proposal

The reform proposal would contribute to the further improvement of wine quality through the abolition of market measures, which currently provide support mainly to lower-quality wines, thus encouraging continued production. The better market orientation of the CMO should tend to **favour the segment of higher quality wines**, which are increasingly appreciated by consumers.

The abolition of Community aid for **distillation of wine by-products,** maintaining the ban on grape overpressing, is not likely to have a negative impact on overall wine quality.

Finally, the greater flexibility introduced with respect to WMPs should only enhance the scope for innovative techniques without giving rise to any risk of lower wine quality.

5.5.2. Health and consumer protection policy

No reform

In the existing wine CMO, some market measures might have an adverse impact on public health. **Potable alcohol distillation** is considered as such a controversial measure because it subsidises the transformation of wine into a beverage of higher alcohol content. Moreover, allowing cheaper production of wine spirits encourages demand, thus conflicting with concerns about the risks of damage to health. Secondly, the **aid for must** and **the authorisation of sucrose** have led to an artificial expansion in the use of enrichment, which is intended to increase the alcohol strength of wine, but also allow higher yields, hence lowering wine quality. On the other hand, the restructuring scheme might have a beneficial impact on public health, because it aligns production with the demand for higher-priced quality wines, often consumed with meals and in moderation.

Lastly, the existing **quality regulatory framework and the labelling rules** seem to be geared more to the producer concerns than to consumer information and protection. **They lack clarity and transparency**, and tend to **confuse consumers**, preventing them from appreciating the qualitative differences between products.

Commission proposal

The abolition of subsidised potable alcohol distillation and of the aid for must is likely to have a **beneficial impact on public health**. Furthermore, by allowing the wine surplus to be absorbed in the long term, wine prices will go up (see section 5.1.2), thus making wine less accessible to young consumers, for whom alcohol consumption is particularly price-sensitive.

Moreover, the proposed simplification of quality policy, geographical indication system and labelling rules could **rightly address the concern for consumer information and health protection**. Education and information campaigns could provide additional instruments to enhance **consumer awareness** of the harmful effects of excessive consumption, in addition to wine labelling.

5.6. Impact on management efficiency

5.6.1. Simplification

No reform

The existing wine sector is well known as one of the most complex regimes in agriculture, due to the wide range of legal obligations, implementing rules and control procedures that operators and administrations have to comply with. In this sense, EU legislation is just the "tip of the iceberg" when it comes to the complex mass of rules that exist at national, regional and local level.

The **complexity of the wine regime** is in large part intrinsically linked to the characteristics of the product and most provisions are essential for a proper functioning of the market (e.g. the need to implement a system of complete traceability of the product, which ensures health, protection and transparency for consumers; the complex nature of the CMO instruments for the management of production potential, market support and the so-called regulatory measures; or the meticulousness of the control system, which helps to prevent inappropriate management of public funds or fraud).

However, successive layers of EU legislation have probably complicated the system more than is necessary, with an uncontrolled proliferation of obligations and legal requirements, leading over time to a **growing burden on economic operators**, who find it more and more difficult to comprehend wine legislation. This situation is a serious obstacle to the normal development of production activity, thus **potentially hampering competitiveness**. Furthermore, the more complicated the legislation, the greater the need for monitoring, notification and control and, at the same time, the greater the risk of fraud.

Commission proposal

Although it is unrealistic to abandon the overall structure of the wine legislation completely, since it is necessary to guarantee certain standards for the smooth running of the sector and for consumer protection, **a major objective** of the Commission proposal for the reform of the wine sector is **simplification**.

Given that the majority of the provisions that may involve some complexity will not be laid down until the Commission implementing regulation stage, it is not possible to make a sufficiently detailed assessment of the achievements of the reform in terms of simplification. However, generally speaking, the task of simplification will be accomplished along the following lines:

- **simplification of the legal text** of the wine CMO, after careful screening of all provisions with a view to cutting out unnecessary complexity and redundancy;

- **rationalisation and simplification of administrative and statistical monitoring tools**, through a clear definition of administrative and statistical needs in relation to reporting requirements and the choice of the most appropriate instruments (including making maximum use of the vineyard register);

- **abolition of the most complex measures**, either immediately (all distillation schemes, private storage of wine and public storage of alcohol, must aid and export refunds) or after a transitional period, including the planting rights system and grubbing-up scheme. However, the new measures within the national envelope will probably require new monitoring tools;

- **harmonisation of labelling rules** by setting up a single legal framework applicable to all the different categories of wine.

5.6.2. Administrative costs

In the general context of simplification, particular emphasis is given to the issue of the administrative costs that legislation imposes on producers and public administrations.

Administrative costs can be defined as the costs incurred by enterprises and public authorities in meeting legal obligations to provide information on their action or production, either to public authorities or to private parties. Information is to be construed in a broad sense, i.e. including the costs of labelling, reporting, monitoring and assessment needed to provide the information and registration.

Some of the provisions of the wine CMO (e.g. the notification of specific activities, the submission of recurring reports and communications to national administrations or to the European Commission, the issuing of documents in order to benefit from Community support) entail significant administrative costs for operators in the sector and national administrations, which might have a negative impact on their economic activity.

One of the main objectives of the Commission proposal for the reform of the wine sector is to simplify the regime, by establishing clearer rules for all the actors in the wine sector and cutting red tape, where possible.

The Commission is committed to identifying and measuring the administrative costs incurred by enterprises and public authorities and, if possible, to cutting out all the obligations which represent an unnecessary burden for them.

However, assessing the total administrative cost set off by the wine CMO is an extremely far-reaching and burdensome task, due to the imposing number of measures entailing a cost for economic operators and public administrations, and because of the complex way in which each of these measures is implemented at national, regional and local level. Retrieving the relevant information, even for a rough estimation of the total cost, demands a considerable effort.

In Table 4 of Annex 3, a complete list of EU wine legislation measures that potentially involve administrative costs was compiled. The possible evolution of each of these measures in the light of the Commission proposal was examined. This assumption does not preclude the future Commission position when establishing the implementing regulations of the reformed wine CMO, therefore this exercise is subject to a certain margin of error.

From this first screening, it emerges that 55 of the existing 99 measures entailing administrative costs **(i.e. 55%) would probably remain in force,** in one form or another, after the reform of the wine CMO; other 35, mainly reporting obligations linked to market measures, **would be abolished immediately** after the entry into force of the reform in 2008; finally, eight measures **would be removed from 2014 onwards**, when the planting rights system and the grubbing-up scheme will be cancelled.

To give an idea of the absolute impact of the Commission proposal on the overall level of administrative costs, the cost reduction related to the abolition of legal obligations was quantified in monetary terms at the level of the single measures.

The key analytical steps to assess the total administrative cost generated by the single measures consist in identifying:

- **the target group affected by the obligation** (administration, wine producer, distiller, etc.), as defined by the scope of the legislation;
- **the required action related to each type of obligation and to the considered target group**, which can be deduced logically according to the nature of the obligation;
- **the time needed by the individual to fulfil each required action;**
  The time needed for each action by national administrations is obtained via an overall estimation method, taking into account the use of human resources input in the competent offices, as reported by a national expert. Similarly, an expert judgment was also used to estimate the time needed by economic operators for the relevant action;
- **tariff per hour for each target group;**
  The tariff is determined on the basis of the average labour cost of the various wine –producing countries for each individual economic sector, which is derived from hourly wages data in the latest relevant Eurostat survey (2004);
- **annual frequency of the obligation**, which is defined by the scope of the Regulation;
- **number of entities affected by the obligation;**
  This information corresponds, in the case of national administrations, to the number of wine-producing Member States, whereas the number of individuals is retrieved from statistical data or other information reported to the Commission in the context of the wine market management.

The total administrative cost can basically be obtained by multiplying the hours needed to carry out a given action, the rate per hour, the number of entities and the frequency of obligations per year, and adding the product of the above for all required actions and all legal obligations.

In order to reduce the complexity of the analysis, only the measures abolished from 2008 onwards were considered, and in particular the reporting obligations linked to the market measures and the trade with third countries. The detailed results of the analysis are set out in the Tables 5 and 6 of Annex 3.

The results of the analysis show that the abolition of the reporting obligations linked to market measures and to trade with third countries would involve an **immediate reduction** of about **€25 million per year in total administrative costs** (on the basis of 2004 cost data), of which roughly €14 million for national administrations and €11 million for private enterprises.

Further, a much more significant cut in administrative costs would be expected from 2014 onward, when the complex planting rights system will come to an end. This mechanism currently entails **the heaviest bulk in terms of administrative charge**, because it requires to be managed at the level of individual producer and of single land parcel.

Finally, it should be remembered that, owing to the introduction of new measures, in particular as part of the national envelopes (e.g. crisis management tools, green harvesting and promotion) and the application of cross-compliance provisions, the reformed wine CMO is also likely to generate **new reporting obligations**, which will entail **additional administrative costs for operators**. However, as the detailed implementation of the new measures is left to Commission implementing regulations, it is not possible at this stage to evaluate the scale of these additional costs. In any event, given the very important savings linked to the abolition of the planting rights system, **the net impact of the fully implemented reform on administrative costs should normally remain largely positive**.

5.6.3. Subsidiarity

The Commission proposal would **increase subsidiarity** of the wine CMO by making **national envelopes** available, whereby each wine-producing Member State will be able to choose, from among a list of alternative measures, the ones that best fit the particular situation of its wine sector. An analogous effect will be achieved by the transfer of funds to the **second pillar**, which will increase the financial resources available for ad-hoc regional rural development strategies.

5.6.4. Budget

The Commission proposal is broadly based on the **principle of budget neutrality**, which means that the wine sector will be awarded a budget in line with its historical expenditure, namely about **€1.3 billion per year**. Therefore, there will be no change in the overall level of support to the sector; but simply **better value for money** from Community funds.

6. COMPARING THE OPTIONS

Table 2: Summary table comparing the Commission proposal with the no reform scenario

	SUMMARY IMPACTS	No reform	Commission proposal
ECONOMIC IMPACTS	Market balance	Increasing surplus	Smoothest achievement of balance
	Prices	Sharp decrease due to unsustainability of the system	Decrease in the short term Recovery after achievement of balance
	Competitiveness	No improvement	Improvement through economic sustainability, improved regulatory measures and promotion policy and abolition of planting rights
	Economy of the potable alcohol sector	No change, but high risks in terms of WTO	Slight increase in production costs Possible reduction in demand
SOCIAL IMPACTS	Agricultural incomes	Progressive decrease due to unsustainability of the system	Decrease in the short term Way out for uncompetitive producers Recovery after achievement of balance
	Agricultural employment	Progressive deterioration due to unsustainability of the system	Accelerating restructuring trend in the short term Improvement due to achievement of economic sustainability in the long term
	Employment in the wine market chain and related sectors	Progressive deterioration due to unsustainability of the system	Accelerating restructuring trend in the short term Improvement due to achievement of economic sustainability in the long term
	Environment	No improvement	Linkage to cross compliance for support measures and through SPS eligibility Shifts to RD allowing environmental measures
	Trade WTO compatible	Different measures potentially under attack	Most problems solved
	Wine quality	Neutral	Increase through better market orientation
	Health / consumer	No improvement	Stop to support to distillation into potable alcohol Labelling more transparent and consumer oriented
MANAGEMENT EFFICIENCY	Simplification	No improvement	Important simplification due to suppression of planting right system and complex market measures
	Administrative costs	No improvement	Reduction of administrative burden due to suppression of planting right system and complex market measures
	Subsidiarity	No improvement	Much more flexibility with national envelope and increased RD funds
	Budget	Increasing pressure	Neutral

7. MONITORING AND EVALUATION

Monitoring and assessing the economic, social and environmental effects of EU public policies has become a standard element of the political process.

Most EU legislative acts include monitoring of their implementation by Member States, and of their impact and effectiveness at EU level in order to propose further action or redirection of the measures, if necessary.

Many of the actions needed to apply the common policy on wine to be developed by Member States and relevant stakeholders. Considerable experience in monitoring exists in the Commission departments and in the Member States. Hence, there is scope for cooperation, sharing of information, and improvement of core indicators and enhancement of analytical tools used to monitor and assess policies. Existing statistical systems covering wine production potential, market trends, micro- and macro-economics, the evolution of regional patterns, and the environment provide a complex framework and need to be simplified, adapted and reshaped to provide sufficient information in this context.

The reformed wine policy would need to be monitored and evaluated in relation to a whole range of potential impacts identified in this report. This needs an assessment of progress towards meeting the objectives listed in part 3 and of all types of impacts identified in part 5.

The basis for reporting on progress should be a common framework for monitoring and assessment, to be proposed in the legal act.

The new wine CMO will be included in the multi-annual evaluation programme for CAP policies.

ANNEXES

Annex 1: Mid-term forecasts for the EU-27 wine sector to 2011/2012

Annex 2: Impact on prices – Regression analysis between average annual prices of table wine and wine stocks

Annex 3: Analysis of administrative costs

Annex 4: List of acronyms

ANNEX 1: MID-TERM FORECASTS FOR THE EU-27 WINE SECTOR TO 2011/2012

The table below represents the summary market balance of the EU-27 wine sector to the year 2011/12, as forecast by DG AGRI, assuming an unchanged policy framework and based on a "normal year" in terms of wine production[19].

On the basis of different assumptions regarding the trends in vine areas, wine yields, consumption and trade balance, three alternative scenarios are constructed: "average" (or "most likely"), "low surplus" (or "most optimistic"), and "high surplus" (or "most pessimistic").

For each of the three scenarios, the market balance – defined as the difference between the total availability and the total use of wine production – is estimated. Two alternative market balance indicators are calculated, which differ in terms of how they consider the volumes of wine distilled in the context of the potable alcohol distillation. In SURPLUS 1, those volumes are considered as a production surplus rather than an actual market outlet, whereas in SURPLUS 2, they are regarded as a market outlet of wine production and therefore deducted from the production surplus.

Table 3: Supply balance for the EU-27 wine sector at the horizon 2011/12

	olympic AVERAGE 1999-2003	WINE YEAR 2004/05	WINE YEAR 2005/06 (e)	FORECASTS 2011/2012		
				Average Scenario	Low surplus Scenario	High surplus Scenario
PRODUCTION	180.4	192.8	173.4	**179.0**	**173.9**	**184.1**
SURPLUS 1 (a) **in % of the production**	**21.9** **12.2%**	**33.1** **17.1%**	**12.0** **6.9%**	**24.8** **13.9%**	**16.7** **9.6%**	**37.2** **20.2%**
SURPLUS 2 (b) **in % of the production**	**10.5** **5.8%**	**22.1** **11.4%**	**-1.0** **-0.6%**	**12.8** **7.2%**	**5.7** **3.3%**	**24.2** **13.1%**

(a) including wine withdrawn for distillation into potable alcohol
(b) excludes wine withdrawn for distillation into potable alcohol
(e) estimated

---

19 In this mid-term forecast, wine production is intended as the sole vinified production, which means that the production of grape juices is excluded by the analysis. As a matter of fact, long-time series on grape juices production are not easily available.

ANNEX 2:
IMPACT ON PRICES

Regression analysis between average annual prices of table wine and wine stocks

No reform

Regression analysis between EU average annual prices of table wine and total wine stocks
Stocks in 1 000 hl and prices in €/°vol/hl

Historic data

Vintage year	Total wine stocks on 31.07	Average price
2000	142 221	3.23
2001	161 900	2.78
2002	156 725	2.84
2003	151 758	3.32
2004	155 766	3.36
2005	174 509	2.72
2006	166 438	2.58
Avearge 2000-06	**158 474**	**2.97**

Simulation
stocks increasing by 6.8 Mio. hl per year

Vintage year	Stocks on 31.07	Simulated price (linear model)	% variation compared to year 0	Simulated price (exp model)	% variation compared to year 0
year 0	158 474	2.97	-	2.97	-
year 1	165 274	2.82	**-5%**	2.81	**-6%**
year 2	172 074	2.66	**-11%**	2.66	**-11%**

Commission proposal

Regression analysis between EU average annual prices of table wine and total wine stocks
Stocks in 1 000 hl and prices in €/°vol/hl

Historic data

Vintage year	Total wine stocks on 31.07	Average price
2000	142 221	3.23
2001	161 900	2.78
2002	156 725	2.84
2003	151 758	3.32
2004	155 766	3.36
2005	174 509	2.72
2006	166 438	2.58
Avearge 2000-06	**158 474**	**2.97**

Simulation
stocks increasing by 6.3 Mio. hl in the year 1 and by additional 2.9 Mio. Hl in the year 2

Vintage year	Stocks on 31.07	Simulated price (linear model)	% variation compared to year 0	Simulated price (exp model)	% variation compared to year 0
year 0	158 474	2.97	-	2.97	-
year 1	164 774	2.83	**-5%**	2.82	**-5%**
year 2	167 674	2.76	**-7%**	2.75	**-7%**

ANNEX 3:
ASSESSMENT OF ADMINISTRATIVE COSTS

Table 4: Evolution of measures currently entailing administrative costs in the light of the reform

Information to be notified	Legal basis	Time and frequency	Type of obligation	Possible need for notification in the new framework[20]
Council Regulation (EC) No 1493/1999 of 17 May 1999 on the common organisation of the market in wine				
every decision to grant or withdraw recognition to a producer organisation	Art. 40(1)(c) of Reg. 1493/1999	within two months	1	maintained
decisions adopted the previous year by virtue of the possibilities offered by paragraph 1 [laying down marketing rules to regulate supply on first marketing] (obligation for Member States which have availed themselves of these possibilities)	Art. 41(3) of Reg. 1493/1999	every year (no specific deadline is given)	2	maintained
any stricter condition that the Member States impose, in respect of oenological practices and processes, to ensure the preservation of the essential characteristics of quality wines psr, table wines which are described by a geographical indication and are produced in their territory, sparkling wines and liqueur wines	Art. 42(4) of Reg. 1493/1999	whenever applicable	1	maintained
list of quality wines psr which the Member States have recognised, stating, for each of these quality wines psr, details of the national provisions governing the production and manufacture of those quality wines psr	Art. 54(4) of Reg. 1493/1999	whenever applicable	1	maintained
names and addresses of the authorities responsible for ensuring compliance with Community rules in the wine sector	Art. 72(1) and (2) of Reg. 1493/1999	whenever applicable	1	maintained
laboratories authorised to carry out official analyses in the wine sector	Art. 72(1) and (2) of Reg. 1493/1999	whenever applicable	1	maintained
list of the names of the quality sparkling wines psr	Annex VI D 2 third subparagraph of Reg. 1493/1999	whenever applicable	1	maintained
trade marks for a wine or a grape must identical to geographical units specified in paragraph 2	Annex VII F 4 first subparagraph of Reg. 1493/1999	whenever applicable	1	maintained
list adopted by the producer Member State of vine varieties or synonyms that may be indicated even if the name of that variety is repeated in the same expression	Annex VIII E 2 second subparagraph (d) of Reg. 1493/1999	whenever applicable	1	maintained

[20] This assumption does not preclude the future Commission position when establishing the implementing regulations of the reformed wine CMO.

Commission Regulation (EC) No 1227/2000 of 31 May 2000 laying down detailed rules for the application of Council Regulation (EC) No 1493/1999 on the common organisation of the market in wine, as regards production potential				
Regularisation of plantings (in respect of each wine year the total area for which a derogation [from Art. 2(2) of Reg. 1493/1999] has been applied for, the total area for which a derogation has been granted and the total area for which a derogation has been refused)	Art. 2(7) and table 1 of the Annex to Reg. 1227/2000	4 months (at the latest) after the end of the marketing year	2	maintained
total areas for which new planting rights have been granted in respect of areas intended for new planting carried out under measures for land consolidation or measures concerning compulsory purchases in the public interest adopted under national legislation, wine-growing experiments, draft nurseries	Art. 3(10)(a) and Table 2.1 of the Annex to Reg. 1227/2000	4 months (at the latest) after the end of the marketing year	2	removed from 2014 on
total area for which new planting rights have been granted in respect of areas whose wine or vine products are intended solely for the consumption of the vine grower's family. However, where a Member State makes use of the derogation in paragraph 7 [i.e. a Member State provides that such areas shall not be subject to the grubbing-up requirement], it shall instead communicate an estimate of the total area concerned, which shall be based on the results of the monitoring carried out.	Art. 3(10)(b) and Table 2.1 of the Annex to Reg. 1227/2000	4 months (at the latest) after the end of the marketing year	2	removed from 2014 on
whether producers have paid for the grant of new planting rights	Art. 3(10)(d) of Reg. 1227/2000	4 months (at the latest) after the end of the marketing year	2	removed from 2014 on
any areas which Member States have designated in which the premium for the permanent abandonment of vine-growing may be granted and any conditions to which that designation is subject	Art. 7 of Reg. 1227/2000	no deadline (probably once)	2	maintained
total area grubbed up in return for a premium under Chapter II of Title II of Regulation (EC) No 1493/1999	Art. 10(2)(a) and Table 3.1 of the Annex to Reg. 1227/2000	4 months (at the latest) after the end of each marketing year	2	removed from 2014 on
estimates for grubbing-up with premium under Chapter II of Title II of Regulation (EC) No 1493/1999 for the following wine year	Art. 10(2)(b) and Table 3.2 of the Annex to Reg. 1227/2000	4 months (at the latest) after the end of each marketing year	2	removed from 2014 on
total area grubbed up solely in return for a national aid and the total amount of aid paid	Art. 11(b) and Table 3.1 and 3.2 of the Annex to Reg. 1227/2000	4 months (at the latest) after the end of each marketing year	2	removed from 2014 on
proportion of the area concerned grubbed up in return for national aid, in addition to a premium under Chapter II of Title II of Regulation (EC) No 1493/1999, and the total amount of national aid paid in this context	Art. 11(c) and Table 3.1 and 3.2 of the Annex to Reg. 1227/2000	4 months (at the latest) after the end of each marketing year	2	removed from 2014 on
statement of restructuring and conversion expenditure validated at 30 June of the current financial year and the total area concerned	Art. 16(1)(b) of Reg. 1227/2000, as amended by Reg. 1841/2003, as well as Table 4.2 of the Annex to Reg. 1227/2000	not later than 10 July each year	2	maintained
any requests for the subsequent financing of restructuring and conversion expenditure in the current financial year in excess of the financial allocations made pursuant to Article 14(1) of Regulation (EC) No 1493/1999, and the total area concerned in each case	Art. 16(1)(c) of Reg. 1227/2000, as amended by Reg. 315/2003, as well as Table 4.3 of the Annex to Reg. 1227/2000	by 30 June of each marketing year	2	maintained

amended expenditure forecasts, and the total areas concerned, for subsequent financial years until the end of the period provided for implementing the restructuring and conversion plans, in accordance with the allocation for each Member State	Art. 16(1)(d) of Reg. 1227/2000, as amended by Reg. 315/2003 as well as Table 4.4 of Reg. 1227/2000	by 30 June of each marketing year	2	maintained
in respect of each wine year, broken down for each plan, the area initially subject to the plan and its average yield, and the area resulting from restructuring and conversion and its estimated average yield	Art. 18(2) and Table 5 of Reg. 1227/2000	4 months (at the latest) after the end of each marketing year	2	maintained
inventory of vineyard areas in respect to the situation on a date chosen by the Member State, containing information on the following: areas under vines classified as varieties for the production of wine, stock of existing planting rights, source or sources of the information contained in the inventory	Art. 11(4) of Reg. 1493/1999; Art. 19(3), (4), (6) as well as Tables 6.2, 7.2 and 8.2 of the Annex to Reg. 1227/2000	annually	2	removed from 2014 on
classification of vine varieties, making clear any changes made	Art. 20(9) and Table 9 of the Annex to Reg. 1227/2000, as amended by Reg. 1841/2003	during each wine year	2	maintained
when, pursuant to Regulation (EC) No 1493/1999 and Regulation (EC) No 1227/2000, Member States communicate to the Commission the measures adopted, they shall also provide a brief synopsis of such provisions	Art. 21(1) of Reg. 1227/2000	no deadline	2	maintained
Commission Regulation (EC) No 1607/2000 of 24 July 2000 laying down detailed rules for implementing in particular the Title relating to quality wine produced in specified regions				
demarcation of areas in immediate proximity to a specified region (quality wines)	Art 2 of Reg. 1607/2000	no deadline	1	maintained
names and addresses of the competent bodies authorised by the Member States to downgrade quality wines psr	Art. 10(5) of Reg. 1607/2000	no deadline	1	maintained
data for each wine marketing year on quantities of quality wine psr downgraded on the territory of the given Member States	Art. 11 of Regulation 1607/2000	no later than 1 November following the wine year in which downgrading is declared	2	maintained
volume of each quality wine psr downgraded originating in a Member State, downgraded by another Member State in the course of a year[21]	Art. 12(5) of Reg. 1607/2000	by 31 March of the year following the downgrading	1	maintained
Commission Regulation (EC) No 1623/2000 of 25 July 2000 laying down certain detailed rules for implementing Regulation (EC) 1493/1999 on the common organisation of the market in wine and establishing a Community code of oenological practices and processes				
Application for aid to the competent authority and all the compulsory documents that must be submitted (grape juice)	Art. 8 of Reg. 1623/2000	whenever applicable	3	removed from 2008 on
Application for aid to the competent authority and all the compulsory documents that must be submitted (aid for must used to increase the alcoholic strength of wine products)	Art. 14 of Reg. 1623/2000	whenever applicable	3	removed from 2008 on

[21] Besides the Commission, the Member States of origin of the quality wines psr concerned are also addressee of this notification.

Application for private storage aid and conditions for granting the aid	Art. 37 of Reg. 1623/2000	Whenever applicable	3	removed from 2008 on
list of the approved distillers (to be forwarded to the Commission electronically); all subsequent amendments to that list (to be forwarded immediately)	Art. 42(3) first subparagraph of Reg. 1623/2000, as amended by Reg. 1774/2004	no deadline	1	removed from 2008 on
Aid to be paid to distillers for compulsory distillation	Art. 48 of Reg. 1623/2000		3	removed from 2008 on
apportionment of the total quantity of wine to be distilled in the region concerned among the individual wine producers in that region	Art. 53(2) second subparagraph first indent of Reg. 1623/2000	no deadline (yearly?)	2	removed from 2008 on
simplified arrangements for presenting evidence of the payment of the minimum buying-in price for distillation of the by-products of wine-making (agreement of the Commission is to be obtained)	Art. 60(1) second subparagraph of Reg. 1623/2000	no deadline (probably once)	2	removed from 2008 on
total volume covered by contracts or declarations submitted for distillation [Art. 29 of Reg. 1493/1999] during the period referred to in paragraph 1 [i.e. from 1 October to 23 December]	Art. 63a(4) of Reg. 1623/2000, as amended by Regulations 1795/2002 and 1774/2004	by 15 January of the current year at the latest	2	removed from 2008 on
total volume under approved contracts	Art. 63a(6) third subparagraph of Reg. 1623/2000	by 20 March of the current wine year at the latest	2	removed from 2008 on
Aid to be paid for optional distillation	Art 64 of Reg. 1623/2000	Whenever applicable	3	removed from 2008 on
list of the names of the tenderers whose tenders are eligible for consideration under Article 97 of this Regulation, the prices offered, the quantities requested, the locations and the types of alcohol concerned and the precise uses to be made of the alcohol (these data have to be submitted by the intervention agency concerned)	Art. 82(6) of Reg. 1623/2000	not more than two working days after the closing date for submission of tenders	2	phased out from 2008 on
list of the tendering securities checked and accepted (these data have to be submitted by the intervention agency concerned)	Art. 88(6) of Reg. 1623/2000	not more than two working days after the closing date for submission of tenders	2	phased out from 2008 on
exact location and references of the various vats of alcohol meeting the quality requirements and containing a total quantity of alcohol not less than that indicated in the request of the Commission [on the quantity and type of alcohol and the quality of the lots of alcohol that may be offered for sale]	Art. 95(1) of Reg. 1623/2000	no more than 12 days after receiving the request of the Commission	2	phased out from 2008 on
checks introduced by the Member States to apply paragraph 1 [to ensure that the Community rules concerning the disposal of alcohol obtained by distillation are complied with]	Art. 101(1) to (3) of Reg. 1623/2000	before the checks start	4	phased out from 2008 on
quantities of grape must processed into concentrated grape must or rectified concentrated grape must during the period of validity of the contract in the case of aid for the private storage of wine and must under Title III, Chapter I, of Regulation (EC) No 1493/1999, and the quantities so obtained	Art. 103(1)(a) of Reg. 1623/2000 as amended by Reg. 625/2003	no later than 31 December of the wine year following that in which the contracts were concluded	2	removed from 2008 on

the quantities of products under contract at 16 February in the case of aid for the private storage of wine and must under Title III, Chapter I, of Regulation (EC) No 1493/1999	Art. 103(1)(b) of Reg. 1623/2000 as amended by Reg. 625/2003	by 5 March of the current wine year at the latest	2	removed from 2008 on
in the case of distillation under Articles 27, 28 and 30 of Regulation (EC) No 1493/1999, quantities of wine, wine lees and wine fortified for distillation that have been distilled in the previous two months	Art. 103(2)(a) of Reg. 1623/2000 as amended by Reg. 625/2003	at the end of October, December, February, April, June and August	2	removed from 2008 on
in the case of distillation under Articles 27, 28 and 30 of Regulation (EC) No 1493/1999, quantities of alcohol, broken down into neutral alcohol, raw alcohol and spirits distilled from wine, produced during the previous period, taken over by the intervention agencies during the previous period, disposed of by the intervention agencies during the previous period and the percentage of those quantities exported and the selling prices charged, held by the intervention agencies at the end of the previous period	Art. 103(2)(b) of Reg. 1623/2000 as amended by Reg. 625/2003	at the end of October, December, February, April, June and August	2	removed from 2008 on
quantities of alcohol physically removed during the previous month under a tendering procedure (concerning the disposal of alcohol taken over by the intervention agencies, as referred to in Article 31 of Regulation (EC) No 1493/1999)	Art. 103(3)(a) of Reg. 1623/2000 as amended by Reg. 625/2003	at the end of each month	2	removed from 2008 on
quantities of alcohol physically removed during the previous month following a public sale (concerning the disposal of alcohol taken over by the intervention agencies, as referred to in Article 31 of Regulation (EC) No 1493/1999)	Art. 103(3)(b) of Reg. 1623/2000 as amended by Reg. 625/2003	at the end of each month	2	removed from 2008 on
quantities of wine distilled during the previous month in the case of distillation under Article 29 of Regulation (EC) No 1493/1999	Art. 103(4)(a) of Reg. 1623/2000 as amended by Reg. 625/2003	at the end of each month	2	removed from 2008 on
quantities of alcohol which qualified for secondary aid during the previous month in the case of distillation under Article 29 of Regulation (EC) No 1493/1999	Art. 103(4)(b) of Reg. 1623/2000 as amended by Reg. 625/2003	at the end of each month	2	removed from 2008 on
number of producers who have received aid in the case of aid for concentrated and rectified concentrated must used for enrichment as provided for in Article 34 of Regulation (EC) No 1493/1999	Art. 103(5)(a) of Reg. 1623/2000 as amended by Reg. 625/2003	no later than 31 December of the wine year following the current one	2	removed from 2008 on
quantities of wine enriched in the case of aid for concentrated and rectified concentrated must used for enrichment as provided for in Article 34 of Regulation (EC) No 1493/1999	Art. 103(5)(b) of Reg. 1623/2000 as amended by Reg. 625/2003	no later than 31 December of the wine year following the current one	2	removed from 2008 on
quantities of concentrated grape must and rectified concentrated grape must used for enrichment, expressed in terms of potential alcoholic strength by volume per hectolitre and broken down by the wine-growing zone of origin in the case of aid for concentrated and rectified concentrated must used for enrichment as provided for in Article 34 of Regulation (EC) No 1493/1999	Art. 103(5)(c) of Reg. 1623/2000 as amended by Reg. 625/2003	no later than 31 December of the wine year following the current one	2	removed from 2008 on

Commission Regulation (EC) No 2729/2000 of 14 December 2000 laying down detailed implementing rules on controls in the wine sector				
single liaison body responsible for contacts with the liaison bodies of other Member States and with the Commission, designated by the Member States	Art. 3(2) of Reg. 2729/2000	no deadline	1	maintained
cases when the product which is the subject of the controls referred to in the first subparagraph [where a competent body of a Member State undertakes control activities on its territory] originates in a third country, if the marketing of this product may be of specific interest to other Member States	Art. 7(1) first and second subparagraph of Regulation 2729/2000	whenever applicable	4	maintained
Commission Regulation (EC) No 883/2001 of 24 April 2001 laying down detailed rules for implementing Council Regulation (EC) No 1493/1999 as regards trade with third countries in products in the wine sector				
information on the quantities and countries of origin of products for which import licences have been issued during the preceding week	Art. 5 first subparagraph and Annex I of Reg. 883/2001	every Thursday, or on the first working day thereafter if the Thursday is a public holiday	2	?
applications for export licences with advance fixing of the refund lodged between Wednesday of the preceding week and Tuesday, or the absence of applications, specifying the zone of destination as referred to in Article 9(6)	Art. 12(1)(a) and Annex V of Reg. 883/2001	each Wednesday or the following working day if the Wednesday is a public holiday	2	removed from 2008 on
quantities for which export licences were issued on the preceding Monday or, as the case may be, within the interval referred to in Article 9(8) [third working day following publication of the single acceptance percentage in the Official Journal of the European Communities], specifying the zone of destination as referred to in Article 9(6)	Art. 12(1)(b) and Annex V of Reg. 883/2001	each Wednesday or the following working day if the Wednesday is a public holiday	2	removed from 2008 on
the quantities for which licence applications have been withdrawn pursuant to Article 9(8) during the preceding week, specifying the zone of destination as referred to in Article 9(6)	Art. 12(1)(c) and Annex V of Reg. 883/2001	each Wednesday or the following working day if the Wednesday is a public holiday	2	removed from 2008 on
quantities for which licences have been issued but not used, together with the zone of destination as referred to in Article 9(6), specifying the quantities referred to in paragraph 1 and the refund rate	Art. 12(2)(a) and Annex V of Reg. 883/2001	before the 15th of each month for the previous month	2	removed from 2008 on
quantities for which refunds have been granted without a licence under the second subparagraph of Article 4(1) of Regulation (EC) No 800/1999, specifying the quantities referred to in paragraph 1 and the refund rate	Art. 12(2)(b) and Annex V of Reg. 883/2001	before the 15th of each month for the previous month	2	removed from 2008 on
lists of official or officially recognised bodies that the Member States propose should issue attestations proving that the wine in question meets the conditions for access to the concessions provided for in the agreements with third countries	Art. 34a(1) of Reg. 883/2001 as inserted by Reg. 812/2002	whenever applicable	1	maintained
Commission Regulation (EC) No 884/2001 of 24 April 2001 laying down detailed rules of application concerning the documents accompanying the carriage of wine products and the records to be kept in the wine sector				
Obligation to draw up accompanying documents for the carriage of wine products	Art 3(1) of Reg. 884/2001	whenever applicable	2	maintained

Registers required to keep inwards and outwards for any natural or legal persons and groups of persons who hold wine products.	Art 11(1) of Reg. 884/2001	whenever applicable	2	maintained
name and address of the authority or authorities responsible for implementing this Regulation [Reg. 884/2001 laying down detailed rules of application concerning the documents accompanying the carriage of wine products and the records to be kept in the wine sector] as well as any subsequent changes concerning these competent authorities	Art. 20(1) first indent and Art. 20(2) first indent of Reg. 884/2001	whenever applicable	1	maintained
name and address of any bodies empowered by a competent authority for the purposes of implementing this Regulation [Reg. 884/2001 laying down detailed rules of application concerning the documents accompanying the carriage of wine products and the records to be kept in the wine sector] (where appropriate) as well as any subsequent changes concerning these bodies	Art. 20(1) second indent and Art. 20(2) first indent of Reg. 884/2001	whenever applicable	1	maintained
Commission Regulation (EC) No 1282/2001 of 28 June 2001 laying down detailed rules for the application of Council Regulation (EC) No 1493/1999 as regards the gathering of information to identify wine products and to monitor the wine market and amending Regulation (EC) No 1623/2000				
the estimates referred to in Article 14(c) of the likely quantity of wine products obtained on the territory of the Member States [for the current marketing year]	Art. 16(1)(a) and Art. 14(c) of Reg. 1282/2001	by 15 September and 30 November of the current wine year at the latest	2	maintained
national summary of the stock declarations [provided for in Article 6], referred to in Article 14(b)	Art. 16(1)(b) and Art. 14(b) of Reg. 1282/2001	by 30 November at the latest	2	maintained
the appraisals referred to in Article 14(d) of those particulars allowing supplies of wine products and quantities used on the territory of the Member States to be estimated [for the current marketing year]	Art. 16(1)(c) and Art. 14(d) of Reg. 1282/2001	by 30 November at the latest	2	maintained
provisional report on the preceding wine year (addressee of this report is Eurostat, the Statistical Office of the European Communities)	Art. 16(1)(d) and Art. 14(e) of Reg. 1282/2001	by 15 November at the latest	2	maintained
final report for the wine year before the preceding wine year, as referred to in Article 14(e) (addressee of this report is Eurostat, the Statistical Office of the European Communities)	Art. 16(1)(d) and Art. 14(e) of Reg. 1282/2001	by 15 March at the latest	2	maintained
national summary of the production declarations [provided for in Article 4], referred to in Article 14(a) or an estimate of that summary; the coefficients used to convert the quantities of products other than wine from quintals into hectolitres of wine in the various production regions (where appropriate)	Art. 16(1)(e), and Art. 14(a) and Art. 9 third paragraph of Reg. 1282/2001	by 15 February at the latest (where an estimate is sent, the definitive result must be sent by 15 April at the latest)	2	maintained
prices and quantities marketed, together with any other information deemed useful for assessing market developments in the production areas	Art. 16(2)(b) of Reg. 1282/2001	every second Tuesday from 1 August 2001	2	maintained
any important new facts likely to alter substantially the assessment of available quantities and quantities used based on definitive information for past years	Art. 17 of Reg. 1282/2001	whenever applicable	1	maintained

Commission Regulation (EC) No 753/2002 of 29 April 2002 laying down certain rules for applying Council Regulation (EC) No 1493/1999 as regards the description, designation, presentation and protection of certain wine sector products				
control requirements laid down by the Member States [for circulation for certain quality wines psr and quality sparkling wines psr as referred to in Article 29 aged in bottles for a long period before sale]	Art. 5(1) second subparagraph of Reg. 753/2002, as amended by Reg. 316/2004	no deadline	1	maintained
[in case of types of bottle to qualify for inclusion in Annex I:] the facts justifying recognition of each type of bottle; the characteristics of the types of bottle meeting the requirements in paragraph 2 and the wine for which they are reserved	Art. 9(3) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	removed from 2008 on
terms that are not defined in the Community rules but the use of which is regulated in the Member State concerned [in order they may be used for the indication of the sales designation on the labels of Title II products]	Art. 12(1)(b) of Reg. 753/2002, as amended by Reg. 316/2004	whenever applicable	1	maintained
traditional specific terms, determined by the Member States, that may be used for grape must in fermentation intended for direct human consumption and wine of overripe grapes produced in their territory [to be included in the sales designation of such products described using a geographical indication]	Art. 14(2) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
expressions specified by the Member States [indications showing the activity of the bottler, the consignor, or persons involved in marketing, using expressions such as "wine-grower", "harvested by", "merchant", "distributed by", "importer", "imported by", or other similar expressions] and conditions defined by the Member States relating to their use	Art. 15(2) fourth subparagraph of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
minimum total acidity content set by the Member States as a condition for the use of the terms listed in paragraph 1(a) and (b) [“dry” and “medium dry”], for use as a complementary criterion in the case of certain wines produced in their territory	Art. 16(2)(a) and (3) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
minimum residual sugar content set by the Member States as a condition for the use of the terms listed in paragraph 1(d) [“sweet”], which may not be lower than 35 grams per litre in the case of certain quality wines psr produced in their territory	Art. 16(2)(b) and (3) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
indication of a specific colour of table wines, table wines with a geographical indication and quality wines psr specified by the Member States for the wines produced in their territory and the conditions relating to the use of such indication that they defined	Art. 17 of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	removed from 2008 on
list of authorised competitions, of which the awards and medals may be featured on the labels of table wines with a geographical indication and quality wines psr	Art. 21 of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	removed from 2008 on

indications concerning the method of production of table wines with a geographical indication and quality wines psr specified by the Member States for the wines produced in their territory, as well as the conditions they defined relating to their use	Art. 22(2) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
facts justifying recognition of each traditional term	Art. 24(7)(a) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
traditional terms included in the legislation of the Member States that meet the above requirements [i.e. they are specific in itself and precisely defined in the Member State's legislation; they are sufficiently distinctive and/or enjoy an established reputation on the Community market; they have been traditionally used for at least 10 years in the Member State in question; they are used for one or more Community wines or categories of Community wine] and the wines for which they are reserved	Art. 24(7)(b) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
any traditional terms that cease to be protected in the country of origin	Art. 24(7)(c) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
conditions specified by the Member States relating to the use of names of enterprises for wines produced in their territory	Art. 25(2) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	removed from 2008 on
indications specified by the Member States stating that table wines with a geographical indication and quality wines psr have been bottled on the producer's holding or by a producer group or in an enterprise located in the production region or, in the case of quality wines psr, in the immediate proximity of the production region; the conditions relating to the use of such indications, defined by the Member States	Art. 26(2) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	removed from 2008 on
list of names of geographical units smaller than the Member State that may be used in case of table wines described as “Landwein”, “vin de pays”, “regional wine”, etc. and the provisions regulating the use of the terms and unit names	Art. 28 first paragraph(a) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
any subsequent change to the list and to the provisions referred to in (a) [list of names of geographical units smaller than the Member State that may be used in case of table wines described as “Landwein”, “vin de pays”, “regional wine”, etc. and the provisions regulating the use of the terms and unit names]	Art. 28 first paragraph(b) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
List of the types of geographical units concerned drawn up by producer Member States and the names of the specified regions to which these geographical units belong, covered by the derogation applying until 31 August 2003 provided for in point (b)	Art. 31(3) third subparagraph of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
List of the names of local administrative areas, or parts thereof or one of the names of such areas (geographical units smaller than the specified region) used as being representative of all the local administrative areas over whose area that geographical unit extends draw up by producer Member States	Art. 31(3) fourth subparagraph of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained

definition of conditions relating to the use of the names of geographical units, listed for the purposes of the second indent of Annex VII(B)(1)(c) to Regulation (EC) No 1493/1999 [labelling of the products may be supplemented by reference to a geographical area larger than the region defined in order to specify the origin of a quality wine psr], which are larger than the specified region	Art. 32 of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
expressions specified by the Member States for wines produced in their territory for the purposes of the third indent of Annex VII(B)(1)(c) to Regulation (EC) No 1493/1999, indicating that a wine has been bottled in a specified region, and conditions relating to their use	Art. 33(2) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
traditional specific terms, specified by Member States that may be used for liqueur wines and semi-sparkling wines produced in their territory [to be included in the sales designation of such products described using a geographical indication]	Art. 38(4) of Reg. 753/2002	whenever applicable	1	maintained
Council Regulation (EEC) No 2392/86 of 24 July 1986 establishing a Community vineyard register				
Vineyard register collecting, for each holdings with vine, information relating to: identity and situation, references of the parcels under vines, general characteristics, characteristics of the vines it contains and the products produced therefrom, wine production, changes in grape-growing potential, intervention measures, premiums collected, products processed and oenological practices	Art. 2(1) of Reg. 2392/1986	whenever applicable	1	maintained

Types of obligation
1. Notification of specific activities
2. Submission of recurring reports
3. Application for subsidy or grant
4. Inspection

Table 5: Annual reduction of administrative costs following the proposed abolition of reporting obligations currently contained in Commission Regulation (EC) No 1623/2000

Commission Regulation (EC) No 1623/2000 of 25 July 2000 laying down certain detailed rules for implementing Regulation (EC) No 1493/1999					Tariff (€ per hour)		Time (hour)		Price (per action or equip)	Freq (per year)	Nbr of entities	Total nbr of actions	Total cost	Regulatory origin (%)			
No.	Ass. Art.	Type of obligation	Description of required action(s)	Target group	i	e	i	e						Int	EU	Nat	Reg
1	14	Application for subsidy or grant	Filling forms and tables	Producer	6.2		16		99	1	2981	2981	295715		100%		
	14	Application for subsidy or grant	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	Producer	6.2		2		12	1	2971	2971	36840		100%		
	14	Application for subsidy or grant	Filling forms and tables	National administration	21.4		16033		343106	1	8	8	2744850		100%		
2	35	Inspection	Inspecting and checking (including assistance to inspection by public authorities)	National administration	21.4		5100		109140	1	8	8	873120		100%		
3	37	Application for subsidy or grant	Filling forms and tables	Producer	6.2		6		37	1	17327	17327	644564		100%		
	37	Application for subsidy or grant	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	Producer	6.2		1		6	1	17327	17327	107427		100%		
	37	Application for subsidy or grant	Filling forms and tables	National administration	21.4		20110		430354	1	8	8	3442832		100%		
4	42 (3)	Notification of (specific) activities	Producing new data	National administration	21.4		2		43	1	9	9	385		100%		
	42 (3)	Notification of (specific) activities	Adjusting existing data	National administration	21.4		1		21	1	9	9	193		100%		
5	48	Application for subsidy or grant	Filling forms and tables	Distiller	20.3		450		9135	1	455	455	4156425		100%		
	48	Application for subsidy or grant	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	Distiller	20.3		1		20	3	455	1365	27710		100%		
	48	Application for subsidy or grant	Filling forms and tables	National administration	21.4		8954		191616	1	7	7	1341309		100%		
6	63	Application for subsidy or grant	Filling forms and tables	Distiller	20.3		450		9135	1	505	505	4613175		100%		
	63	Application for subsidy or grant	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	Distiller	20.3		1		20	2	505	1010	20503		100%		
	63	Application for subsidy or grant	Filling forms and tables	National administration	21.4		9275		198485	1	7	7	1389395		100%		
7	92	Application for general authorisation or exemption	Producing new data	National administration	21.4		3444		73702	1	6	6	442210		100%		
8	92 (3)	Submission of (recurring) reports	Producing new data	National administration	21.4		7		150	1	6	6	899		100%		
9	95 (1)	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		1		21	1	6	6	128		100%		

10	101 (1) et (3)	Inspection	Inspecting and checking (including assistance to inspection by public authorities)	National administration	21.4		3200		68480	1	6	6	410880		100%		
11	103 (1) a	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		50		1070	1	8	8	8560		100%		
12	103 (1) b	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		50		1070	1	8	8	8560		100%		
13	103 (2) a	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		30		642	6	7	42	26964		100%		
14	103 (2) b	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		30		642	6	7	42	26964		100%		
15	103 (3) a	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		30		642	6	7	42	26964		100%		
16	103 (3) b	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		30		642	12	7	84	53928		100%		
17	103 (4) a	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		30		642	12	7	84	53928		100%		
18	103 (4) b	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		30		642	12	7	84	53928		100%		
19	103 (5) a	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		30		642	12	7	84	53928		100%		
20	103 (5) b	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		30		642	12	7	84	53928		100%		
21	103 (5)c	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		30		642	12	7	84	53928		100%		
									Total administrative costs				**€ 20 970 140**				
									of which:for national administrations				*€ 11 067 781*				
									for private enterprises				*€ 9 902 359*				

Table 6: Annual reduction of administrative costs following the proposed abolition of reporting obligations currently contained in Commission Regulation (EC) No 883/2001

Commission Regulation (EC) No 883/2001 of 24 April 2001 laying down detailed rules for implementing Council Regulation (EC) No 1493/1999 as regards trade with third countries in products in the wine sector					**Tariff (€ per hour)**		**Time (hour)**		**Price (per action or equip)**	**Freq (per year)**	**Nbr of entities**	**Total nbr of actions**	**Total cost**	**Regulatory origin (%)**			
No.	Ass Art.	Type of obligation	Description of required action(s)	Target group	i	e	i	e						Int	EU	Nat	Reg
1	Art 5 (1) and annex I	Submission of (recurring) reports	Retrieving relevant information from existing data	National administration	21.4		1.0		21.4	52	7	364	7 790		100%		
	Art 5 (1) and annex I	Submission of (recurring) reports	Filling forms and tables	National administration	21.4		1.5		32.1	52	7	364	11 684		100%		
	Art 5 (1) and annex I	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		0.5		10.7	52	7	364	3 895		100%		
2	Art 9 (1)	Application for general authorisation or exemption	Filling forms and tables	Producer	6.2		4.0		24.8	52	364	18 928	469 414		100%		
	Art 9 (1)	Application for general authorisation or exemption	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	Producer	6.2		0.5		3.1	52	364	18 928	58 677		100%		
3	Art 12 (1)(a) and annex V	Submission of (recurring) reports	Retrieving relevant information from existing data	National administration	21.4		1.0		21.4	52	7	364	7 790		100%		
	Art 12 (1)(a) and annex V	Submission of (recurring) reports	Filling forms and tables	National administration	21.4		2.0		42.8	52	7	364	15 579		100%		
	Art 12 (1)(a) and annex V	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		0.5		10.7	52	7	364	3 895		100%		
4	Art 12 (1)(b) and annex V	Submission of (recurring) reports	Retrieving relevant information from existing data	National administration	21.4		1.0		21.4	52	7	364	7 790		100%		
	Art 12 (1)(b) and annex V	Submission of (recurring) reports	Filling forms and tables	National administration	21.4		1.5		32.1	52	7	364	11 684		100%		
	Art 12 (1)(b) and annex V	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		0.5		10.7	52	7	364	3 895		100%		

5	Art 12 (1)(c) and annex V	Submission of (recurring) reports	Retrieving relevant information from existing data	National administration	21.4		1.0		21.4	52	7	364	7 790		100%		
	Art 12 (1)(c) and annex V	Submission of (recurring) reports	Filling forms and tables	National administration	21.4		2.0		42.8	52	7	364	15 579		100%		
	Art 12 (1)(c) and annex V	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		0.5		10.7	52	7	364	3 895		100%		
6	Art 12 (2)(a) and annex V	Submission of (recurring) reports	Retrieving relevant information from existing data	National administration	21.4		2.0		42.8	12	7	84	3 595		100%		
	Art 12 (2)(a) and annex V	Submission of (recurring) reports	Filling forms and tables	National administration	21.4		4.0		85.6	12	7	84	7 190		100%		
	Art 12 (2)(a) and annex V	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		1.0		21.4	12	7	84	1 798		100%		
7	Art12 (2)(b) and annex V	Submission of (recurring) reports	Retrieving relevant information from existing data	National administration	21.4		2.0		42.8	12	7	84	3 595		100%		
	Art12 (2)(b) and annex V	Submission of (recurring) reports	Filling forms and tables	National administration	21.4		4.0		85.6	12	7	84	7 190		100%		
	Art12 (2)(b) and annex V	Submission of (recurring) reports	Submitting the information (sending it to the designated recipient)	National administration	21.4		1.0		21.4	12	7	84	1 798		100%		
8	Art 18 (1) and Art 4 of Reg. 800/1999	Application for subsidy or grant	Filling forms and tables	Producer	6.2		7.0		43.4	52	364	18 928	821 475		100%		
	Art 18 (1) and Art 4 of Reg. 800/1999	Application for subsidy or grant	Producing new data	National administration	21.4		7.0		149.8	52	364	18 928	2 835 414		100%		
9	Art 18 (2)	Inspection	Inspecting and checking (including assistance to inspection by public authorities)	National administration	21.4		100.0		2 140.0	1	7	7	14 980		100%		
									Total administrative costs				**€ 4 326 392**				
									of which: for national administrations				*€ 2 976 826*				
									for private enterprises				*€ 1 349 566*				

ANNEX 4: LIST OF ACRONYMS

AWU	Annual Working Unit
CAP	common agricultural policy
CMO	common market organisation
DG AGRI	Directorate-General for Agriculture and Rural Development
EAGGF	European Agricultural Guidance and Guarantee Fund
EU	European Union
FADN	Farm Accountancy Data Network
FNVA	Farm Net Value Added
GI	Geographical Indications
IAB	Impact Assessment Board
ICM	Integrated Crop Management
IPM	Integrated Pest Management
ISSG	Inter-Service Steering Group
MS	Member States
OIV	International Organisation of Vine and Wine
OP	Oenological Practices
PDO	Protected Denominations of Origin
PGI	Protected Geographical Indications
QWpsr	Quality Wine produced in specified regions
RD	Rural Development
SGM	Standard Gross Margin
SPS	Single Payment Scheme
TBT	Technical Barriers to Trade
TRIPs	Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights
TW	Table Wine
UAA	Utilised Agricultural Area
WMPs	Wine-making Practices
WTO	World Trade Organisation.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333